



The European Elections from the Inside

Wahlberichterstattung des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Wahl des Europäischen Parlaments 2024

Der Wahlbericht „European Elections from the Inside“ stellt die Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 aus einer europäischen und nationalen Perspektive dar. Gemeinsam mit den Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde zu jedem der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) eine kompakte Übersicht erstellt, welche die Resultate in den jeweiligen Ländern vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen analysiert. Die Berichtsreihe soll damit einen Beitrag zu einem tiefergehenden Verständnis des Gesamtergebnisses der Europawahl 2024 leisten.



Die Fraktionen im Europäischen Parlament der Legislaturperiode 2019-2024

› Europäische Volkspartei (EVP)

1976 gegründet. Größte Fraktion während der Legislaturperiode 2019-24. Vereint Christdemokraten, Konservative und politische Kräfte der Mitte. Steht für ein vereintes Europa und Frieden, Sicherheit und ökonomischer Prosperität.

Exemplarische Mitglieder: CDU und CSU, CDA (Niederlande), Kristdemokraterna (Schweden), Platforma Obywatelska (Polen)

› Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D)

Existiert unter heutigem Namen seit 2009. Mitte-Links Bündnis steht für eine integrative europäische Gesellschaft, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität beruht.

Exemplarische Mitglieder: SPD, Parti Socialiste (Belgien), Partidul Social Democrat (Rumänien), Partito Democratico (Italien)

› Renew Europe (RE)

Besteht seit 2004, unter dem heutigen Namen seit 2019. Steht für eine liberale Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

Exemplarische Mitglieder: FDP, Venstre (Dänemark), Renaissance (Frankreich)

› Die Grünen / Freie Europäische Allianz (Greens/EFA)

1984 erstmals ins Parlament eingezogen. Setzt sich für ein starkes Europa in den Bereichen Umweltschutz, Frieden, soziale Gerechtigkeit und für gerechte Globalisierung ein.

Exemplarische Mitglieder: Bündnis 90/Die Grünen, Déi Gréng (Luxemburg), Ecolo (Belgien)

› Europäische Konservative und Reformer (EKR)

2009 gegründet. Kritisch gegenüber tieferer EU-Integration. Forderung: Union muss Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten legen und funktionsfähiger werden.

Exemplarische Mitglieder: Prawo i Sprawiedliwość (Polen), Sverigedemokraterna (Schweden), Fratelli d'Italia (Italien)

› Identität und Demokratie (ID)

2019 gegründet. Nachfolger der ENF-Fraktion. Mitglieder als rechtspopulistisch und rechtsextrem charakterisiert. Stellt sich gegen Europäische Integration, Schwerpunkt auf nationaler Kompetenz und Identität.

Exemplarische Mitglieder: Rassemblement National (Frankreich), Partij voor de Vrijheid (Niederlande), FPÖ (Österreich), Lega (Italien)

› Die Linke im Europäischen Parlament (GUE/NGL)

Besteht seit 1994. Im politischen Spektrum links, teils EU-skeptisch verortet. Forderung: Neustart für Europa basierend auf Solidarität, Gleichheit, Freiheit.

Exemplarische Mitglieder: Die Linke, Syriza (Griechenland), Sinn Féin (Irland), Podemos (Spanien), La France Insoumise (Frankreich)

› Unabhängige Abgeordnete und Einzelvertreter von Parteien



Europa hat gewählt

Rund 360 Millionen Wahlberechtigte waren vom 06.-09. Juni 2024 aufgerufen, ihre Stimme in der größten länderübergreifenden Wahl weltweit abzugeben und die 720 Mitglieder des 10. Europäischen Parlaments zu bestimmen. Erstmals durften in Deutschland, Belgien, Malta und Österreich auch 16-jährige und in Griechenland 17-jährige wählen.

Die Wahlbeteiligung im gesamteuropäischen Kontext ist mit 51 Prozent gegenüber 50,07 Prozent bei der letzten Europawahl 2019 leicht gestiegen.

Die Europawahlen waren vor dem Hintergrund der Zunahme rechtspopulistischer Trends in Europa zu Schicksalswahlen erklärt worden. Es gab Stimmen, die von einem „existentiellen Kampf“ sprachen, d.h. einer Wahl zwischen Demokratie und Freiheit bzw. denjenigen politischen Kräften, die verstehen, dass wir eine stärker integrierte Europäische Union brauchen, um die Interessen der Europäer zu verteidigen auf der einen Seite und den von Ideologie Getriebenen auf der anderen Seite, die weniger Europa wollen oder es gar grundsätzlich ablehnen.

Klare Wahlsiegerin ist die Europäische Volkspartei (EVP) mit Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen und deutlichem Abstand vor der S&D-Fraktion (Sozialdemokraten und Sozialisten). Die liberale Renew-Fraktion verliert kräftig, bleibt aber drittstärkste Fraktion, herbe Verluste gab es bei den Grünen, während die Rechten und Rechtsextremen gestärkt aus dem Urnengang hervorgehen; die Grünen als bislang viertstärkste Kraft fallen hinter die rechtskonservative EKR (Europäische Konservative und Reformer) und die rechtsradikale Fraktion Identität & Demokratie (ID) zurück.

Der prognostizierte dramatische Rechtsruck ist ausgeblieben, wohl aber hat – in weiten Teilen Europas – eine Verschiebung nach rechts stattgefunden. Der politischen Mitte wird allerdings die zentrale Aufgabe zukommen, Mehrheiten zu organisieren, mit denen die großen politischen Prioritäten der EU umgesetzt werden können.

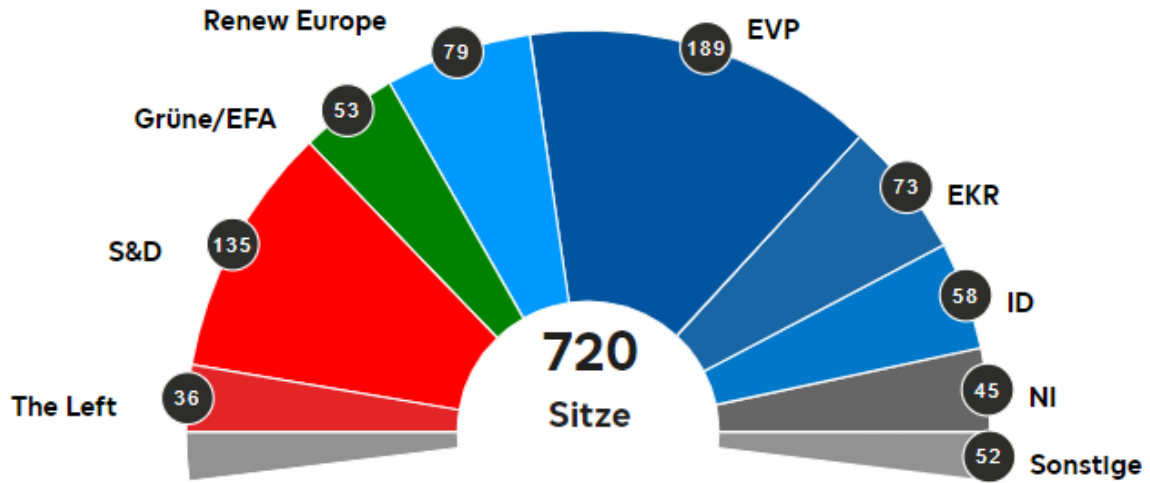
Auf der nächsten Seite werfen wir zunächst einen Blick auf das gesamteuropäische Wahlergebnis sowie die voraussichtliche Sitzverteilung in der neuen Legislaturperiode. Dabei sollte betont werden, dass dies eine Momentaufnahme darstellt und sich mit der Konstituierung des Parlaments sowie der Fraktionen noch verändern kann.

Im Folgenden werden dann die Wahlergebnisse aus 27 Mitgliedstaaten präsentiert. Auch dabei handelt es sich dabei um eine Momentaufnahme, wie sie für die Parteien und Fraktionen zwei Tage nach der Wahl vorlagen. Neue Parteien, die sich noch keiner europäischen Parteienfamilie angeschlossen haben, werden – ebenso wie Bündnisse zwischen Parteien aus unterschiedlichen europäischen Parteienfamilien – unter „Sonstige“ erfasst.

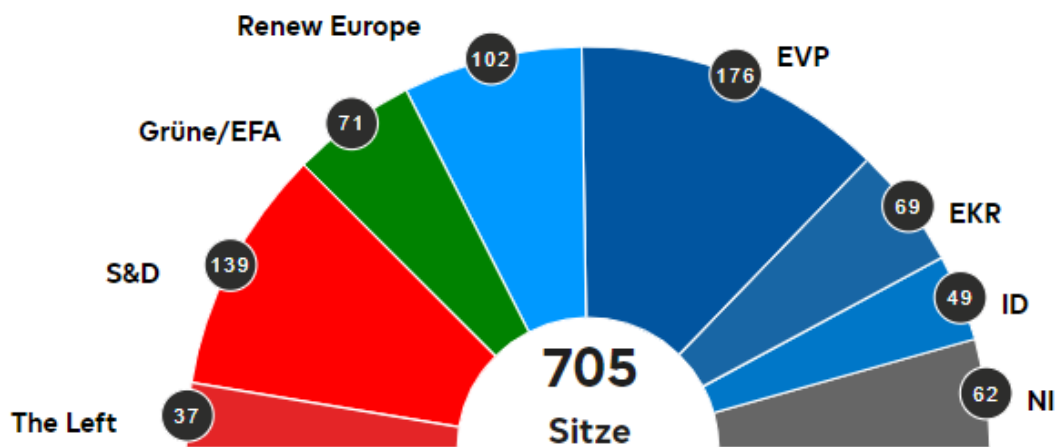


Ergebnis der Europawahl 2024

Vorläufige Sitzverteilung der Legislaturperiode 2024-2029



Sitzverteilung am Ende der Legislaturperiode 2019-2024



Quelle: <https://results.elections.europa.eu/de/wahlergebnisse/2024-2029/>



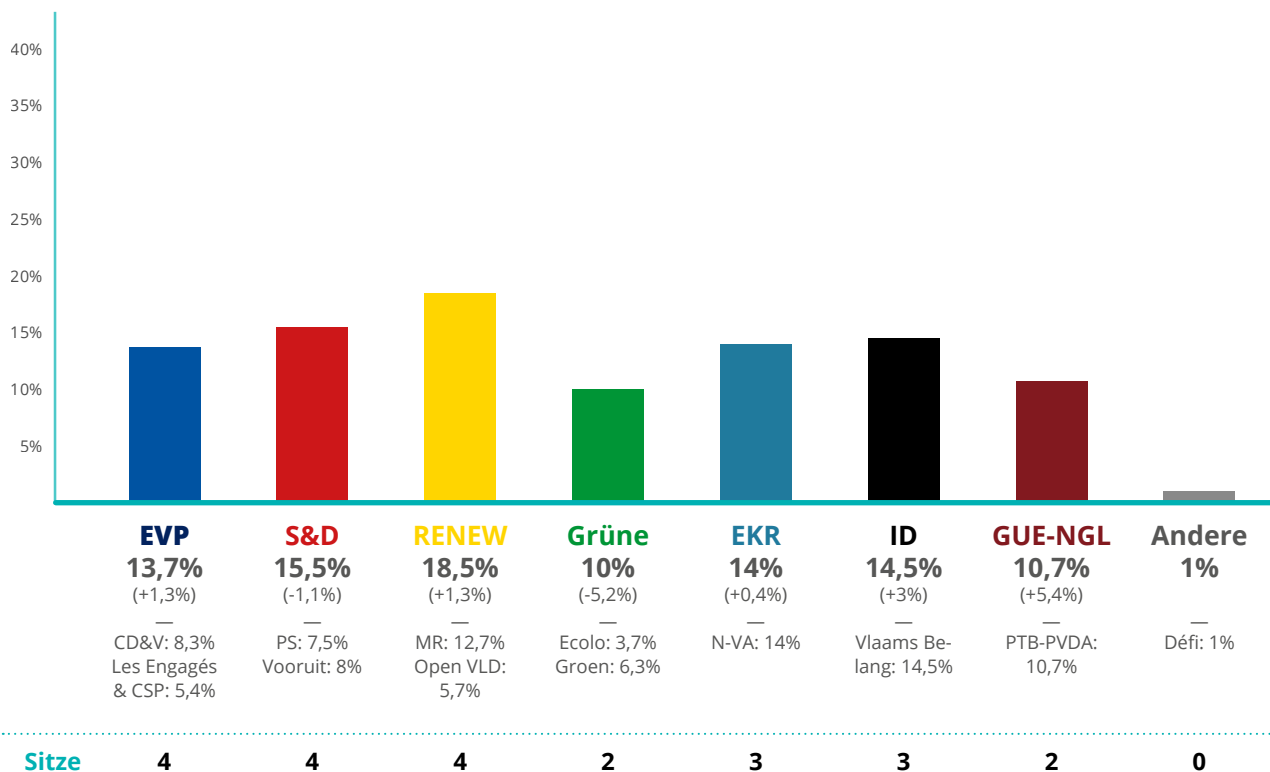
Belgien



22 Sitze
Sperrklausel: 0%



90%
Wahlpflicht



Stärkste Partei

Der Vlaams Belang (VB) ist eine rechtspopulistische, separatistische und in Teilen radikale Partei, deren Hauptanliegen ein unabhängiges Flandern ist. Sie ist europaskeptisch und lehnt eine multikulturelle Gesellschaft ab. Auf nationaler Ebene ist der VB in der Opposition, auf europäischer Ebene gehört er der ID-Fraktion an.



Erwähnenswerte Partei

Die Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) ist eine rechtskonservative flämische Partei, die in der Vergangenheit radikalere Positionen vertrat, nun aber gemäßigter auftritt. Auf nationaler Ebene ist sie in der Opposition, was sich mit dem aktuellen Wahlergebnis aber noch ändern könnte, europapolitisch gehört sie der EKR an, denkt in der neuen Legislaturperiode jedoch über einen Wechsel zur EVP nach.

Spitzenkandidaten



Tom Vandendriessche
Vlaams Belang (VB)



Marc Botenga
Partie du Travail de Belgique (PTB)



Wouter Beke
Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Europawahl wurde in Belgien von den nationalen und regionalen Wahlen überschattet, die ebenfalls am 9. Juni stattgefunden haben. Das Land war dabei von einer weitgehenden und zuletzt weiter fortschreitenden Polarisierung der politischen Lager mit dem rechtspopulistischen Vlaams Belang einerseits und der marxistischen PTB-PV-DA andererseits geprägt. Auch die Regionen sind weiterhin polarisiert, wobei die französischsprachige Wallonie politisch nach links und das niederländischsprachige Flandern nach rechts driftet.

Der Wahlkampf war vor allem geprägt von wirtschaftspolitischen Themen wie der Kaufkraft und Arbeitslosenunterstützung. Als europäisches Thema fand sich vor allem die Migration entlang des unter Belgiens Ratspräsidentschaft zum Abschluss gebrachten Asyl- und Migrationspakts wieder. Obwohl Brüssel viele EU-Institutionen beherbergt, darunter auch das Europäische Parlament und Belgien zum Zeitpunkt der Wahl im-

mer noch die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, wurde der europäische Wahlkampf wenig geführt und fanden europäische Themen wenig Anklang. Dies ist insbesondere erstaunlich, da durchaus bekannte und beliebte Persönlichkeiten der belgischen Politik für das Europäische Parlament kandidierten. So zum Beispiel Elio di Rupo (PS), ehemaliger Premierminister und seit 2019 wallonischer Ministerpräsident, oder Sophie Wilmès (MR), ehemalige Premierministerin und Außenministerin.

Analyse

Da der Europawahlkampf weitestgehend von den nationalen Wahlen überschattet wurde, war die Erwartungshaltung, dass sich die Ergebnisse auch mit denen auf nationaler Ebene decken würde. Dem ist grundlegend auch so, allerdings wird auf EU-Ebene der rechtspopulistische Vlaams Belang stärkste Partei, gefolgt von der rechtsnationalistischen N-VA. Dies war in Umfragen erwartet worden, traf aber schlussendlich nur auf die Europawahlen und nicht auf die nationalen Wahlen zu, da dort knapp die N-VA den ersten Platz belegen konnte. Schlussendlich belegen aber beide Parteien je drei Sitze im neuen Europäischen Parlament.

Die belgischen Sitz-Veränderungen, respektive der Gewinn eines Sitzes durch die liberale MR von der grünen Ecolo-Partei, spiegeln auf europäischer Ebene den Trend wider, der im nationalen Wahlausgang auch zu beobachten ist. Abseits dessen bleibt die Sitzverteilung stabil, da Belgien ohne Sperrklausel mit vielen Parteien vertreten ist. Alles in allem trifft auf Belgien zu, was diese Wahlen gesamteuropäisch zeigen - eine Verschiebung der politischen Kräfte nach rechts.



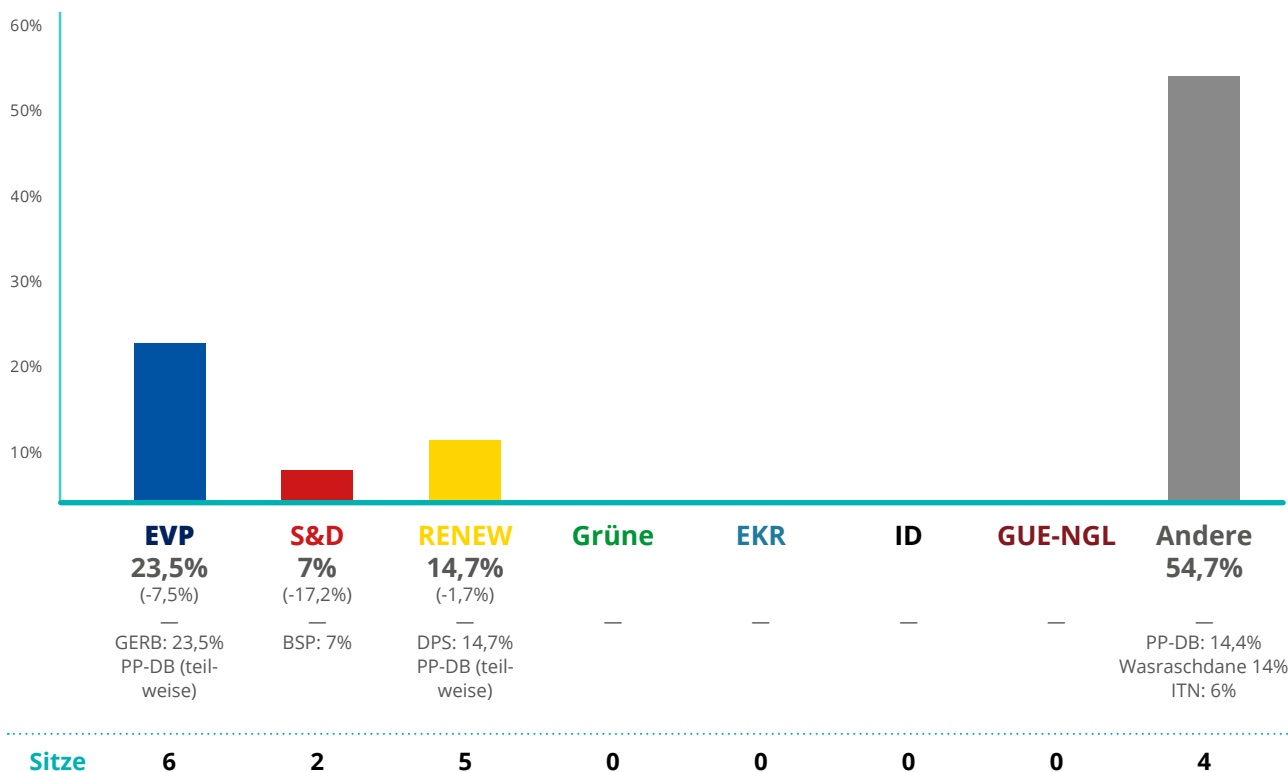
Bulgarien



17 Sitze
Sperrklausel: 0%



32%
Wahlpflicht



Stärkste Partei

Die GERB-SDS ist ein Bündnis aus den Parteien „Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) und „Union demokratischer Kräfte“ (SDS). GERB wurde 2006 gegründet und ist konservativ sowie pro-europäisch. SDS ist 1989 durch einen Zusammenschluss entstanden und hat sich seit 1998 in eine christdemokratische Richtung entwickelt. Beide Parteien sind EVP-Mitglied.



Erwähnenswerte Partei

Die PP-DB ist ein Zwei-Parteien-Bündnis. „Wir setzen den Wandel fort“ (PP) wurde 2021 gegründet und ist sozialliberal (auf EU-Ebene nicht angeliebert). „Demokratisches Bulgarien“ (DB) wurde 2018 gegründet und besteht aus: „Ja, Bulgarien“, und „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB), die im Jahr 2004 gegründet wurde und europapolitisch ebenfalls Mitglied der EVP ist.

Spitzenkandidaten



Rossen Scheljaskow
GERB-SDS



Nikola Mintschew
PP-DB



Dschewdet Tschakarow
DPS



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Bulgarien setzte sich die politische Instabilität der letzten Jahre mit häufigen Neuwahlen auch im Vorfeld der Europawahlen fort. Im März 2024 scheiterte die bei der Regierungsbildung 2023 als Kompromiss vereinbarte "Rotation", der Wechsel an der Spitze des Kabinetts zwischen Ministerpräsident Nikolaj Denkow von PP-DB und Vize-Premierministerin Maria Gabriel von GERB. Deshalb fanden in Bulgarien am 9. Juni auch vorgezogene Parlamentswahlen statt (erstmalig gemeinsam mit den Wahlen zum Europäischen Parlament). Der nationale Wahlkampf überschattete daher den europäischen Wahlkampf. Die Wahlbeteiligung ist bei Wahlen zum Europäischen Parlament traditionell gering, bei nationalen Wahlentscheidungen liegt sie dagegen etwas höher. Vor den Wahlen war spekuliert worden, ob das gleichzeitige Abhalten der Wahlen die Beteiligung an der Europawahl positiv beeinflussen würde.

GERB und PP-DB betrieben einen klar proeuropäischen Wahlkampf, DPS und die populistische ITN zeigten sich ebenfalls proeuropäisch. Die rechtsextreme Wasraschdane konnte wiederum mit Sympathien für Russland punkten. Die BSP gab sich formell proeuropäisch, hat als Nachfolgepartei der BKP vor 1989 jedoch auch Sympathien für Russland. Neben der Sicherheitslage waren europäische Themen ausschlaggebend: der Green Deal, Agrarsubventionen, Energiepolitik sowie künftige Koalitionen im EU-Parlament.

Analyse

Die Europawahlen fanden diesmal zusammen mit den vorgezogenen Parlamentswahlen statt. Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ist in Bulgarien traditionell niedrig, 2024 lag sie in einer ähnlichen Größenordnung wie 2019. Die Wahlbeteiligung bei der gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahl lag ebenfalls bei ca. 30%, was einen Negativrekord darstellt, welcher durch Wahlmüdigkeit bei dieser sechsten Parlamentswahl in nur zwei Jahren erklärt werden kann.

Die Kampagne für die Wahlen zum Europäischen Parlament geriet durch den Wahlkampf für das nationale Parlament ins Hintertreffen. Vertreter der russlandfreundlichen Wasraschdane-Partei versuchten, Ängste vor einem Krieg der NATO gegen Russland zu schüren. Die BSP hatte einen Antrag auf eine Sondersitzung des Parlaments gestellt, auf der einer Entsendung bulgarischer Truppen in die Ukraine eine Absage erteilt werden sollte. Offizielle bulgarische Stellen haben viele Male dementiert, dass bulgarische Truppen in die Ukraine entsandt werden sollen.



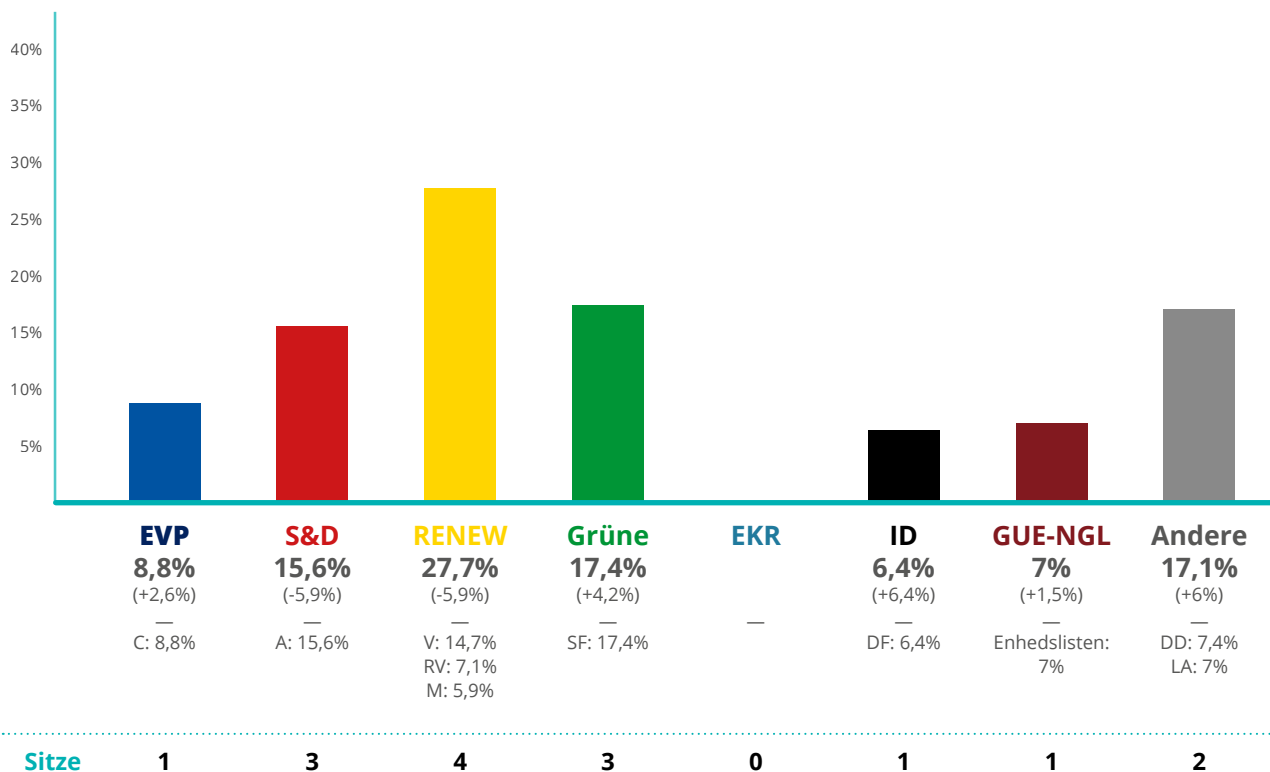
Dänemark



15 Sitze
Sperrklausel: 0%



58%



Stärkste Partei

Die Sozialistische Volkspartei (SF) ist eine moderat ökosozialistische Partei. Sie wurde 1959 gegründet und unterstützte in den vergangenen Jahren mehrfach linksgerichtete Koalitionen, so auch die aktuelle Regierung von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Nach einem Tiefpunkt bei der Parlamentswahl 2015 (4,3 Prozent) erholte sich die Partei stetig und gehört europapolitisch den Grünen/EFA an.



Erwähnenswerte Partei

Die liberal-konservative Partei Venstre (Renew) stellte in der Vergangenheit einige Ministerpräsidenten und ist Teil der Regierung. Inhaltlich steht sie für eine striktere Ausgabenpolitik und eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik. Nach dem Wahlsieg bei der Europawahl 2019 spalteten sich Teile der Partei ab, gründeten neue Parteien und sorgten damit für einen Rückgang im Wählerzuspruch.

Spitzenkandidaten



Christel Schaldemose
Socialdemokratiet (A)



Kira Peter-Hansen
Socialistisk Folkeparti (SF)



Niels Flemming Hansen
Det Konservative Folkeparti (C)



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Dänemark kämpften im Vorfeld der Europawahl 2024 elf Parteien um die 15 Sitze im Europäischen Parlament. Zwei Parteien sind seit den Wahlen 2019 neu dazugekommen: die Moderaten und die populistischen Dänemark-Demokraten. Die aktuelle dänische Regierungskoalition besteht aus den Sozialdemokraten, den Moderaten und der liberalen Venstre unter Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. In Dänemark sind es die Sozialdemokraten, die das Land auf eine der härtesten Linien in der Migrationspolitik in Europa geführt haben. Damit - und wegen Frederiksens starker Unterstützung der Ukraine - sind die Sozialdemokraten in der Bevölkerung beliebt. Die liberale Partei Venstre dagegen, welche die letzten Wahlen zum Europäischen Parlament gewinnen konnte, hat in der Wählergunst deutlich eingebüßt, was nicht zuletzt auf die Abspaltungen und Parteineugründungen der vergangenen Jahre zurückzuführen ist.

In Dänemark zählte die Bekämpfung des Klimawandels zu den wichtigsten Themen, neben der Verteidigungs- und Außenpolitik. Besonders im Kontext des russischen Angriffskrieges hat hierbei die Unterstützung der Ukraine eine hohe Priorität. Auch das Thema Einwanderung und Integration wurde im Wahlkampf viel diskutiert, besonders die Frage, ob Dänemark am EU-Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Migranten teilnehmen soll.

Analyse

In Dänemark sank die Wahlbeteiligung von 66,08% bei der Wahl 2019 auf eine Wahlbeteiligung von 58,23% 2024. Nachdem sich die an der Spitze der Regierung stehenden Sozialdemokraten mit der Sozialistischen Volkspartei im Wahlkampf ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert hatten, ist es jedoch außergewöhnlich, dass die Sozialistische Volkspartei aus diesem Rennen als stärkste Kraft hervorging. Uneinigkeit bestand besonders beim Thema Einwanderung: die Sozialistische Volkspartei möchte sich am EU-Solidaritätsmechanismus zur Verteilung von Flüchtlingen beteiligen, während die Sozialdemokraten nationale Lösungen in der Migrationspolitik bevorzugen.

Ebenso wie in den anderen nordischen Ländern zeigt sich die wahrgenommene Relevanz des Klimawandels auch im Wahlergebnis der den Grünen angehörenden Sozialistischen Volkspartei genauso wie im schlechten Abschneiden der Rechtspopulisten entgegen dem europäischen Trend. Die Konservative Volkspartei, Dänemarks stärkste Partei in der EVP-Fraktion, konnte sich auch bei dieser Wahl wieder einen Sitz im Europaparlament sichern. Die Liberale Allianz - erstmalig in das EU-Parlament eingezogen - plant, der EVP beizutreten.



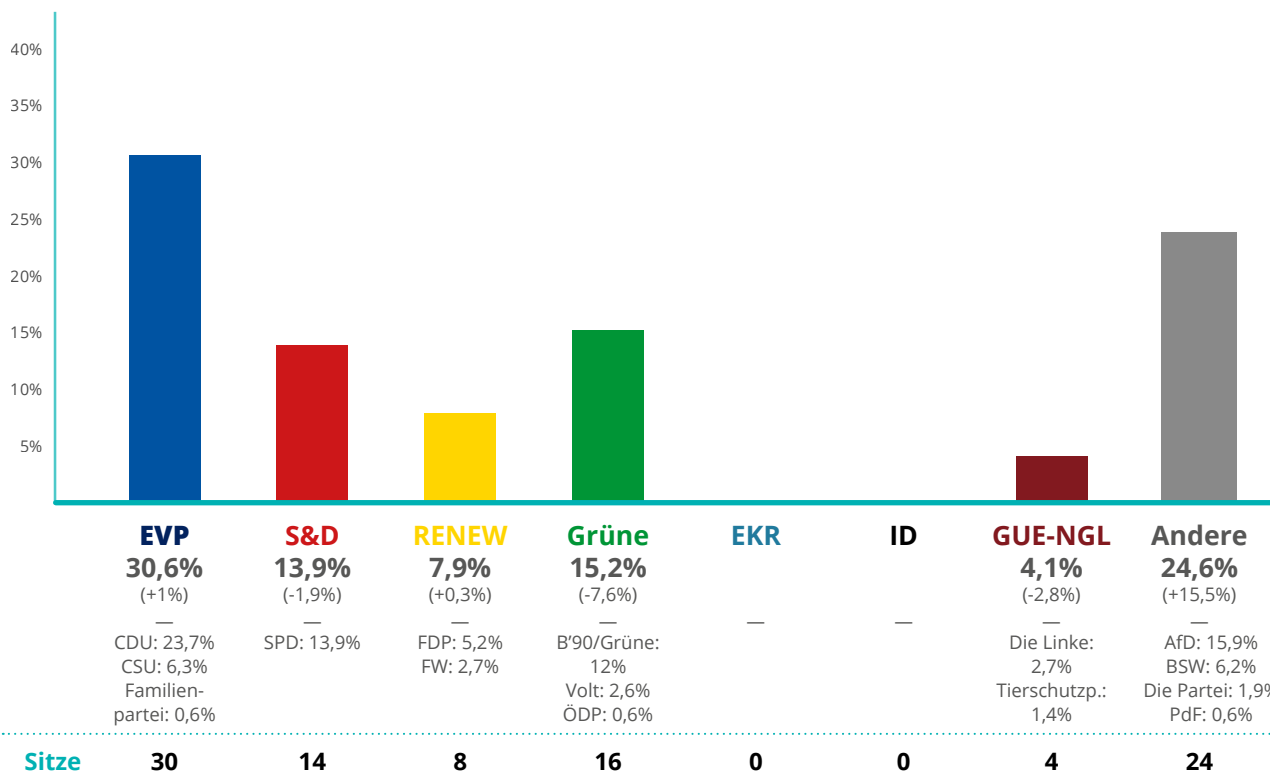
Deutschland



96 Sitze
Sperrklausel: 0%



65%



Stärkste Partei

Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU, die im europäischen Parlament der EVP angehören, fokussierte sich auf die Themen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen (CDU), die sich ausschließlich auf das Amt der Kommissionspräsidentin bewarb, führte gemeinsam mit Manfred Weber (EVP-Partei- und Fraktionsvorsitzender, CSU) den Wahlkampf an.



Erwähnenswerte Partei

Die rechtspopulistische AfD befand sich vor wenigen Monaten noch in einem Umfragehoch (ca. 20%). Doch etliche Skandale rundum die AfD-Spitzenkandidaten überschatteten den Wahlkampf und führten zum Ausschluss aus der europäischen ID-Fraktion. Davon profitierte auch die linksnationale Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“, die mit ihrem prorussischen Kurs zum ersten Mal zu einer Wahl antrat.

Spitzenkandidaten



Ursula von der Leyen
CDU



Katarina Barley
SPD



Maximilian Krah
AfD



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Unionsparteien haben seit der Niederlage in der Bundestagswahl 2021 und ihrer daraus resultierten Positionierung in der Opposition stetig an Prozentpunkten hinzugewonnen. Die regierende Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP, geführt von Bundeskanzler Scholz, hat seit der Bundestagswahl vor allem wegen interner Auseinandersetzungen an Zustimmung verloren. Die Koalition sieht sich großen innen- und außenpolitischen Herausforderungen gegenüber, angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, der Zuspitzung des Nahostkonflikts sowie des Erstarkens der AfD. Einige tätliche Angriffe auf Politiker und Wahlhelfer verschiedener Parteien sowie ein Cyber-Angriff auf die CDU-Parteizentrale und ein von einem Islamisten erstochener Polizist dominierten die Berichterstattung in der Schlussphase des Europawahlkampfes.

Laut Umfragen spielten die Themenfelder Friedenssicherung, soziale Sicherheit und Zuwanderung eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung. Im Wahlkampf kamen europapolitische Themen kaum zum Tragen, die Abgrenzung gegen rechts blieb eines der wichtigsten Motive – auch als Appell an die junge Wählerschaft, denn erstmals durften Bürger ab 16 Jahren bei der Europawahl in Deutschland ihre Stimme abgeben. Insbesondere die SPD kritisierte die Offenheit der EVP-Spitzenkandidatin von der Leyen für eine Kooperation mit der rechtskonservativen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) unter Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Sollte sie nicht wieder Kommissionspräsidentin werden, hätten die Grünen laut Koalitionsvertrag Vorschlagsrecht für den deutschen Top-Posten in Brüssel.

Analyse

Das deutsche Wahlergebnis ist eine Abstrafung für die Regierungsführung der aus SPD, Grünen und FDP bestehenden Ampel. Alle drei Regierungsparteien verloren an Stimmen, was auch auf die kontinuierliche Zerstrittenheit der Koalitionspartner zurückzuführen ist. Am härtesten hat es dabei Bündnis 90/Die Grünen getroffen. Gemeinsam kommen die Ampel-Koalitionäre nur noch auf 33 %, schließen Neuwahlen als Konsequenz aus dem Wahlergebnis aber aus.

Im Gegensatz dazu konnten fast alle Oppositionsparteien Gewinne erzielen: Die klaren Wahlsieger sind CDU und CSU, die ihre Position als führende politische Kraft in Deutschland zurückerobert haben. An zweiter Stelle steht die AfD, die trotz der zahlreichen Skandale um ihre Spitzenkandidaten die stärksten Zugewinne verzeichnet. Weitere Gewinner der Wahl sind Neugründungen und Kleinparteien, darunter das BSW, Volt und die Freien Wähler. Als einzige Oppositionspartei verlor die Linke drastisch an Stimmen und halbiert ihr vorheriges Ergebnis, was auf die Aufsplitterung der Partei infolge der Gründung des linksnationalen BSW zurückgeführt werden kann.



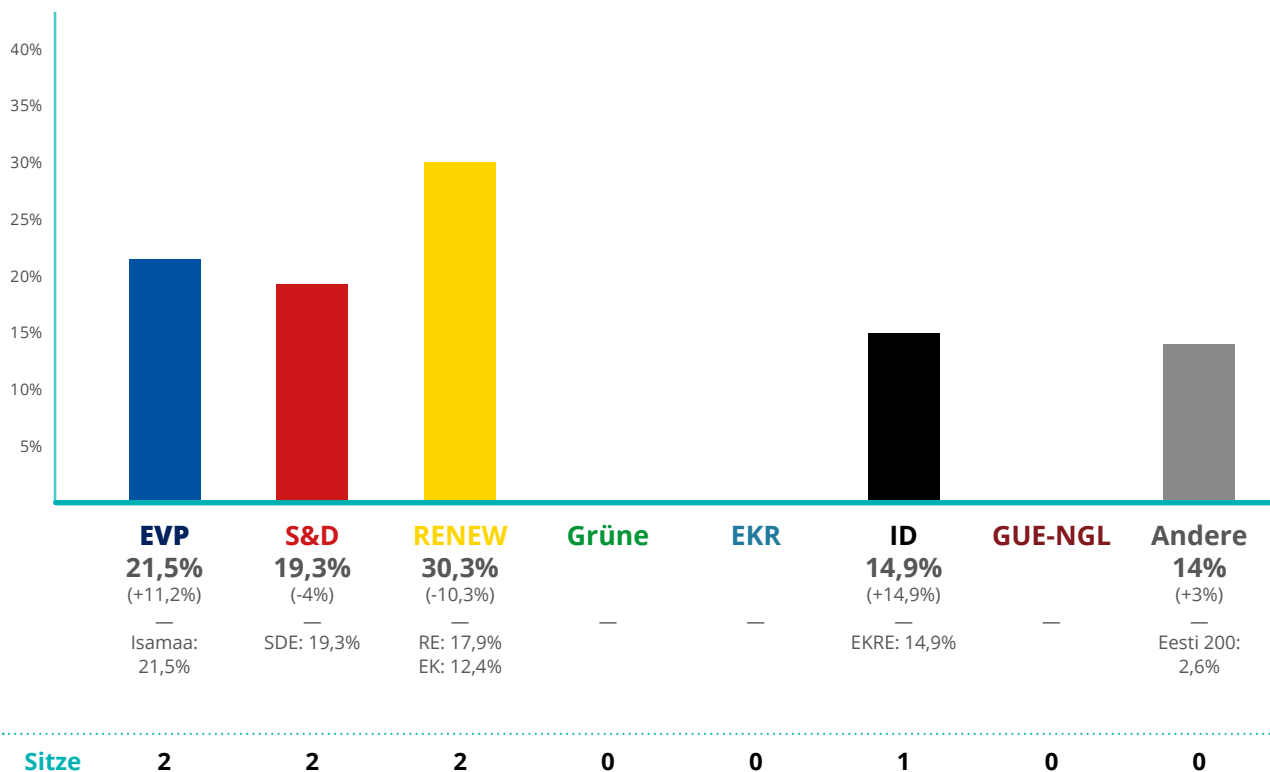
Estland



7 Sitze
Sperrklausel: 0%



38%



Stärkste Partei

Isamaa („Vaterland“) ist eine national-konservative Partei, die aus der estnischen Unabhängigkeitsbewegung hervorging. Sie vertritt christdemokratische Werte und setzt thematisch vor allem auf Sicherheit sowie die soziale Marktwirtschaft. Auf nationaler Ebene ist sie die größte Oppositionspartei, auf europäischer Ebene gehört sie der EVP an.



Erwähnenswerte Partei

Die Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) ist eine EU-skeptische, nationalistische und rechtspopulistische Partei. Nach ihrer Gründung im Jahr 2012 erhielt sie schrittweise mehr Zuspriech und etablierte sich damit im Parteiensystem. Auf nationaler Ebene ist sie Teil der Opposition, auf europäischer Ebene gehört sie der ID an.

Spitzenkandidaten



Riho Terras
Isamaa



Marina Kaljurand
Sotsiaaldemokraatlik
Erakond (SDE)



Urmas Paet
Eesti Reformierakond (RE)



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Estland dominiert innenpolitisch seit 2022 der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine das politische Tagesgeschäft – die Unterstützung der Ukraine ist dabei parteiübergreifender Konsens. In den vergangenen Jahren wurde die versuchte Einflussnahme Russlands mehrfach festgestellt, etwa im Bereich der Cybersicherheit. Vor dem Hintergrund der Pläne eines rein estnisch-sprachigen Bildungssystem stellte der Umgang mit der russischen Minderheit im Land zuletzt eine besondere Herausforderung dar. Aufgrund der zahlreichen regionalen und globalen Krisen ging das Bruttoinlandsprodukt des Landes 2022 und 2023 leicht zurück, in der Folge erschwerten die stark gestiegenen Energiepreise eine wirtschaftliche Erholung. Die Europawahlen nehmen in Estland – einem an sich sehr pro-europäischen Land – traditionell einen niedrigen Stellenwert ein, die Wahlbeteiligung liegt trotz niedrighschwelliger Wahlmodalitäten meist bei unter 40 Prozent.

Auch im Wahlkampf zur Europawahl standen sicherheitspolitische Fragen in Bezug auf Russlands Hybrid-Krieg, die starke außenpolitische Positionierung für die Unterstützung der Ukraine sowie die Stärkung der EU- und NATO-Integration im Mittelpunkt. Da die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien in den genannten Fragen marginal sind, spielten auch die zuletzt schwierige innenpolitische Situation sowie die aktuelle Kritik an der Regierung eine Rolle, was den Erfolg der Oppositionsparteien erklärt.

Analyse

Auch 2024 stieg die Wahlbeteiligung leicht und lässt eine nachhaltige Verbundenheit der Bevölkerung zur EU erkennen. In Tallinn und Tartu lag die Wahlbeteiligung bei 47% und 51,3%, während sie im nordöstlichen und mehrheitlich russischsprachigen Kreis Ida-Viru bei 33,6% lag. Die Oppositionspartei Isamaa geht als klare Gewinnerin aus dieser Wahl hervor. Ihre starken nationalen Umfragewerte spiegeln sich in der EU-Wahl wider. Die Reformpartei von Ministerpräsidentin Kaja Kallas verliert einen Sitz und sieht sich innenpolitisch weiterhin damit konfrontiert, Haushaltslöcher zu stopfen. Auch Eesti 200 als Regierungspartei schneidet schlecht ab (2,60%) und verfehlt damit einen Sitz im Europäischen Parlament klar. Die rechtsnationale EKRE konnte ihren Stimmenanteil leicht erhöhen, es gelang ihr aber nicht, einen zweiten Sitz zu erreichen. Die Zentrumspartei verlor zum zweiten Mal in Folge Stimmen (2014 noch 22,35%) und musste ihre Hoffnungen auf einen zweiten Sitz ebenfalls begraben. Jüri Ratas (EVP) konnte das drittbeste Ergebnis aller Kandidaten erreichen (33.623 Stimmen). Riho Terras (EVP) erhält zum zweiten Mal ein Mandat. Marina Kaljurand ist erneut die stärkste Kandidatin mit 45.631 Stimmen und bleibt das Zugpferd der Sozialdemokraten.



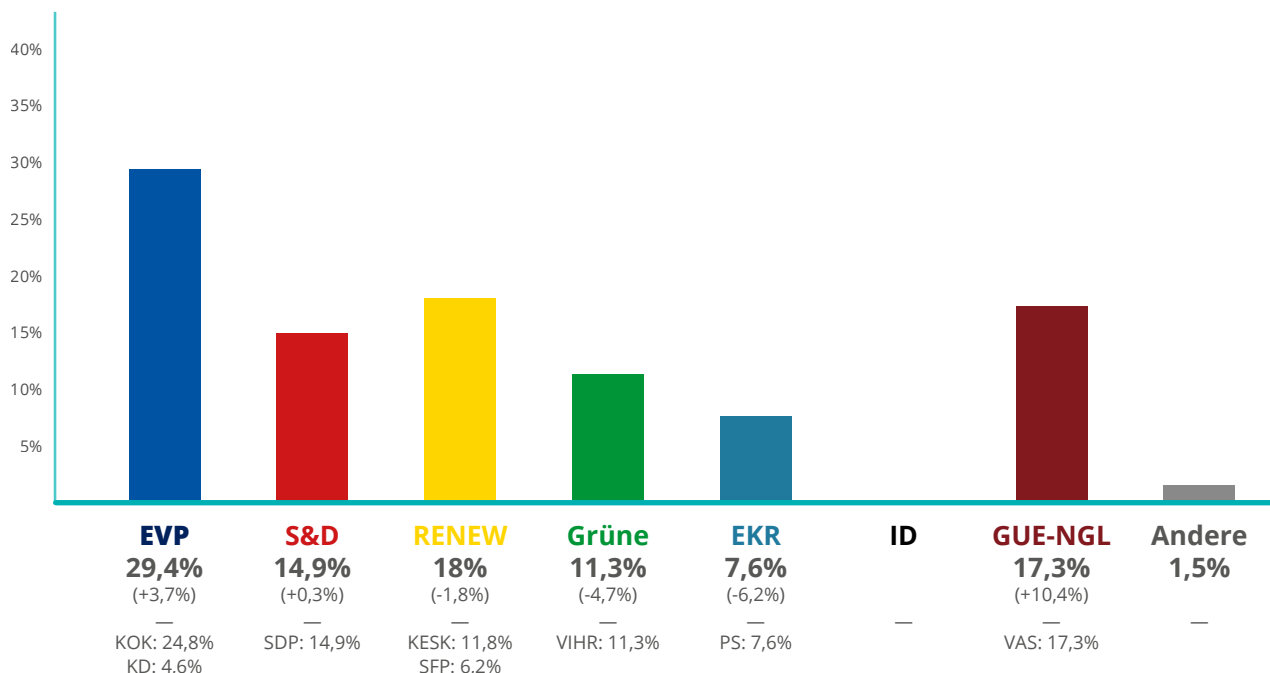
Finnland



15 Sitze
Sperrklausel: 0%



42%



Sitze 4 2 3 2 1 0 3 0



Stärkste Partei

Die liberal-konservative Nationale Sammlungspartei (Kokoomus), setzt sich für Marktwirtschaft, Wettbewerb und individuelle Freiheit sowie unternehmerische Initiative und wirtschaftliche Effizienz ein. Seit den Parlamentswahlen 2023 führt sie eine Mitte/Rechts-Regierung an und ist auf europäischer Ebene Mitglied der EVP.



Erwähnenswerte Partei

Die rechtsnationale Partei „Die Finnen“ vertritt nationalistische und EU-skeptische Werte. Sie wechselte im EU-Parlament 2023 von der Fraktion „Identität & Demokratie“ (ID) wegen deren Russlandfreundlichkeit zu den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR). Auf nationaler Ebene ist sie Teil der amtierenden Mitte/Rechts-Regierung.

Spitzenkandidaten



Tanja Airaksinen
Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (SDP)



Mika Aaltola
Kansallinen Kokoomus (KOK)



Sanna Antikainen
Perussuomalaiset (PS)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nachdem bei den letzten Parlamentswahlen 2023 die Nationale Sammlungspartei (Kokoomus) stärkste Kraft geworden war, trat die international bekannte Ministerpräsidentin Sanna Marin von den Sozialdemokraten zurück. Der neue Ministerpräsident Petteri Orpo führt eine Vier-Parteien-Koalition mit den rechtsnationalen Basisfinnen, den Christdemokraten und der Schwedischen Volkspartei an. Oberste Priorität hatten zuletzt die Wirtschaftspolitik mit dazugehörigen Sparreformen und die Stärkung der EU. Die Pläne zur Einschränkung des Streikrechts führten dabei zu umfassenden Streikwellen. Dies zeigt sich in leicht sinkender Zustimmung bei den Regierungsparteien. Auffällig war vor der Wahl die hohe Anzahl an Frauen unter den Kandidaten für die Europawahl. Finnland stellt erstmals 15 Sitze im Europaparlament, einen mehr als zuvor.

In Finnland stand kurz vor dem Wahltag außenpolitisch die Situation in Gaza im Fokus. Vor allem Parteien im linken Spektrum sprachen sich für eine stärkere Unterstützung der Palästinenser aus. Auch die Themen Klima- und Forstpolitik waren wichtig, ebenso Migration, damit verbunden die Diskussion über das Ruanda-Modell. Besonders vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hatte auch das Thema Sicherheit und die Unterstützung des angegriffenen Landes höchste Priorität.

Analyse

In Finnland erhöhte sich die Wahlbeteiligung leicht von 40,8% bei der Wahl 2019 auf 42,4% bei der Wahl 2024, bleibt damit aber auf niedrigem Niveau. Die Nationale Sammlungspartei (Kokoomus), Teil der EVP-Fraktion und aktuell an der Spitze der Regierung, konnte die Position als stärkste Kraft bei den Europawahlen verteidigen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass das Linksbündnis die Sozialdemokraten auf dem zweiten Platz überholt hat. Dies liegt zum einen an der bekannten Spitzenkandidatin sowie der pro-palästinensischen Positionierung im Gaza-Konflikt und zum anderen an gut geführter Kommunikation auf Social-Media-Plattformen. Dies ist ähnlich bei den Grünen, die zudem von der Relevanz des Klimawandels profitierten. Ebenso bemerkenswert ist das schlechte Ergebnis der rechtspopulistischen Basisfinnen, welche in den Umfragen zuletzt noch drittstärkste Kraft waren, im Wahlergebnis aber mit knapp acht Prozent auf dem vorletzten Platz landen. Auch hier steht Finnland, wie die anderen nordischen Länder, entgegen dem europäischen Trend des Vormarschs der Rechtspopulisten.



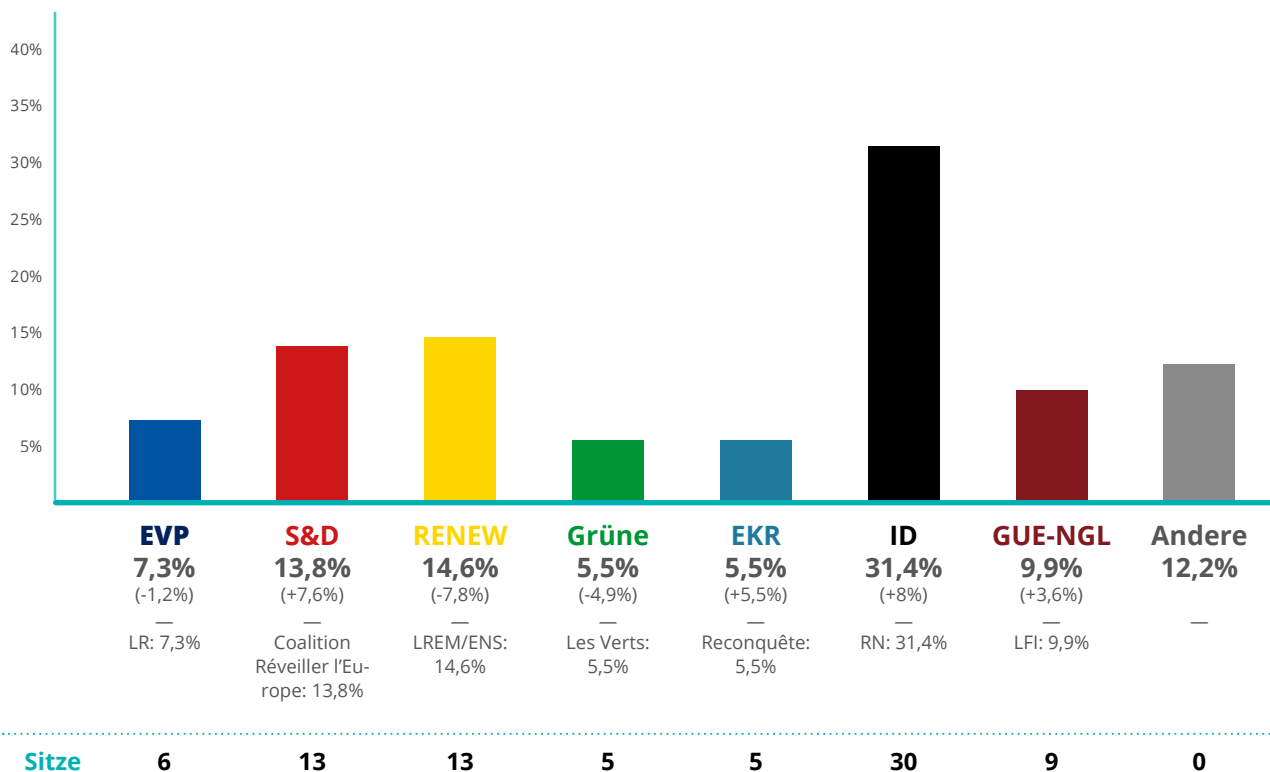
Frankreich



81 Sitze
Sperrklausel: 5%



52%



Stärkste Partei

Der Rassemblement National (RN) ist eine europaskeptische und rechtspopulistische Partei, die auf europäischer Ebene zur ID-Fraktion gehört. Nach der Abwendung von einem "Frexit" verfolgt sie eine sogenannte „Ampele-Strategie“: Grün = Unterstützung (Erasmus+), Gelb = Akzeptanz aber Reformbedarf (Schengen), Rot = Ablehnung (EU-Erweiterung).



Erwähnenswerte Partei

Die Regierungspartei "Renaissance" (früher En-Marche-Bewegung) versucht sich seit 2017 als einzige pro-europäische Partei in der französischen Parteienlandschaft zu etablieren. In den vergangenen Jahren nahm ihr Zuspruch jedoch kontinuierlich ab. Die Europawahlen sind für das Schicksal der Partei bedeutend. Im EU-Parlament stellte sie bisher die größte Gruppe der Renew-Fraktion.

Spitzenkandidaten



Jordan Bardella
Rassemblement National (RN)



Valérie Hayer
Renaissance (LREM/ENS)



François-Xavier Bellamy
Les Républicains (LR)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Konstellation in der französischen Nationalversammlung macht das Regieren für Präsident Macron kompliziert: Paradebeispiel hierfür ist die Durchsetzung der Rentenreform mit der Verfassungsklausel 49.3. Die Streitigkeiten rund um das Einwanderungsgesetz führten im Januar 2024 zu einer Regierungsumbildung. Wichtigste Themen für die Europawahlen bleiben Migration, Klimawandel, Kaufkraft und Sicherheit. Geprägt durch die Gelbwestenbewegung, die in Frankreich 2018 für politische Instabilität sorgte, reagierte die Regierung auf die Blockaden durch französische Landwirte. Einen Monat vor den Europawahlen sah sich Präsident Emmanuel Macron erneut in seinem Reformelan ausgebremsst. Angesichts der gewalttätigen Unruhen im französischen Überseegebiet Neukaledonien hat die Regierung in Paris dort den Ausnahmezustand ausgerufen.

Es überwiegen die Kommentare zu den nationalen Folgen der Europawahl. Die Auflösung der Nationalversammlung wird als schwerste Krise der fünften Republik bezeichnet, so u.a. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire. Die bürgerlich-konservative Tageszeitung Le Figaro titelt „Le choc“ (Der Schock), die linke „Libération“ spricht von einer „Extremen Wette“ des Staatspräsidenten. Le Monde analysiert, dass Frankreich zwischen Europawahlen und der Auflösung des Parlaments komplett in der Luft hängt.

Analyse

Laut einer IPSOS-Meinungsumfrage von Mai 2024 ist Besorgnis der häufigste genannte Begriff (46%), der die Stimmung der Franzosen in Bezug auf Europa beschreibt, obwohl eine Mehrheit stolz darauf ist, zu Europa zu gehören (59%). RN scheint genau diese Stimmung aufgefangen zu haben. Mit der Abgrenzung vom Frexit und ihrer Ampel-Strategie konnten sie viele Wähler abholen. Der pro-europäische Kurs von Renaissance schaffte es nicht, auf die Sorgen der Franzosen (Kaufkraft, Migration) eine Antwort zu geben.

Die Europawahlergebnisse bestätigen das auf nationaler Ebene beobachtete Erstarken der Rechtspopulisten. Die Tatsache, dass Bardella in den Wahldebatten deutlich seine Unkenntnisse in europäischen Fragen gezeigt hat und dennoch die Wahlen gewinnt, zeigt auf, dass die Europawahlen vor allen Dingen dazu dienen, die aktuelle Regierung abzus-trafen. In einer im März veröffentlichten hypothetischen Umfrage zu Neuwahlen, könnte RN zwischen 243 - 305 Sitze in der Nationalversammlung gewinnen und so eventuell eine absolute Mehrheit stellen, was implizieren würde, dass RN den Premierminister stellt.

LR verliert zwei Sitze und wird mit sechs Abgeordneten vertreten sein (7,3%; 2019: 8,48%).



Griechenland



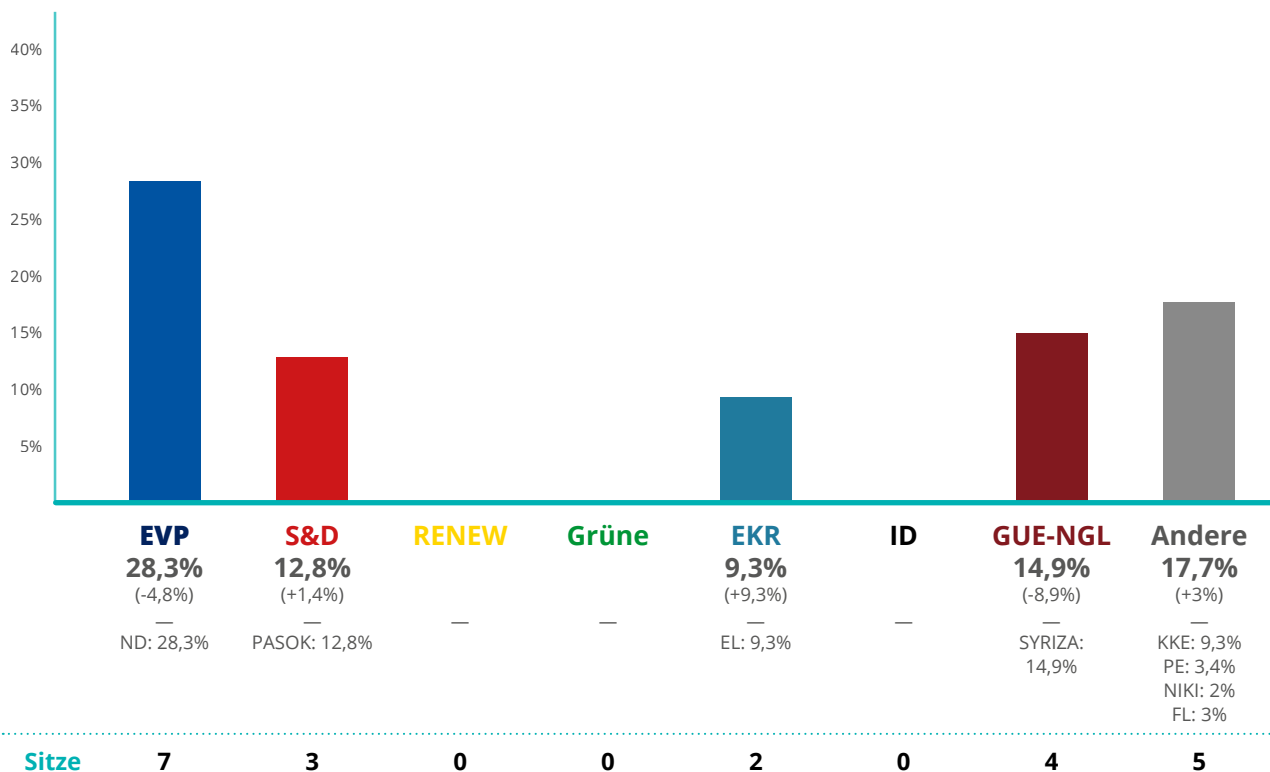
21 Sitze

Sperrklausel: 3%



41%

Wahlpflicht



Sitze 7 3 0 0 2 0 4 5



Stärkste Partei

Die liberal-konservative Regierungspartei Nea Demokratia (ND) wurde 1974 nach Ende der Militärdiktatur gegründet und verfolgte von Beginn an einen ausgesprochen pro-europäischen Kurs. Dabei vereinigt sie unterschiedliche politische Strömungen in der griechischen Gesellschaft. Auf europäischer Ebene ist die Partei Mitglied der EVP.



Erwähnenswerte Partei

Die Oppositionspartei SYRIZA (Bündnis radikaler linker Parteien) wurde 2004 zunächst als Wahlbündnis gegründet und 2012 in eine Partei umgewandelt. Sie strebt grundsätzliche Veränderungen in Politik und Gesellschaft an, lehnt die EU in ihrer gegenwärtigen Form ab und ist auf europäischer Ebene Mitglied der GUE/NGL-Fraktion.



Spitzenkandidaten

In Griechenland gab es keine Spitzenkandidaten.



Wahlentscheidende Entwicklungen

Bei den diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament konnten die Bürgerinnen und Bürger in Griechenland erstmals auch per Briefwahl ihre Stimmen abgeben. Die Regierungspartei Nea Demokratia (ND) sah sich mit wachsender Besorgnis vor einem möglichen Protestvotum konfrontiert. Hauptfaktoren dafür waren der Aufstieg rechtsextremer Parteien, eine anhaltende Inflation, die das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik erschütterten, sowie ein verheerender Zugunfall in Tempi, der das eigentlich ausgegebene Sicherheitsversprechen der Regierung in Frage gestellt hatte.

Diese Faktoren hatten die ND in eine defensive Position gebracht, wodurch die Europawahlen im Vorfeld als entscheidender Test beschrieben wurden, welcher die aktuelle politische Stimmung im Land widerspiegeln werde.

Nichtsdestotrotz dominierte die ND den politischen Diskurs im Vorfeld der Wahlen, unter anderem auch weil die Opposition für die Mehrheit der Bürger eine unzuverlässige Alternative bleibt. Ein Teil der Wähler äußerte sich aus verschiedenen Gründen unzufrieden über die Politik der ND, darunter fielen die Inflation, die Sicherheit und eine liberalere Agenda (z.B. die kürzliche Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe). Diese Stimmung erklärt, warum Parteien rechts von ND einen Zuspruch von 20 Prozent erhielten.

Analyse

Eine niedrige Wahlbeteiligung von 41,4 Prozent und ein deutlicher Anstieg der Rechtsextremen bei den Europawahlen in Griechenland stechen bei dieser Wahl heraus. Die ND ging als führende Kraft trotz erheblicher Verluste hervor. Weder SYRIZA noch PASOK mussten Verluste in solcher Höhe einstecken. SYRIZA erhält vier Sitze, zwei weniger als bei den Europawahlen 2019, während PASOK drei Sitze gewann und damit einen zusätzlichen Sitz erhielt. Die Parteien rechts der ND wurden stärker, da die Elliniki Lysi ihren Anteil verdoppelte, NIKI ihre Stärke erhöhte und die Foni Logikis den letzten Sitz Griechenlands im neuen Europäischen Parlament gewann.

Die Regierungspartei fiel weit unter ihr Ergebnis von 33 Prozent bei den Europawahlen 2019, welches als Zielmarke galt. Sie erhielt letztlich 28,31 Prozent der Stimmen, sodass Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis öffentlich zugab, dass „wir unser Ziel nicht erreicht haben“. Die niedrige Wahlbeteiligung ging vor allen zulasten der Regierungspartei ND, da die Wähler wohl der Meinung waren, dass dies der richtige Zeitpunkt sei, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, solange die Regierungsführung des Landes nicht auf dem Spiel steht.



Irland



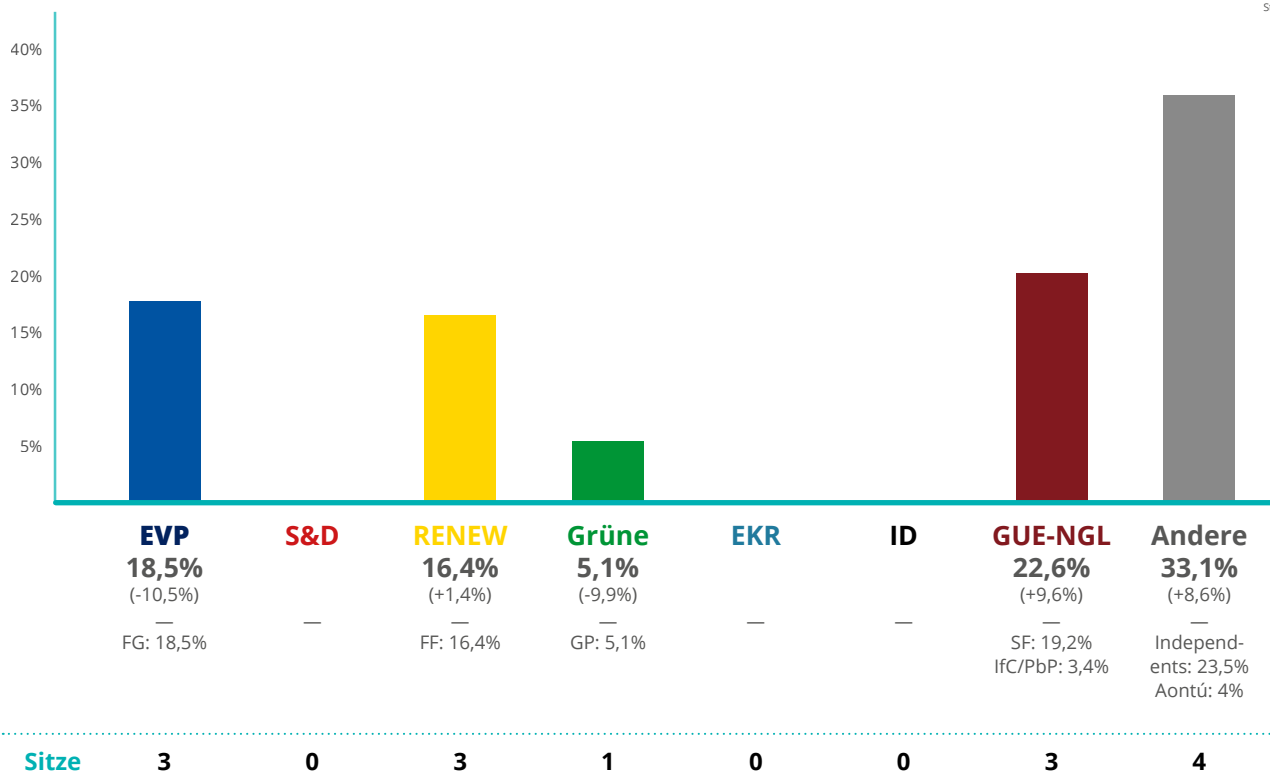
14 Sitze

Sperrklausel: 0%



50%

Stand: 12.06.24, 16:30 Uhr



Stärkste Partei

Sinn Féin ist eine republikanische Partei mit dem Ziel, die Teilung Irlands zu beenden. Zu diesem Zweck tritt sie auch im britischen Nordirland an. Aktuell ist sie mit 37 Abgeordneten im irischen Parlament vertreten und gehört zur Opposition. Auf europäischer Ebene ist sie mit einem Mandat vertreten und Mitglied von GUE-NGL.



Erwähnenswerte Partei

Fine Gael ist eine bürgerliche Volkspartei in der Republik Irland. Aktuell führt sie die Regierungskoalition an und stellt den Premierminister. Sie unterstützt die EU-Integration und setzt sich für Marktwirtschaft, Chancengleichheit und Sicherheit ein. Auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der EVP und stellt aktuell fünf Abgeordnete.

Spitzenkandidaten



Maria Walsh
Fine Gael (FG)



Barry Andrews
Fianna Fáil (FF)



Michelle Gildernew
Sinn Féin (SF)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die irische Politik konzentrierte sich zuletzt hauptsächlich auf Lebenshaltungskosten (insbesondere Mieten und Immobilienpreise) sowie Einwanderung. Die Ansiedlung großer US-Tech-Firmen wie META und Google in Dublin hat zu einem Kostenanstieg geführt, den viele Einheimische nicht bewältigen können, da das Land nicht schnell genug wächst. Der jüngste Migrationsdeal zwischen Großbritannien und Ruanda hat Irland zudem zum Hauptziel für Personen gemacht, die von Abschiebung bedroht sind, was den begrenzten Wohnraum in den größeren Städten weiter belastet. Diese Binnenmigration ist auf das freie Reiseabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und Irland zurückzuführen. Mit den anstehenden Parlamentswahlen im nächsten Jahr wurden die Europawahlen - ähnlich wie in Deutschland - als Gradmesser angesehen.

Neben den genannten Themen gab es in Irland zudem die Besonderheit, dass es - ähnlich wie im benachbarten Großbritannien - möglich war, als unabhängiger Kandidat an der Wahl teilzunehmen. Bereits im Vorfeld der Wahl hatte sich angedeutet, dass die Kandidaten (die politisch höchst unterschiedliche Prioritäten verfolgen und daher nicht auf einer regionalen oder nationalen Liste zusammengefasst werden können) vielerorts die meisten Stimmen gewinnen könnten.

Analyse

Die Wahlergebnisse sind relativ günstig für die beiden Regierungsparteien Fianna Fáil und Fine Gael, die unterm Strich bestätigt wurden, wenngleich Fine Gael zwei Sitze verloren hat. Gewinner ist aber Sinn Féin, die seit Wochen die Umfragen angeführt hatten und ihr Ergebnis aus 2019 um zwei auf drei Sitze erhöhen konnte. Labour und die Sozialdemokraten haben verhältnismäßig sehr gut abgeschnitten, während die Grünen Schwierigkeiten hatten, obwohl sie zumindest einen Sitz halten konnten.

Fine Gael (EVP) konnte seine bisherigen 5 Sitze nicht bestätigen, was allerdings zu erwarten war. Die gewonnenen drei Sitze sind ein solides Ergebnis und eine Bestätigung der irischen Regierung. Grundsätzlich hat kein "irischer Sitz" eine anti-europäische Konnotation, weshalb sich der irische Beitrag auf EU-Ebene im Vergleich zur letzten Legislaturperiode nicht großartig verändern wird.



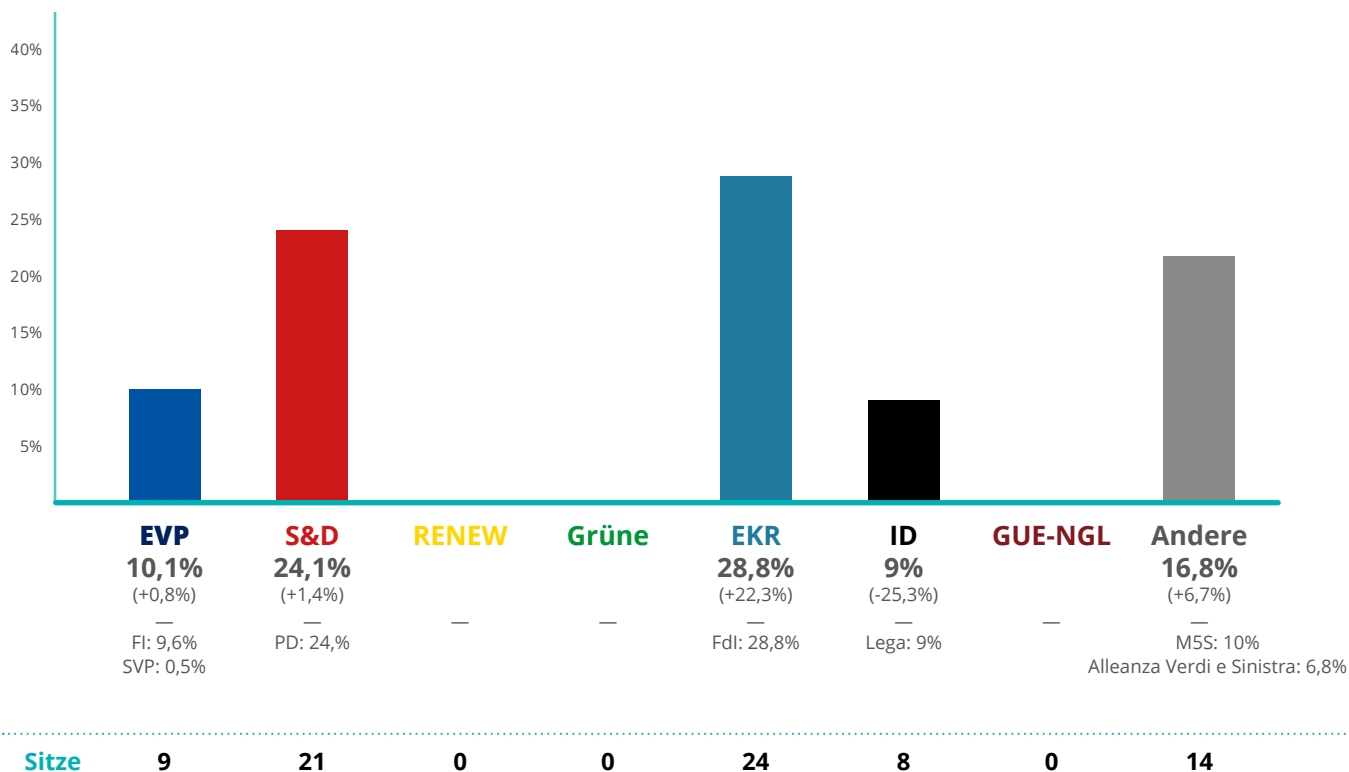
Italien



76 Sitze
Sperrklausel: 4%



50%



Stärkste Partei

Die Partei "Fratelli d'Italia" (FdI) von Premierministerin Giorgia Meloni ging 2012 aus neofaschistischen Bewegungen hervor und gilt heute als nationalkonservativ. Seit Regierungsantritt sind EU-feindliche Töne selten geworden. Auf europäischer Ebene gehört die Fratelli d'Italia der EKR-Fraktion an und steht dort für nationale Souveränität und Einheit ein.



Erwähnenswerte Partei

Die bürgerlich-konservative „Forza Italia“ (FI) erlebt gegenwärtig einen Wiederaufstieg. Nach dem Tod des Parteigründers Silvio Berlusconi im Juni 2023 hat Außenminister Antonio Tajani die Führung übernommen und die Partei als christlich-demokratisches, pro-europäisches Korrektiv in der rechten Regierung positioniert. Im Europäischen Parlament gehört sie der EVP-Fraktion an.

Spitzenkandidaten



Giorgia Meloni
Fratelli d'Italia (FdI)



Elly Schlein
Partito Democratico (PD)



Antonio Tajani
Forza Italia (FI)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Seit den Parlamentswahlen im September 2022 und der Übernahme der Regierung durch eine Rechtskoalition ist das Parteiensystem in Italien erstaunlich stabil. Die Umfragewerte haben sich auch im Vorfeld der Europawahlen kaum verändert. Den größten Zuspruch erhielt laut Umfragen mit knapp 30 Prozent die Partei „Fratelli d'Italia“ von Premierministerin Giorgia Meloni. Ihre Bündnispartner „Lega“ und „Forza Italia“ lagen bei etwa acht Prozent. Der nach der ersten Welle der Corona-Pandemie aufgelegte Recovery-Fonds, von dem Italien mit knapp 200 Milliarden Euro besonders profitiert, hat dazu beigetragen, dass EU-kritische Töne in der Öffentlichkeit weitgehend verstummt sind.

Im Vergleich zu den Europawahlen von 2019 war mit lediglich einer wesentlichen Veränderung zu rechnen: Dem Austausch des Größenverhältnisses von „Fratelli d'Italia“ (bislang sechs Sitze) und „Lega“ (bislang 29 Sitze). Inhaltlich unterstrich Giorgia Melonis Slogan „Con Giorgia l'Italia cam-

bia l'Europa“ (Mit Giorgia ändert Italien Europa) den europäischen Gestaltungsanspruch der Premierministerin und traf bei zahlreichen Wählern einen Nerv. Die EVP-Partnerpartei Forza Italia plakatierte statt der Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen den im Juni 2023 verstorbenen Parteigründer Silvio Berlusconi. Die Verwendung der ca. 200 Milliarden Euro aus dem EU-Recovery-Fonds spielte im Wahlkampf keine Rolle.

Analyse

Hatte die Lega 2019 noch 29 Abgeordnete und die Fratelli d'Italia sechs Abgeordnete erhalten, hat sich das Größenverhältnis bei den Europawahlen 2024 umgekehrt: Die Fratelli ziehen mit 24 Abgeordneten nach Straßburg, die Lega nurmehr mit neun Abgeordneten. Damit geht eine Qualitätsänderung einher. Denn die Lega und ihr Vorsitzender Matteo Salvini hatten in den vergangenen fünf Jahren weder den Ehrgeiz noch das Ziel, ihre 29 Abgeordneten im Europäischen Parlament zu nutzen, um Politik auf europäischer Ebene mitzubestimmen.

Premierministerin Giorgia Meloni und ihre Fratelli d'Italia haben hingegen den Anspruch, ihr neu erworbenes Gewicht im Europäischen Parlament zu nutzen und europäische Politik mitzugestalten – im Interesse Italiens und mit nationalkonservativer Ausrichtung. An den künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission werden klare Forderungen gestellt: weniger grüne und mehr wirtschaftsorientierte Klimaschutzpolitik, weniger illegale Einwanderung und mehr gemeinsame Grenzsicherung, weniger Genderpolitik und mehr klassische Familienpolitik – und nicht zuletzt ein klares Votum für eine gemeinsame Schuldenaufnahme in der Zukunft.



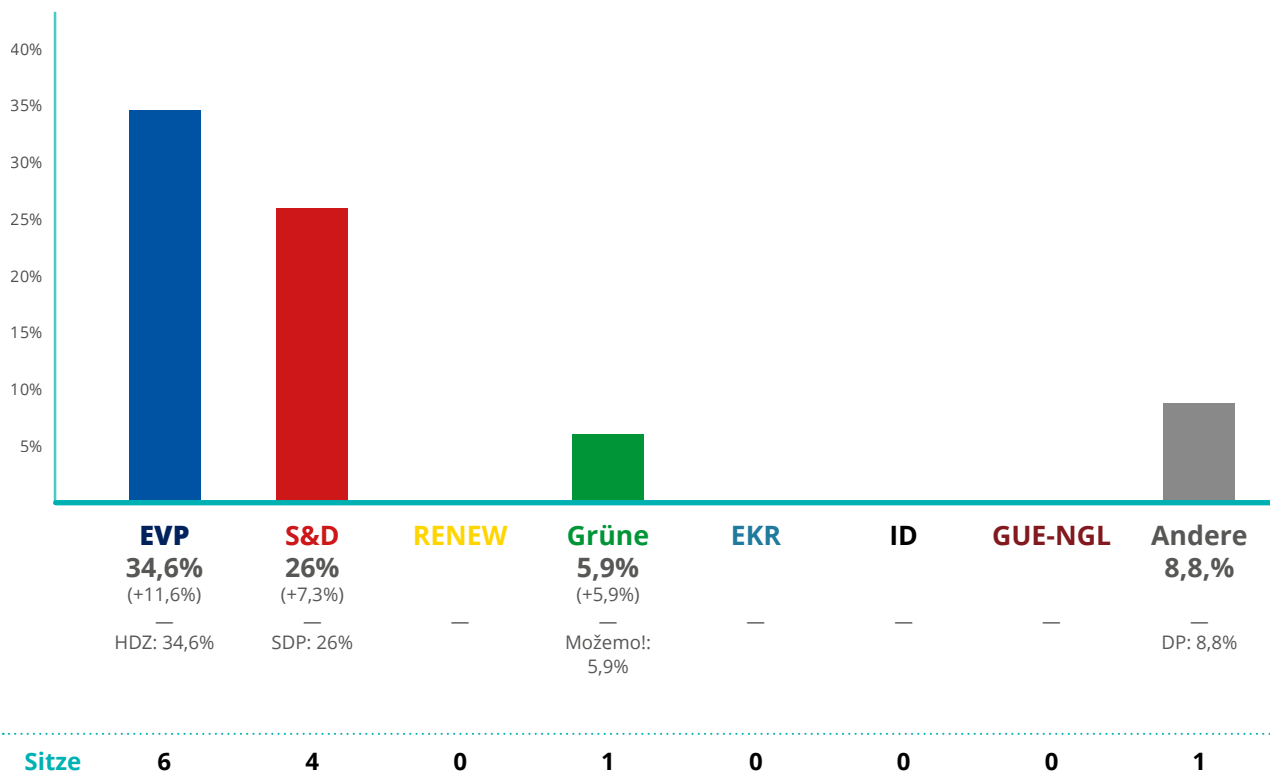
Kroatien



12 Sitze
Sperrklausel: 5%



21%



Stärkste Partei

Die HDZ ist eine mitte-rechts orientierte, christlich-demokratische Partei, die seit den Wahlen im April erneut den Ministerpräsidenten stellt. Sie ist mäßig konservativ und pro-europäisch orientiert. In den vergangenen Jahrzehnten hat sie die meisten Mandate gewonnen und ist seit 2011 durchgängig an der Regierung beteiligt ist. Europapolitisch ist sie Teil der EVP.



Erwähnenswerte Partei

Die "Domovinski pokret" (DP) gewann zuletzt an Popularität und Unterstützung bei Wählern aus dem rechten und konservativen Spektrum. Themen wie Einwanderung, Inflation und die COVID19-Pandemie führten zum Aufstieg des Rechtsradikalismus und Populismus, von welchem die Partei in ihrer Entwicklung profitierte. Auf europäischer Ebene ist sie noch keiner Fraktion angehörig.

Spitzenkandidaten



Andrej Plenković
Hrvatska demokratska zajednica (HDZ)



Biljana Borzan
Koalicija SDP



Ivan Penava
Domovinski pokret (DP)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Der Aufstieg der rechten Parteien mit anti-globalen Agenden und die Verbreitung des Populismus sind Schlüsselfaktoren, die die innenpolitischen Ereignisse im Vorfeld der Europawahlen beeinflussten. Im April 2024 fanden die Parlamentswahlen statt, bei denen die "Hrvatska demokratska zajednica" (HDZ) unter Andrej Plenkovic und ihren Partnern einen relativen Sieg erzielte, jedoch auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Von den möglichen 151 Parlamentsmandaten gewannen HDZ und Partnerparteien 61, was zunächst nicht ausreichte, um eine Mehrheit zu bilden. Im Mai wurden die Verhandlungen mit der rechtsnationalistischen Domovinski pokret (DP) abgeschlossen, eine Mehrheit gebildet und eine von der HDZ geführte Regierung etabliert. Die Mitte/Links-Koalition (Rijeke Pravde) und andere kleinere Parteien blieben in der Opposition.

Besonders bei den Rechten der serbischen Minderheit in Kroatien sowie bei der Bildungs- und Kulturpolitik blieben Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern bestehen.

Die thematischen Schwerpunkte bei den EU-Wahlen 2024 lassen sich in folgende Bereiche unterteilen: Wirtschaftliche Herausforderungen, wozu Inflation, die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum zählen, sowie die Energiekrise, nationale Sicherheit und außenpolitische Beziehungen. Außerdem prägten Diskussionen über Reformen im Justizbereich und der Kampf gegen Korruption den Verlauf des Wahlkampfes.

Analyse

Die dynamischen Prozesse in der Politik spiegeln sich in den EU-Wahlen 2024 wider. Ineffizienz und Vorwürfe der Transparenz gegenüber der Regierung dienten als Grundlage für eine stärkere Kritik der Opposition gegenüber der HDZ. Die HDZ konnte jedoch ihre Dominanz auf der politischen Bühne bewahren und gewann die meisten Stimmen, indem Sie einen starken Fokus auf Wirtschaftswachstum und mehr Sicherheit für die Bevölkerung legte. Die SDP setzte auf linke und Sozialpolitik, ihren Markenkern, und konnte damit den zweiten Platz erringen. Možemo! kombinierte linke, grüne und progressive Politik und versuchte damit vor allem, junge Wähler durch die Betonung grüner Politik und Korruptionsfragen zu gewinnen, womit sie es schaffte, ein Mandat fürs EU-Parlament zu erringen. Domovinski pokret (DP), ebenfalls nun mit einem Mandat vertreten, repräsentierte die rechtspopulistische und souveränistische Fraktion, welche anti-globale Ideologien durch das Prisma des Euro-Skeptizismus verbreitete. Die Mitte-Links IDS-Koalition scheiterte an den notwendigen Stimmen zur Qualifizierung für ein Mandat, auch wenn sie formal über der 5%-Sperrklausel lag.



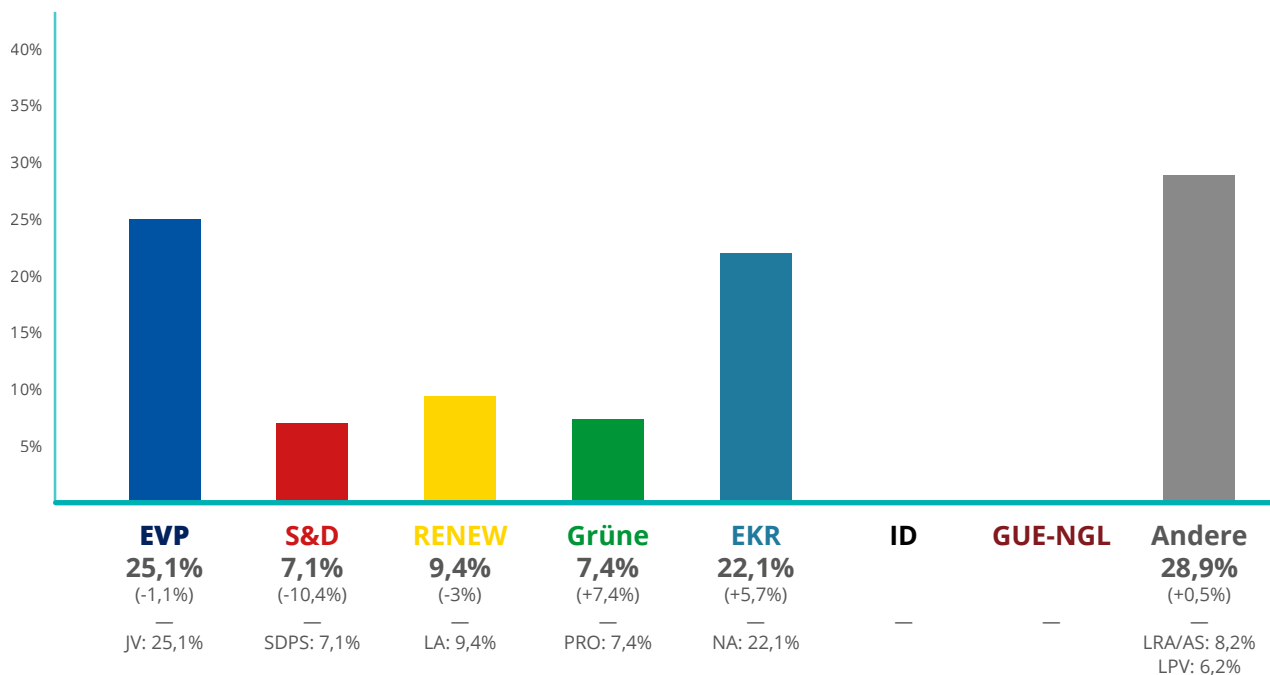
Lettland



9 Sitze
Sperrklausel: 5%



34%



Sitze 2 1 1 1 2 0 0 2



Stärkste Partei

Die Partei Jaunā Vienotība (JV) wurde in dieser Form 2011 gegründet und ging aus einem Zusammenschluss von mehreren liberal-konservativen Parteien hervor. Auf nationaler Ebene war sie in den vergangenen Jahren stärkste Kraft und führt die aktuelle Koalitionsregierung in Riga mit Ministerpräsidentin Evika Siliņa an. Auf europäischer Ebene ist sie Mitglied der EVP-Fraktion.



Erwähnenswerte Partei

Die Progressiven sind eine Mitte/Links-Partei mit sozialdemokratischen und grünen Elementen, die 2017 gegründet wurde. Sie konnte vor allem von den jüngsten innenpolitischen Entwicklungen stark profitieren und als Juniorpartner in der Regierung einige Anliegen umsetzen. Auf europäischer Ebene sind sie Teil der Grünen/EFA.

Spitzenkandidaten



Valdis Dombrovskis
Jaunā Vienotība (JV)



Roberts Zile
Nacionālā apvienība (NA)



Elina Pinto
Progresīvie (PRO)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Im Jahr vor den Europawahlen kam es in der lettischen Innenpolitik zu entscheidenden Veränderungen: im Mai 2023 wurde der langjährige Außenminister Edgars Rinkēvičs zum Staatspräsidenten gewählt. Wichtige Unterstützung erfolgte dabei von zwei Oppositionsparteien (Bündnis der Bauern und Grünen sowie Progressive), was im Herbst zu einer Regierungsumbildung führte. Die neue Regierungskoalition besteht seither aus „Jauna Vienotība“ (EVP), Progressiven (Grüne/EFA) und sowie dem Bündnis der Bauern und Grünen (NI), die im Parlament jedoch nur über eine knappe Mehrheit verfügen. Die Nationale Allianz und die vor den letzten Parlamentswahlen gegründete Partei „Vērinie Listē“ sind in der Opposition. Anstelle des zwischenzeitlich zurückgetretenen Ministerpräsidenten Krišjānis Kariņš, der Außenminister wurde, ist Evika Siliņa (Jauna Vienotība) aktuell Ministerpräsidentin.

Ihre Partei – welche die letzte Europawahl noch klar gewonnen hatte – verlor aufgrund der sogenannten „Flugaffäre“ ihres Vorgängers jedoch zuletzt an Zustimmung in der Bevölkerung.

Wie in allen drei baltischen Staaten spielte das Thema Außen- und Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Wahlkampf eine herausgehobene Rolle. Auch ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine wurde immer wieder thematisiert. Ein weiterer Schwerpunkt in der Debatte lag auf einer möglichen Revision des European Green Deals. Aus lettischer Sicht sind die Ziele zu hochgesteckt und unterschiedliche nationale Ausgangssituationen werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Analyse

Von 16 Listen haben Vertreter von sieben den Einzug ins Europäische Parlament geschafft. Trotz innenpolitischer Probleme konnte die EVP-Partei „Jaunā Vienotība“ die Wahlen für sich entscheiden und hat damit ihre führende Rolle in der lettischen Politik bestätigt. Sie wird auch wieder den EU-Kommissar des Landes stellen. Neben der JV konnte auch die Nationale Allianz zwei Sitze erringen, alle anderen Parteien sind mit einem Sitz vertreten. Die neun Abgeordneten aus Lettland sind allesamt in der Politik erfahren, fünf von ihnen saßen vorher bereits im Europäischen Parlament. Die Wahlbeteiligung ist nur leicht gestiegen und weist regionale Unterschiede aus: besonders wenige Menschen gingen im Osten des Landes zur Wahl, wo es eine große russischsprachige Minderheit gibt. Die Wahlergebnisse könnten außerdem Einfluss auf die Koalitionsarbeit haben – das Bündnis der Bauern und Grünen ist nicht im EP vertreten und die Progressiven haben schlechter abgeschnitten als erwartet. 2025 stehen in Lettland die nächsten Wahlen an – dann auf kommunaler Ebene.



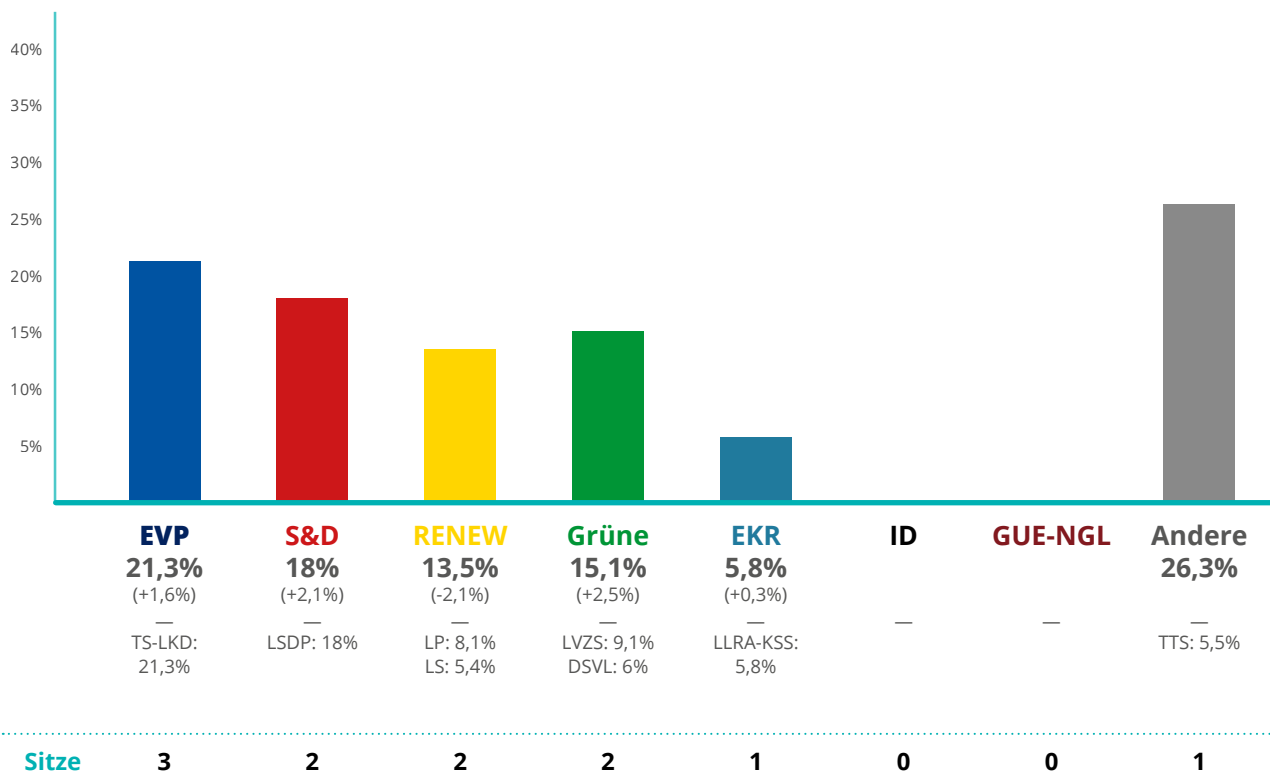
Litauen



11 Sitze
Sperrklausel: 5%



29%



Stärkste Partei

Die Partei "Vaterlandsbund - Litauische Christdemokraten" (TS-LKD) ist eine konservative Partei christdemokratischer Prägung und wurde 1993 gegründet. Die Westbindung Litauens bei gleichzeitigem Erhalt der litauischen Identität ist ihr zentrales Anliegen. Auf nationaler Ebene führt die Partei die aktuelle Regierungskoalition an, europapolitisch ist sie Teil der EVP.



**NACIONALINIS
SUSIVENIJIMAS**

Erwähnenswerte Partei

Die neue Partei „Nationale Vereinigung“, wurde im Jahr 2020 gegründet und tritt damit erstmals zur Europawahl an. Sie vertritt nationalkonservative sowie christliche Standpunkte und sieht sich selbst in der Nachfolge der litauischen Unabhängigkeitsbewegung. Sowohl national als auch auf europäischer Ebene ist die Partei noch nicht final verortet.

Spitzenkandidaten



Andrius Kubilius
TS-LKD



Vilija Blinkevičiūtė
LSDP



Aurelius Veryga
LVZS



Wahlentscheidende Entwicklungen

Litauen befand sich vor der Wahl zum Europäischen Parlament bereits in einer besonderen politischen Phase. Die Europawahl stand dabei eher im Hintergrund, da sie in ein ähnliches Zeitfenster wie die Präsidentschaftswahl sowie ein Referendum zur doppelten Staatsbürgerschaft fiel. Später im Jahr finden zudem die nationalen Parlamentswahlen statt. Die innenpolitischen Entwicklungen Litauens sind dabei stark von den Themen Verteidigung und Sicherheit geprägt (vor allem seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine). Parteipolitisch dominierten die Sozialdemokraten die nationalen und europapolitischen Umfragen, während die von den Christdemokraten geführte Regierung seit der letzten Parlamentswahl an Zuspruch in der Bevölkerung verloren hat.

Das wichtigste Thema bleibt für die litauischen Bürger weiterhin die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In diesem Zusammenhang hofft man, auf EU-Ebene weiter an Einfluss zu gewinnen, eventuell über einen wichtigen Posten innerhalb der Europäischen Kommission. Weitere Themen im Wahlkampf waren beispielsweise die Migration, besonders im Blick auf die belarussische Grenze sowie den Ausbau sicherer EU-Außengrenzen. Auch die EU-Erweiterung, bezogen auf die Ukraine, war ein zentraler Punkt für litauische Wähler.

Analyse

Die konservativen Christdemokraten gehen als Sieger der Europaparlamentswahlen hervor. Die geringe Wahlbeteiligung war von Vorteil für die Konservativen, welche besonders bei im Ausland lebenden Litauern und in den Städten gut abschnitten. Die meisten Stimmen erhielt die TS-LKD in den Wahlkreisen in und um Vilnius, auch in zwei weiteren größeren Städten konnten sie die meisten Wähler von sich überzeugen.

Die Hauptkonkurrenten der Konservativen, die Sozialdemokraten der LSDP, schnitten vergleichsweise enttäuschend ab. Viele Umfragen sahen sie eigentlich vor der TS-LKD, das tatsächliche Ergebnis zeigt aber ein anderes Bild. Sie stehen auf Platz zwei, mit einem Abstand von knapp drei Prozent, und bleiben bei zwei Sitzen im Parlament.

Für einige kleinere Parteien ist das Ergebnis verheerend, sie kämpfen um ihr politisches Überleben. Diese Wahl ist für sie kein gutes Signal für die Parlamentswahlen im Herbst. Die Konservativen hingegen können nun mit diesem Ergebnis im Rücken entspannter auf die Seimas-Wahlen blicken, dürfen sich aber aufgrund der geringen Wahlbeteiligung nicht darauf ausruhen.



Luxemburg



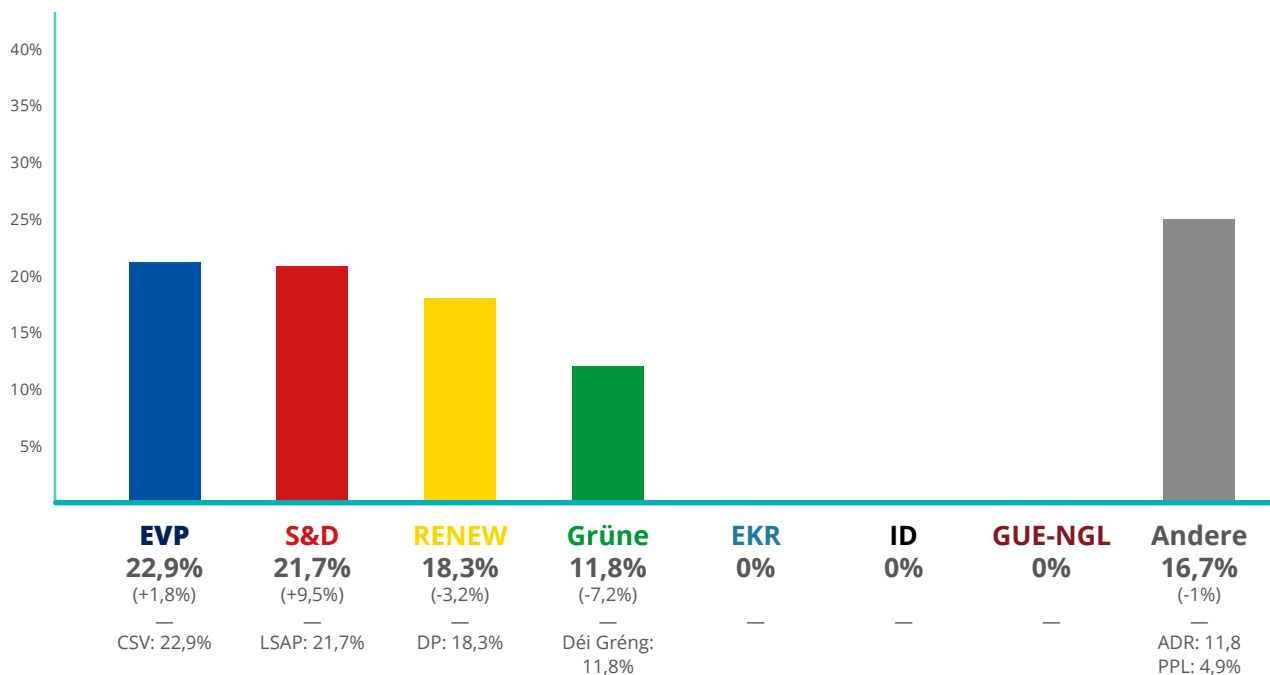
6 Sitze

Sperrklausel: 0%



82%

Wahlpflicht



Sitze 2 1 1 1 0 0 0 1



Stärkste Partei

Die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) ist die christdemokratische Partei Luxemburgs und regiert in einer Koalition mit der liberalen DP. Die CSV stellt nach zehn Jahren in der Opposition seit November 2023 mit Luc Frieden wieder den Premierminister. Auf europäischer Ebene gehört die pro-europäische CSV der EVP an.



Erwähnenswerte Partei

Die rechtspopulistische Alternative Demokratische Reformpartei (ADR) entstand als Protestpartei zu etablierten Parteien und befindet sich in der Opposition. Sie vertritt konservative, nationale Werte, einschließlich der Betonung der Souveränität Luxemburgs und kultureller Identität. Bisher gehörte sie nicht dem Europaparlament an, steht aber der EKR nahe.

Spitzenkandidaten



Christophe Hansen
Christlich Soziale Volkspartei



Charles Goerens
Demokratesch Partei



Marc Angel
Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach den Parlamentswahlen 2023 kam es zum Regierungswechsel in Luxemburg, bei dem die seit 2013 regierende Koalition aus liberaler Demokratischen Partei (DP/Renew), Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP/S&D) und den Grünen (Déi Gréng/Grüne) von einer Koalition aus Christlich Sozialer Volkspartei (CSV) und DP, unter Führung von Premierminister Luc Frieden (CSV), abgelöst wurde. Innenpolitische Themen waren zuletzt die Wohnungskrise, Kernenergienutzung und Kontoschließungen der ING-Bank und der Steuerhinterziehungsfall eines DP-Kommunalpolitikers.

Europapolitische Themen waren u.a. Verteidigung, Wettbewerbsfähigkeit, Soziales und Asylpolitik. Zwei Themen standen im Fokus: der drohende Rechtsruck in Europa, vor dem insbesondere Politiker der politischen Linken, wie Nicolas Schmit (LSAP), warnten, zum anderen die Forderung, das Prinzip der Einstimmigkeit im Rat der EU weiter zu reduzieren. Während dies in der Außenpolitik für viele noch

denkbar ist, löste dies eine besorgte Debatte um die europäische Harmonisierung der Steuerpolitik aus. Zwar warb auch der ehemalige Spitzenpolitiker Jean-Claude Juncker (CSV) in einem Zeitungsinterview für Mehrheitsentscheidungen bei Steuerfragen, aber gemäß des CSV-DP Koalitionsvertrags der Luxemburger Regierung und einer Abstimmung im Parlament, beharrt Luxemburg weiterhin auf dem sogenannten „Steuerveto“. Ein wahlentscheidender Faktor ist in Luxemburg die Möglichkeit des Panaschierens, dabei können die sechs abzugebenden Stimmen auch zwischen unterschiedlichen Parteilisten aufgeteilt werden. Prominent besetzte Listen können so den Unterschied machen.

Analyse

Insgesamt gelingt der CSV ein Comeback als stärkste Partei, allerdings reicht es nicht für den dritten Sitz. Die liberale DP wurde aufgrund von Verlusten auf den dritten Platz verwiesen, hier könnte der Steuerskandal um einen DP-Kommunalpolitiker eine Rolle gespielt haben. Überraschend gelingt der LSAP mit einem 9,5% Zugewinn der zweite Platz, die prominent besetzte Wahlliste dürfte dazu beigetragen haben. Entgegen Befürchtungen Déi Gréngs, den Sitz zu verlieren, gelingt es ihnen, sich trotz großen Verlusten knapp zu behaupten. Gleichauf mit den Grünen, gewinnt die rechtspopulistische ADR erstmalig einen Sitz.

Das Wahlergebnis deutet an, dass die CSV auch den luxemburgischen Kommissar stellen könnte. Der amtierende Kommissar und S&D-Spitzenkandidat Nicolas Schmit (LSAP) warb zwar für sich als „logische“ Besetzung, allerdings hatte sich die CSV-DP Regierung zuvor auf Christophe Hansen (CSV) als Kandidaten geeinigt. Er trat im Gegensatz zu Schmit erfolgreich für die Europawahl an. Noch am Wahlabend stellte Premierminister und CSV-Präsident Luc Frieden die starke Position von CSV und der EVP fest. Er erklärte auch seine Unterstützung für Ursula von der Leyen für das Amt der Kommissionspräsidentin.



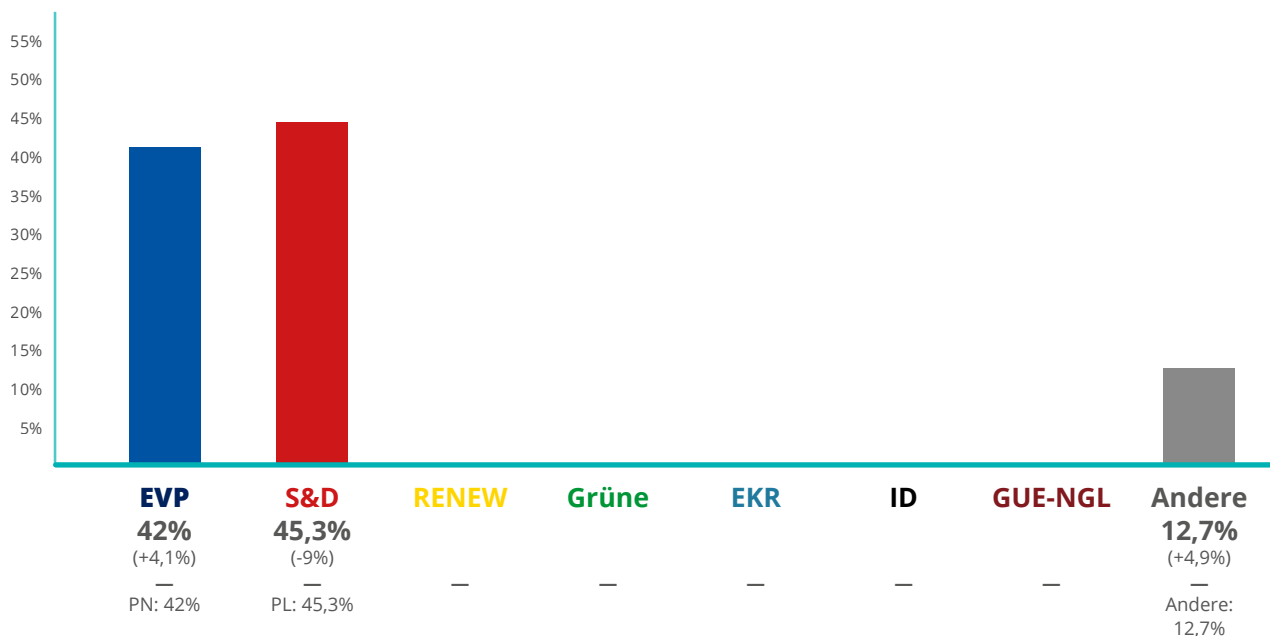
Malta



6 Sitze
Sperrklausel: 0%



73%



Sitze	3	3	0	0	0	0	0	0



Stärkste Partei

Stärkste Partei auf Malta ist die seit 2013 regierende Partit Laburista (PL). Trotz der Ermordung einer Journalistin und mehrerer Korruptionsfälle, die klar dem PL-Umfeld zuzuordnen waren, wurde die PL 2022 wiedergewählt. Auch bei den Europawahlen hat die PL, Mitglied der S&D Fraktion, einen deutlichen Vorsprung zur Partit Nazzjonalista.



Erwähnenswerte Partei

Die Partit Nazzjonalista ist die bürgerlich-konservative EVP-Partei auf Malta. Sie war bis 2013 an der Regierung und stellt derzeit mit Roberta Metsola die Präsidentin des Europäischen Parlaments. Dennoch liegt sie in nationalen wie europäischen Umfragen deutlich hinter der regierenden Partit Laburista zurück.

Spitzenkandidaten



Alex Agius Saliba
Partit Laburista (PL)



Roberta Metsola
Partit Nazzjonalista (PN)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Malta ist mit einer halben Million Einwohner das kleinste EU-Mitglied. Seit der Unabhängigkeit Malτας 1964 herrscht ein Zwei-Parteien-System nach britischem Vorbild: Die sozialdemokratische Partit Laburista und die bürgerlich-konservative Partit Nazzjonalista lösen einander in der Regierungsverantwortung ab. Andere Parteien haben kaum eine Chance, einen Sitz im nationalen oder im Europäischen Parlament zu erhalten. Derzeit ist die Partit Laburista mit vier und die Partit Nazzjonalista mit zwei Abgeordneten in Strassburg und Brüssel vertreten.

Die Tatsache, dass mit Roberta Metsola erstmals eine aus Malta stammende Politikerin der Partit Nazzjonalista Präsidentin des Europäischen Parlaments ist, hat offenbar keine Auswirkungen auf den Wahlausgang – angesichts des Vorsprungs der Partit Laburista.

Inhaltlich im Fokus stand wenige Wochen vor den Europawahlen ein aufgedeckter Korruptionsskandal, der direkt ins Lager der regierenden sozialdemokratischen Partit Laburista führte und den Rücktritt des als künftigen EU-Kommissar Malτας gehandelten Gesundheitsministers zur Folge hatte. Daneben versuchten die Sozialdemokraten die Rückführung irregulärer Migranten zu thematisieren, um auf diese Weise von den Problemen der von ihnen eingeführten, legalen Einwanderung (Stichwort: Golden Passports) abzulenken.

Analyse

Auf Malta fuhr die EVP-Partnerpartei Partit Nazzjonalista einen Erfolg ein: Sie konnte sich von 37,9 auf 42,0 Prozent verbessern, während die regierende sozialdemokratische Partit Laburista von 54,3 auf 45,3 Prozent abfiel – und damit zum ersten Mal seit 2008 die 50-Prozentmarke unterschritt. Der Abstand zwischen den beiden großen Parteien schmolz auf rund 8.500 Stimmen zusammen und weckt Hoffnungen auf eine Rückkehr der PN an die Regierung nach den nächsten nationalen Wahlen 2027. Für die künftige Sitzverteilung im Europäischen Parlament bedeutet dies, dass die Sozialdemokraten ein Mandat verlieren, die PN gewinnt einen Sitz. Die bisherige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, hat mit über 81.000 Vorzugsstimmen (bei rund 270.000 Wählern) einen historischen Erfolg erzielt: nie zuvor hatte ein Kandidat auf Malta so viele Vorzugsstimmen erhalten. Historisch ist auch der Anteil der kleinen Parteien und unabhängigen Kandidaten, die über zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konnten. Dies ist eine Herausforderung für die PN. Denn von den über 23.000 verlorenen Stimmen der Sozialdemokraten sind nur rund 11.000 Stimmen zur PN gewandert.



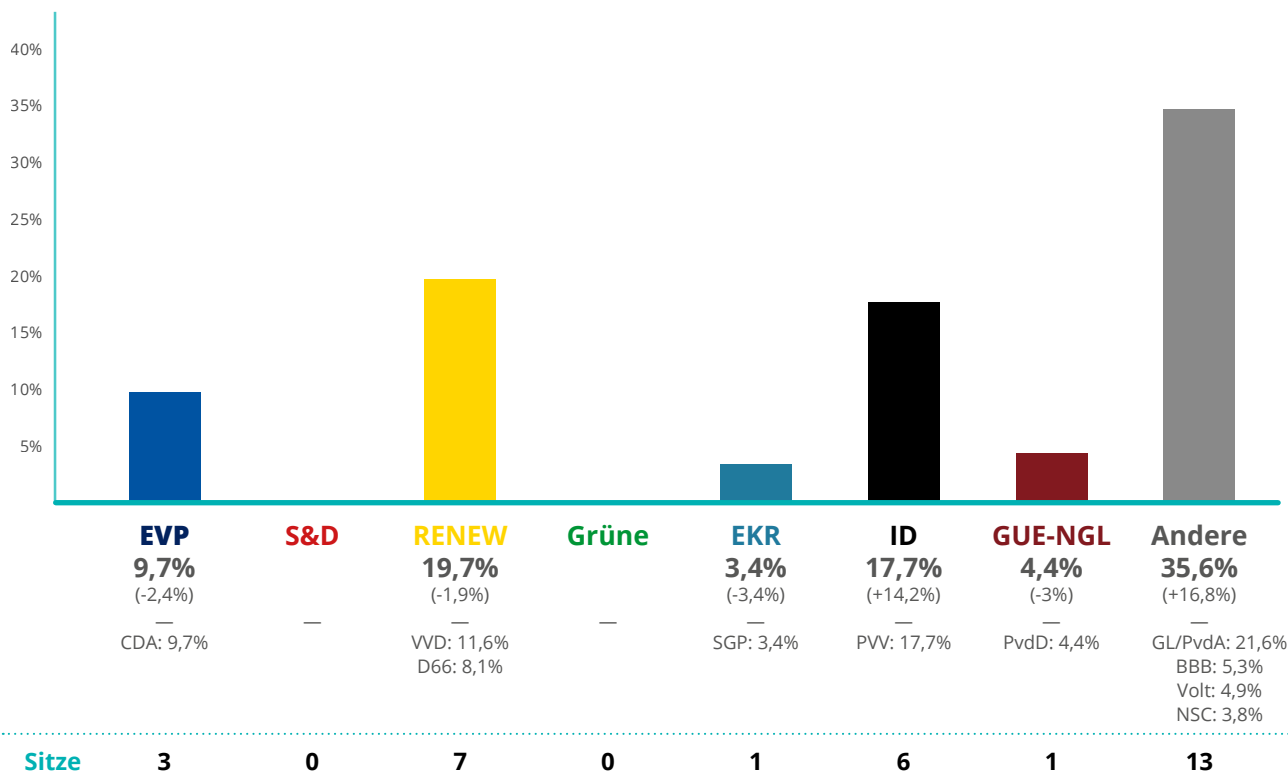
Niederlande



31 Sitze
Sperrklausel: 0%



46%



Stärkste Partei

Die gemeinsame Partei von Grünen und Sozialdemokraten (GL/PvdA) entstand 2023 im Vorfeld der nationalen Parlamentswahlen um den ehemaligen EU-Kommissar Frans Timmermans. Sie versteht sich als progressives Gegengewicht zur Rechtsaußen-Partei von Geert Wilders. Die europapolitische Verortung steht gegenwärtig noch aus.



Erwähnenswerte Partei

Die Partei für die Freiheit (PVV) ist eine rechtspopulistische und nationalistische Partei, deren einziges offizielles Mitglied Geert Wilders ist. Sie vertritt europaskeptische Standpunkte und will die EU grundlegend verändern. Auf nationaler Ebene gewann sie die Parlamentswahlen 2023 deutlich, auf europäischer Ebene gehört sie der ID an.

Spitzenkandidaten



Bas Eickhout

GroenLinks/Partij van de Arbeid (GL/PvdA)



Sebastiaan Stöteler

Partij voor de Vrijheid (PVV)



Tom Berendsen

Christen-Democratisch Appèl (CDA)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Niederlande befanden sich im Vorfeld der Europawahlen in politisch schwierigem Fahrwasser. Aus den vorgezogenen Neuwahlen im November 2023 waren erstmals in der Geschichte des Landes die Rechtspopulisten als stärkste Kraft hervorgegangen und hatten seither versucht, eine Regierung zu bilden. Zwei Wochen vor dem Wahltermin gelang dies in Form eines außerparlamentarischen Kabinetts, welchem 50 Prozent externe Experten angehören werden. Ebenfalls an der Regierung beteiligt sein werden die rechtsliberale VVD sowie die neuen Parteien NSC und BBB. Die Entwicklungen rund um die Regierungsbildung überschatteten dabei lange Zeit den Europawahlkampf der zahlreichen Parteien, die um den Einzug ins Europäische Parlament kämpften.

Das Ergebnis der nationalen Wahlen wurde dabei von einigen politischen Beobachtern als Fingerzeig Richtung Brüssel gedeutet, während die pro-europäischen Kräfte hofften, durch ein gutes Abschneiden bei der Wahl zum Europäischen Parlament ein entgegengesetztes Ausrufezeichen setzen zu können. Die thematischen Schwerpunkte im Wahlkampf unterschieden sich dabei nicht signifikant von den Themen der nationalen Wahlen: Migration, Klimaschutzmaßnahmen und Sicherheit standen weit oben auf der Agenda der meisten Parteien.

Analyse

Das Wahlergebnis in den Niederlanden birgt Licht und Schatten. Die Freiheitspartei von Geert Wilders konnte die guten nationalen Umfragen auch auf europäischer Ebene bestätigen und gewinnt im Vergleich zu 2019 fünf Sitze hinzu. Mit zwei Sitzen mehr wurde jedoch das Bündnis aus Grünen und Sozialdemokraten (GL/PvdA) stärkste Kraft im Land – ein Achtungserfolg, auf den nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im November viele gehofft hatten. Zudem kann konstatiert werden, dass bei diesen Wahlen weitere pro-europäische Parteien zulegen konnten. So werden die Christdemokraten (CDA) zwar künftig nur noch mit drei (statt bisher fünf) Abgeordneten im EP vertreten sein, die Umfragen hatten sie jedoch lange Zeit bei maximal zwei Sitzen gesehen. Auch die ausgesprochen pro-europäischen Demokraten 66 (D66/Renew) gewannen einen Sitz hinzu (jetzt drei) und Volt wird zum ersten Mal mit zwei niederländischen Abgeordneten vertreten sein. Die neuen Parteien BBB und NSC (zusammen drei Abgeordnete) wollen sich in der neuen Legislaturperiode der EVP anschließen - erste Kontakte wurden bereits vor dem Wahltag geknüpft und sollen allem Anschein nach verstetigt werden.



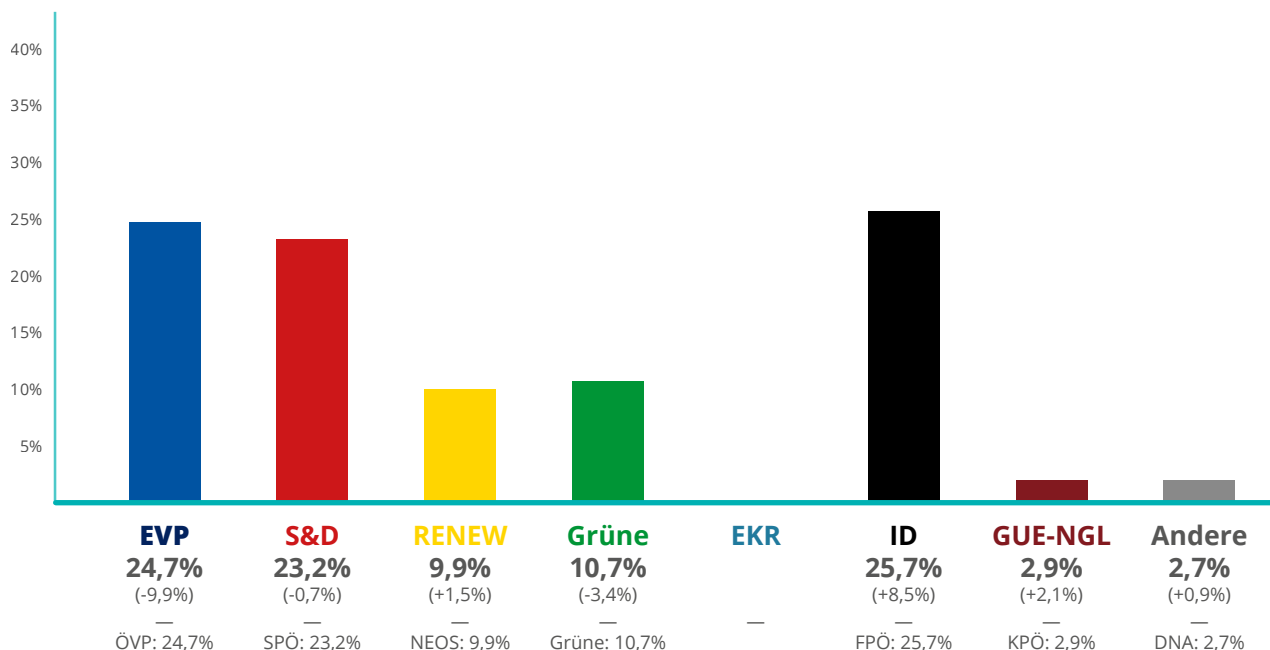
Österreich



20 Sitze
Sperrklausel: 4%



56%



Sitze 5 5 2 2 0 6 0 0



Stärkste Partei

Die rechtsnationale FPÖ führt mit 28% stabil in den nationalen Umfragen. Ihr Parteichef Herbert Kickl bezeichnet sich bereits als "Volksskanzler". Die Partei, die in drei Bundesländern in Koalition mit der ÖVP regiert, zeigt sich auf Bundesebene entschieden kontraproduktiv, mobilisiert "gegen das System" und gehört auf europäischer Ebene der ID-Fraktion an.



Erwähnenswerte Partei

Die christdemokratische ÖVP ist in turbulenten Zeiten: Nach Wahlsiegen unter Sebastian Kurz hat sie nun mit dessen Nachwirkungen zu kämpfen, hohe Niederlagen bei Europa- und Nationalratswahlen drohen. Bundeskanzler und Parteichef Karl Nehammer gibt sich kämpferisch und als vernünftiger Staatsmann gegenüber seinen Konkurrenten. Europapolitisch ist die Partei Teil der EVP.

Spitzenkandidaten



Dr. Reinhold Lopatka
Die neue Volkspartei (ÖVP)



Harald Vilimsky
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)



Andreas Schieder
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Österreich standen in der öffentlichen Debatte zuletzt hauptsächlich nationale Themen im Fokus. Die ÖVP-Grüne-Koalition nutzt die Zeit bis zur Nationalratswahl im September für zahlreiche innenpolitische Maßnahmen, wie etwa das Wohnpaket. Das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftspolitik einerseits und European Green Deal bleiben mit Blick auf die europäische Ebene dominierend. Große EU-Vorhaben wie die Entwaldungsrichtlinie, das Renaturierungsgesetz sowie die Lieferkettenrichtlinie werden von der ÖVP abgelehnt.

Der Kampf gegen die illegale Migration bleibt eines der wichtigsten Themen. Der Asyl- und Migrationspakt wird als erster Schritt in die richtige Richtung wahrgenommen. Jetzt müsse konsequent weitergemacht werden. Ein russischer Spionageskandal mit Beteiligung einiger der in Umfragen führenden FPÖ nahestehenden Personen schadet der Partei nicht. Die Grünen waren vor der Europawahl dagegen mit dem Charak-

ter ihrer jungen Spitzenkandidatin Lena Schilling, ehemals Fridays for Future, beschäftigt.

In Umfragen gab beinahe jede zweite befragte Person (44 Prozent) an, in den vergangenen Wochen sehr häufig über „Zuwanderung“ und „Sicherheit und Krieg“ diskutiert zu haben. Dahinter folgten die Themen „Umwelt- und Klimaschutz“ (33 Prozent) und „Wirtschaft“ (32 Prozent). In der FPÖ-Wählerschaft dominierte Zuwanderung deutlich, in der ÖVP-Wählerschaft war Wirtschaft das zweitwichtigste Thema.

Analyse

Es ist das erste Mal, dass die FPÖ eine bundesweite Wahl gewinnt: Für die Alpenrepublik ist dies eine Premiere. Die FPÖ punktete vor allem mit der allgemeinen Unzufriedenheit bei den Wählern. Die Kampagne und die Rhetorik des Spitzenkandidaten Harald Vilimsky hat bisherige FPÖ-Grenzen überschritten. Man wolle den „EU-Wahnsinn“ beenden, ein möglicher „Öxit“ wurde angedeutet und die EU im Ukraine-Konflikt als kriegstreibende Kraft dargestellt. Mit dieser radikalen Rhetorik und dem Vergiften des gesellschaftlichen Klimas gewann die FPÖ diese Wahl. Aus dem Wahlerfolg der FPÖ lässt sich schließen, dass die Rhetorik im Nationalratswahlkampf ähnlich ausfallen wird.

Die ÖVP schnitt besser ab als prognostiziert: Sie liegt mit 24,7% (-10 Prozentpunkte) nur noch einen Prozentpunkt hinter der FPÖ und hat es also geschafft, die eigenen Funktionäre und Sympathisanten erfolgreich zu mobilisieren und den Umständen entsprechend doch noch 5 Mandate zu holen. Das Ergebnis ist für die ÖVP schmerzhaft, aber viel besser als erwartet. Für die anstehenden Nationalratswahlen im Herbst sind ÖVP-Kanzler Karl Nehammer und FPÖ-Parteichef Herbert Kickl als Kandidaten um die Kanzlerschaft bereits gesetzt. Der Wahlkampf hat begonnen.



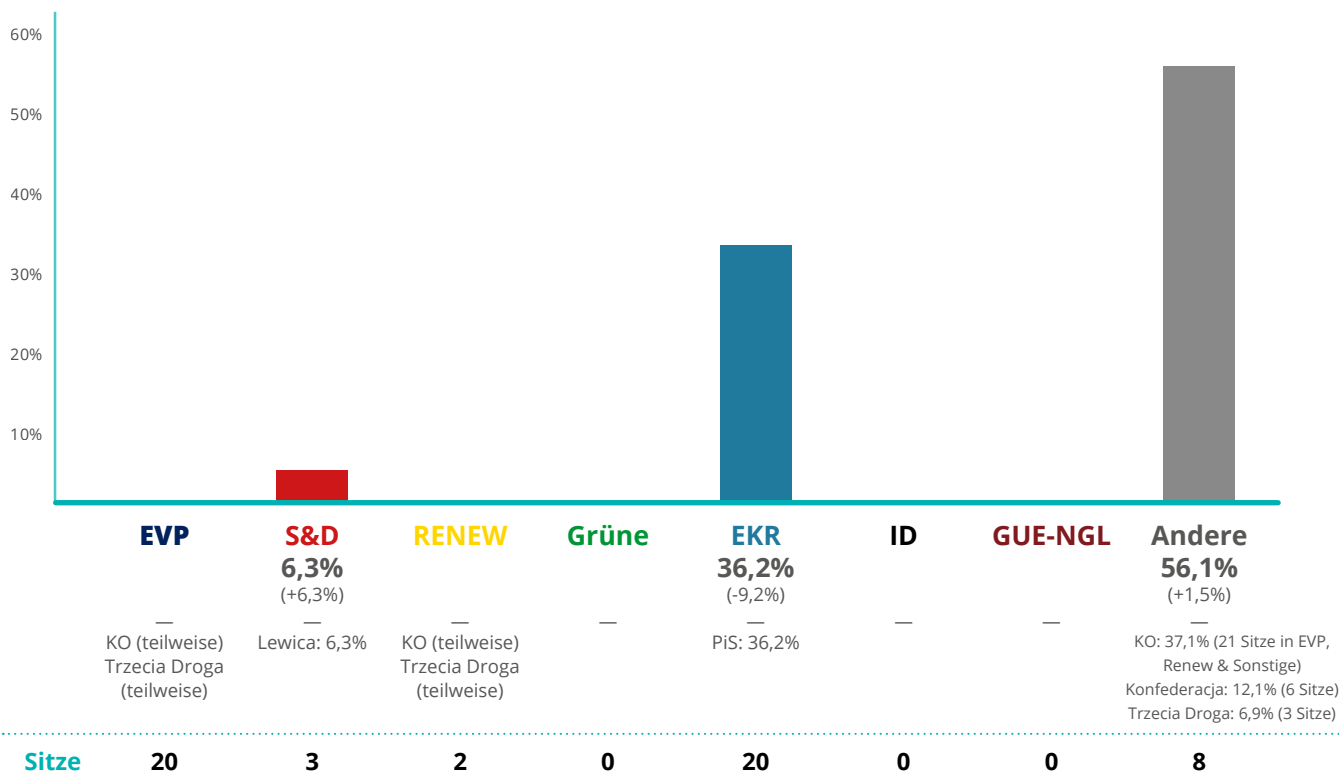
Polen



53 Sitze
Sperrklausel: 5%



41%



Stärkste Partei

Die Bürgerkoalition (KO) ist ein von der Bürgerplattform (PO) unter Ministerpräsident Donald Tusk (PO) angeführtes Wahlbündnis aus links-liberalen bis liberalkonservativen Parteien und die stärkste Kraft in der polnischen Regierungskoalition. Sie setzt sich insgesamt für eine stärkere europäische Zusammenarbeit sowie eine konstruktive Rolle Polens ein.



Erwähnenswerte Partei

Die nationalkonservative Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) wird weiterhin von Jarosław Kaczyński angeführt und gehörte auf europäischer Ebene bisher der EKR-Fraktion an. Sie steht der EU und einer vertieften Integration skeptisch gegenüber. Sie betonte im Wahlkampf, dass Polen seine nationale Souveränität nicht an die europäischen Institutionen abgeben dürfe.

Spitzenkandidaten



Borys Budka
Bürgerkoalition KO



Jacek Saryusz-Wolski
PiS



Michał Kobosko
Trzecia Droga



Wahlentscheidende Entwicklungen

Bis Ende 2023 stand die PiS-Regierung im Konflikt mit der EU wegen Rechtsstaatlichkeitsdefiziten, der Einschränkung der Medienfreiheit und Minderheitenrechten sowie der Flüchtlingspolitik. Die neue Koalition aus liberalen, linken und gemäßigt-konservativen Parteien unter Premierminister Tusk hat zum Hauptziel, den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit rückgängig zu machen. Die PiS bleibt jedoch stärkste Kraft im Parlament. Hinzukommt, dass Präsident Duda ein für die Koalition unüberstimmbares Vetorecht hat. Zentral war die Frage, wem es gelingen würde, die eigene Wählerschaft stärker zu mobilisieren.

Der polnische Europawahlkampf wurde insbesondere durch die Themen Sicherheit und Migration dominiert. Insbesondere die zugespitzte Sicherheitssituation an der polnisch-belarussischen Grenze stand im Vordergrund. Die zukünftige Gestaltung der EU spielte eine zweitrangige Rolle. Nationale Themen überlagerten die Debatte, die Europawahl glich einer Fortführung des Parlamentswahlkampfes und wurde zugleich als Vertrauensabstimmung über die Regierungskoalition gesehen.

Analyse

Die EVP geführte KO unter Donald Tusk liegt erstmals seit zehn Jahren wieder vor der PiS. Sie betonte, dass Polens Sicherheit in einer engen europäischen Zusammenarbeit liege. In der Wahlnacht erklärte Tusk, dass das gute Ergebnis der KO sie in der europäischen Spitzenpolitik und innerhalb der EVP stark positioniert, welches sich bei der Besetzung von EU-Schlüsselpositionen widerspiegeln werde. Tusk und der griechische Premier Mitsotakis führen in den kommenden Wochen die Verhandlungen der EVP.

Die EU-kritische PiS ist einer der Verlierer der polnischen Europawahl. Trotz Skandalen und offensichtlicher innerparteilicher Konflikte ist die Partei weiterhin fast gleichauf mit der KO. Ein unerwartet gutes Ergebnis erzielte die rechtsextreme und antieuropäische Konföderation, was dem EU-Trend entspricht.

Insgesamt hat das pro-europäische Lager in Polen weiterhin eine deutliche Mehrheit. Die KO kann sich als stärkste Regierungspartei stark profilieren, was auf Kosten der beiden kleineren Koalitionäre, des zentristischen Dritten Wegs und der Linken, geschieht. Das Ergebnis beider Parteien lag deutlich hinter den Erwartungen. Der Wahlausgang könnte zu personellen und inhaltlichen Veränderungen in der Regierungskoalition führen.



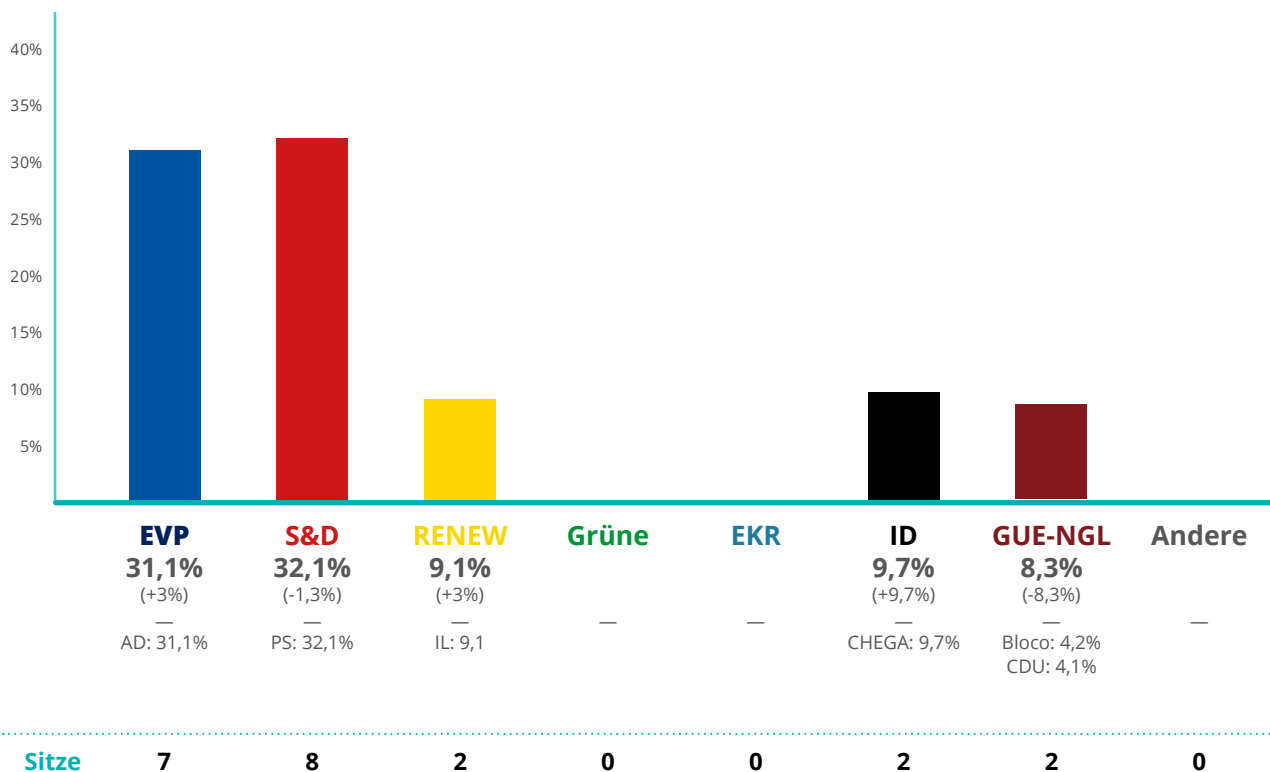
Portugal



21 Sitze
Sperrklausel: 0%



37%



Stärkste Partei

Die Partido Socialista (PS), die der S&D-Fraktion angehört, ist überraschend stärkste Partei und liegt weniger als einen ganzen Prozentpunkt vor der Aliança Democrática (AD). Schwerpunkte ihres EU-Wahlprogramms sind die EU als Werteunion, eine solidarische, grüne, soziale und digitale EU sowie die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und ihrer strategischen Autonomie.



Erwähnenswerte Partei

Die Aliança Democrática (AD) ist ein liberales bis (liberal-)konservatives Bündnis aus den EVP-Parteien PSD und CDS-PP. Obwohl sie in Umfragen führte, verfehlte sie den ersten Platz knapp. Ihr EU-Wahlprogramm behandelte die Themen „Schutz“ (Sicherheit, Migration), „Wachstum“ (Wirtschaft, Landwirtschaft), „Fürsorge“ (Sozialer Dialog, Nachhaltigkeit, Gesundheit) und „sich als Europäer fühlen“.

Spitzenkandidaten



Sebastião Bugalho
Aliança Democrática (AD)



Marta Temido
Partido Socialista (PS)



**António Manuel Moreira
Tanger Corrêa**
CHEGA



Wahlentscheidende Entwicklungen

Seit der sozialistische Ministerpräsident António Costa (PS) am 7.11.2023 aufgrund von Korruptionsermittlungen zurücktrat, haben sich die Vorwürfe gegen ihn zwar nicht erhärtet, Ermittlungen laufen aber noch gegen Vertraute aus seinem Umfeld.

Die Neuwahlen gewann die Aliança Democrática (AD) mit 80 Mandaten knapp vor der PS mit 78 Mandaten. Die PS toleriert seit dem 2.4.2024 die Minderheitsregierung unter Luís Montenegro (PSD). Die rechtspopulistische Chega profitierte am deutlichsten von den Neuwahlen (+38 Mandate). Die Wähler sind u.a. besorgt über die Wohnungsknappheit, den Verfall des öffentlichen Gesundheitssystems, das mangelhafte Bildungssystem und die niedrigen Pro-Kopf-Einkommen.

Ob António Costa die Rückkehr in ein Spitzenamt der EU gelingen kann, wird sich erst nach der Wahl zeigen - die PSD zeigte sich diesbezüglich jedoch bereits verhandlungsbereit. Inhaltlich dominierten nationale Themen, wenngleich zu Beginn des Wahlkampfes noch die EU-Erweiterung, die europäische Verteidigungspolitik und die russische Invasion der Ukraine behandelt wurden. Beispielsweise brachten die Sozialisten kurz vor den Wahlen einen Antrag zur Einkommenssteuersenkung ins nationale Parlament ein, der mit einer negativen Mehrheit gegen die Regierung zustande kommt. Auch der Zustand, die Finanzierung und Art und Weise der Kostenübernahme im staatlichen Gesundheitswesen wurden wieder diskutiert.

Analyse

Die Wahlbeteiligung stieg zwar gegenüber 2019 deutlich an, trotzdem ging nur ein Drittel aller Berechtigten zur Wahl. Die Aliança Democrática (PSD und CDS-PP), die seit April auf nationaler Ebene eine Minderheitsregierung und mit Luís Montenegro den Premierminister stellt, verlor gegen die Sozialisten von Pedro Nuno Santos. Montenegro gelang es folglich nicht, aus seinem Amt merklich Kapital zu schlagen. Trotz 300.000 zusätzlicher Stimmen blieben PSD und CDS zusammen bei sieben Mandaten, während die Sozialisten acht Sitze gewannen. Allerdings verloren auch sie ein Mandat. Es wuchsen lediglich die rechtspopulistische CHEGA und die Liberale Initiative, die erstmals jeweils zwei Mandate holten. CHEGA war vom Ergebnis enttäuscht. Die Tendenz zur Zersplitterung der portugiesischen Parteienlandschaft setzte sich also fort, weder die PS noch die PSD konnten stabile absolute Mehrheiten generieren. Ministerpräsident Luís Montenegro (Aliança Democrática) kündigte bereits an, eine Kandidatur des ehemaligen portugiesischen Premiers António Costa (Partido Socialista) für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates zu unterstützen, falls er kandidieren sollte.



Rumänien

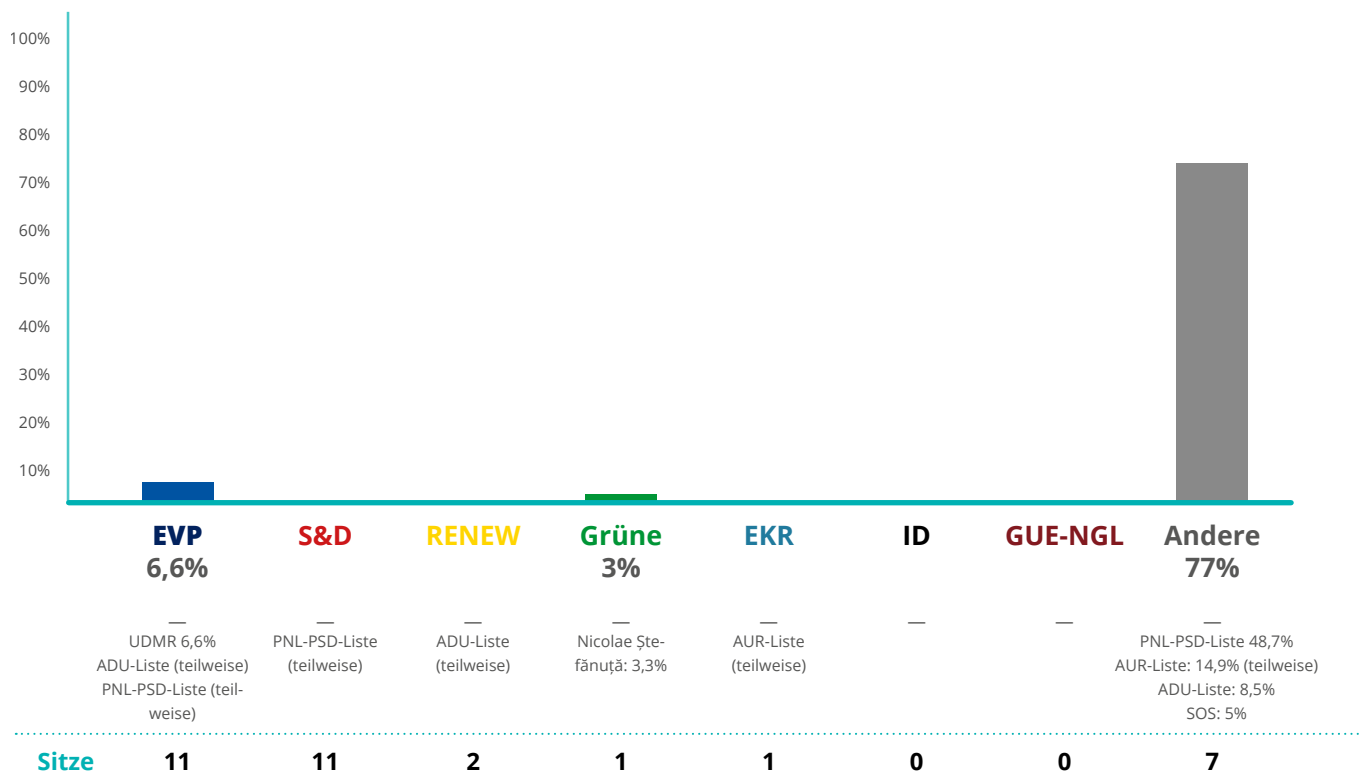


33 Sitze

Sperrklausel: 5%



52%



Stärkste Partei

Die kommunistische Nachfolgepartei PSD arrangierte sich in den 90er Jahren mit dem neuen politischen System. Ihre Machtbasis ist ein Netzwerk „roter Barone“ mit engen Verbindungen zur Wirtschaft. Die Partei ist durch Klientelismus und Korruption geprägt, auch wenn der aktuelle Vorsitzende Marcel Ciolacu versucht, dieses Image abzuschütteln. Auf EU-Ebene gehört die Partei der S&D Fraktion an.



Erwähnenswerte Partei

Die rechtspopulistische Partei SOS Romania wurde bekannt, als die schillernde Senatorin Diana Sosoșoaca aus der rechtspopulistischen Allianz für die Union der Rumänen (AUR) austrat und Vorsitzende der Partei wurde. Geschrei und Verschwörungstheorien prägen den Politikstil der Partei, die es bei dieser Wahl erstmalig ins Europäische Parlament geschafft hat.

Spitzenkandidaten



Mihai Tudose
PNL-PSD-Liste



Dan Barna
USR (ADU-Liste)



Cristian Terheș
AUR-Liste



Wahlentscheidende Entwicklungen

Nach dem Bruch der liberal-konservativen Regierung im Herbst 2021, ging die nationalliberale EVP-Partnerpartei PNL eine große Koalition mit der sozialdemokratischen PSD ein. Von vielen PNL-Wählern wurde dieser Schritt als Verrat verstanden, hatte sich die PNL doch jahrelang als Kraft gegen die durch Korruptionsskandale geprägte PSD profiliert. Als PSD und PNL ankündigten, für die Europawahlen auf einer Liste anzutreten, verschmolz das politische Profil der PNL für viele Wähler weiter mit der PSD. Kurzfristig erhofft sich die PNL von dem Bündnis mehr Sitze im Europäischen Parlament als es bei einem separaten Antreten möglich wäre. Mittel- und langfristig kann diese taktische Überlegung jedoch zum Problem für die PNL werden. Als erste Konsequenz erstarkte bereits der rechte Rand des politischen Spektrums mit den rechtspopulistischen Parteien AUR und SOS Romania.

Im Europawahlkampf 2024 fehlten in Rumänien die europäischen Inhalte und Debatten. Zeitgleich mit den Europawahlen wurden Kommunalwahlen organisiert, dabei haben letztere in der öffentlichen Erscheinung die europäischen Themen komplett verdrängt. Das PSD-PNL Wahlbündnis setzte auf lokale Gesichter, eine Demotivation neuer Wähler und „Regierungsstabilität“. So blieben die großen Fragen zu Verteidigung (Ukraine), Fachkräftemangel, EU-Gelder-Abnutzung oder Energie- und Klimapolitik der EU aus.

Analyse

Während der Westen Europas erschüttert ist und die Migrationspolitik viele weitere wichtige Themen an den Rand drängt, scheint Rumänien in einer besseren Lage zu sein. Angesichts des ausgebliebenen massiven Rechtsrucks in Rumänien sollte das Land aber nicht als Musterschüler hingestellt werden, der Schein trügt: Die demokratische Messlatte wurde in Rumänien auf allen politischen Ebenen seit Jahren immer tiefer gelegt und die Hälfte der Wahlberechtigten ging nicht wählen. Zudem hatten vergangene Wahlrechtsreformen einen negativen Einfluss auf diese und vor allem die parallelen Kommunalwahlen. Wenig politischer Wettbewerb und eine sehr oberflächliche politische Debatte weisen mit dem Finger auf Rumäniens demokratische Hausaufgaben: Populismus und Klientelismus verfestigen sich. Die EVP-Partei PNL schickt dank einer gemeinsamen Wahlliste mit den Sozialdemokraten mehr Abgeordnete ins EU-Parlament, wobei aber die Kosten für eine Loslösung von der PSD für kommende Wahlen immer höher werden. Die Grundhaltung der Mainstream-Politik und der Bevölkerung bleibt nach wie vor pro-europäisch.



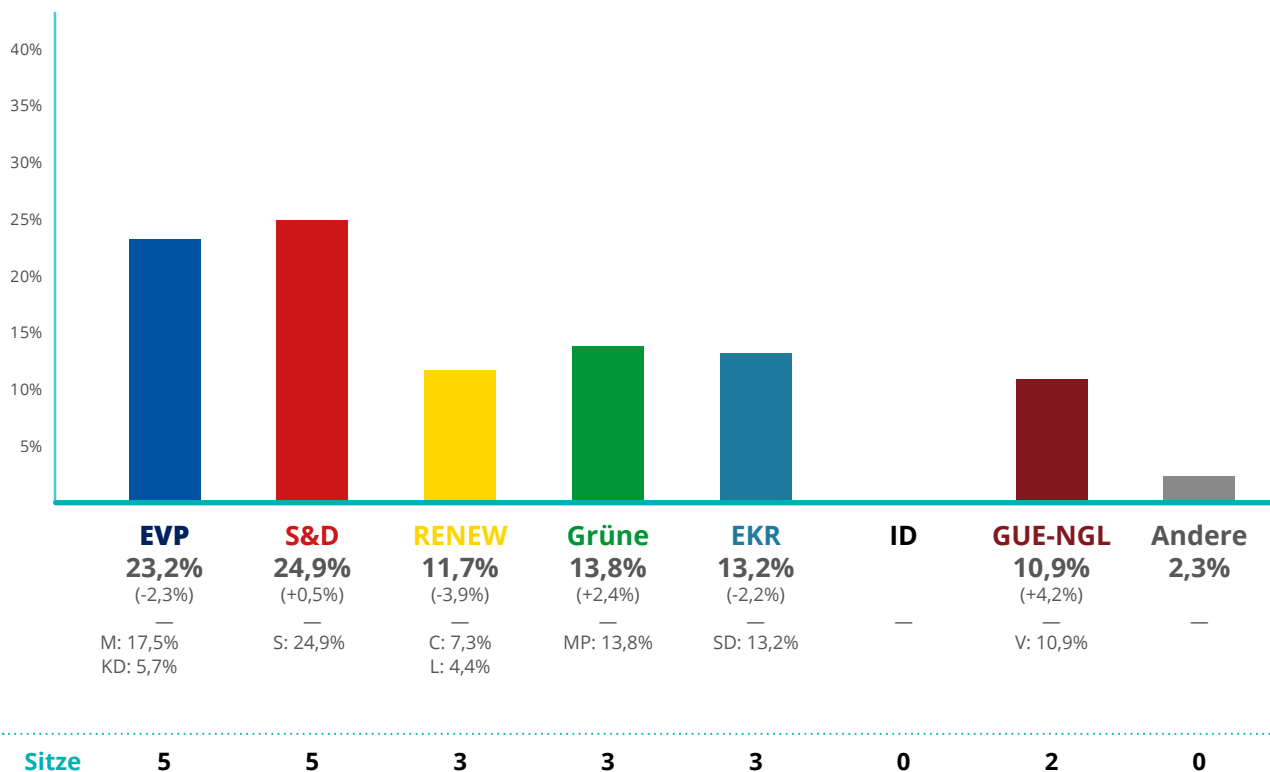
Schweden



21 Sitze
Sperrklausel: 4%



51%



Stärkste Partei

Die Sozialdemokraten, geführt von Magdalena Andersson, sind die älteste Partei Schwedens, vertreten traditionell sozialdemokratische Werte und setzen sich für soziale Gerechtigkeit und den Wohlfahrtsstaat ein. Aufgrund der Mehrheit der Mitte/Rechts-Lagers sind sie aktuell in der Opposition, europapolitisch gehören sie der S&D an.



Erwähnenswerte Partei

Die Moderaten vertreten konservative Werte, marktwirtschaftliche Politik und setzen sich für weniger staatliche Regulierung ein. Seit den letzten Parlamentswahlen bilden sie gemeinsam mit den Liberalen sowie den Christdemokraten eine Minderheitsregierung, unterstützt von den Schwedendemokraten. Auf europäischer Ebene sind sie Teil der EVP.

Spitzenkandidaten



Heléne Fritzon
Socialdemokraterna (S)



Tomas Tobé
Moderaterna (M)



Charlie Weimers
Sverigedemokraterna (SD)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Traditionell sind in Schweden die Sozialdemokraten die stärkste Kraft. Trotzdem reichte dies nach den letzten nationalen Parlamentswahlen 2022 nicht, die sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierung fortzusetzen. Da eine formale Koalition mit den rechtsnationalen Schwedendemokraten ein Tabu war, gestalteten sich die Mehrheitsverhältnisse kompliziert. Schließlich konnte eine konservative Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Ulf Kristersson von den Moderaten zusammen mit den Christdemokraten und Liberalen gebildet werden, welche von den Schwedendemokraten im Parlament unterstützt wird. Äußere und innere Sicherheit spielten im schwedischen Diskurs vor den Wahlen eine herausgehobene Rolle, sowohl in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als auch auf die Bandenriminalität in schwedischen Städten, welche in den vergangenen Jahren massiv zugenommen hat.

Das Thema Klima und damit verbunden der Green Deal wurde während der Wahlkampagne – wie auch in der Vergangenheit – als Kernthema Europas wahrgenommen, da es nur gemeinsam mit anderen Ländern gelöst werden kann. Migration und Grenzen spielten außerdem eine wichtige Rolle im Wahlkampf, allerdings wurde auch immer wieder betont, dass die EU für die individuelle Freiheit der EU-Bürger stünde. Das Thema Sicherheit war in den letzten Tagen vor der Wahl hauptsächlich im Bereich der Außenpolitik präsent – besonders mit Blick auf die Kriege in der Ukraine sowie im Nahen Osten.

Analyse

Die Wahlbeteiligung mit knapp über 50% fällt etwas niedriger aus als 2019 mit 55%. Die Sozialdemokraten als stärkste sowie die Moderaten als zweitstärkste Kraft fahren kein herausragendes, aber ein solides Ergebnis ein. Die Grünen schneiden stark ab, was EU-weit eher eine Ausnahme ist. Besonders punkten konnten die Grünen mit ihrem Fokus auf den Klimawandel, welcher in Schweden als wichtiges EU-Thema wahrgenommen wird. Bei den drei kleineren Parteien, insbesondere den Liberalen und den Christdemokraten, war es unsicher, ob sie den Einzug ins Parlament schaffen würden. Aktuell erreichten sie jeweils ein Mandat im EU-Parlament. Die Schwedendemokraten schneiden weniger gut ab als erwartet, sie werden deutlich von den Moderaten als zweitstärkste Kraft überholt, welche lange gleich auf waren. Es ist das erste Mal, dass die Schwedendemokraten an Zustimmung verloren haben. Somit folgt Schweden, wie auch die anderen nordischen Länder, nicht dem Trend der Zunahme der Rechtspopulisten wie im Großteil der EU.



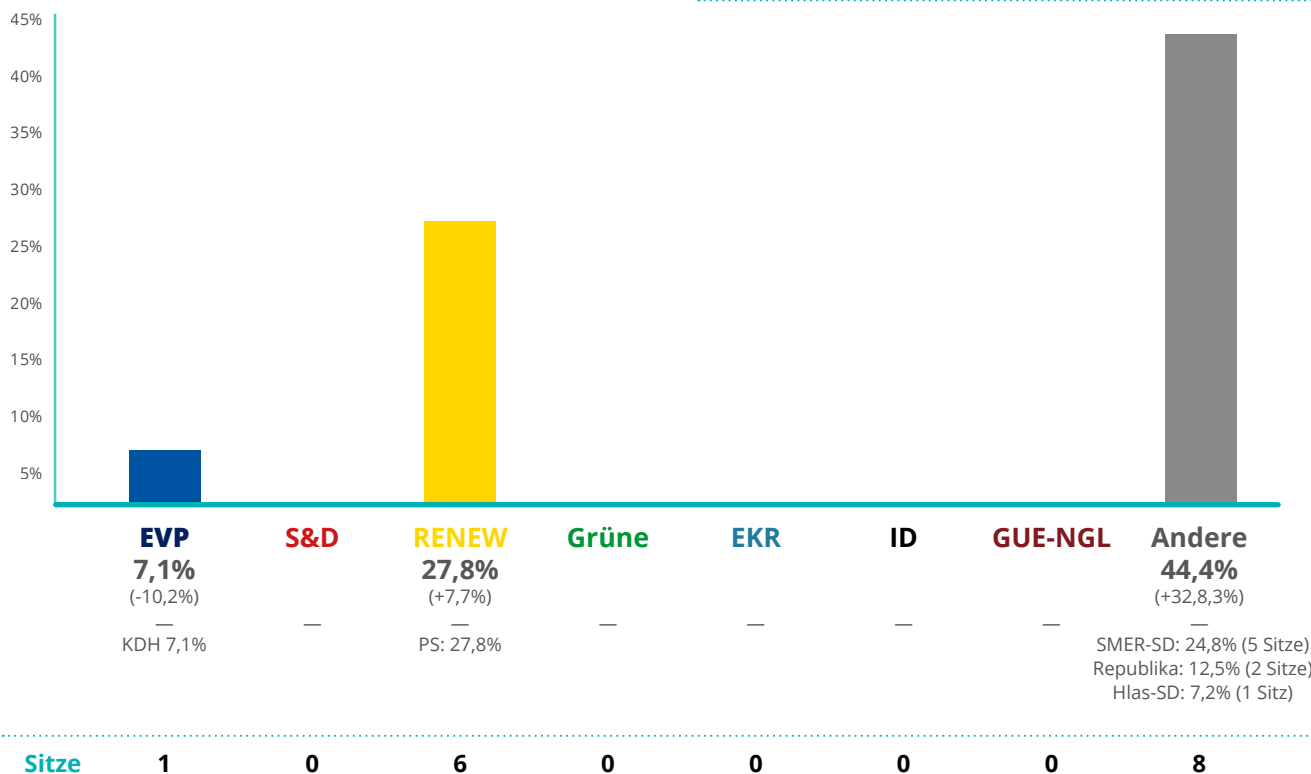
Slowakei



15 Sitze
Sperrklausel: 5%



34%



Stärkste Partei

Die liberale "Progressive Slowakei" unter Führung Michael Simeckas (ehem. Vizepräsident EP) spricht als stärkstes Gegengewicht zu Fico das gesamte pro-europäische Lager an, selbst konservative und nicht-liberale Wähler. Die seit der Parlamentswahl 2023 neu vertretene Oppositionspartei ist zweitstärkste Kraft nach SMER.



Erwähnenswerte Partei

Robert Ficos linksnationale SMER (fraktionslos im EP) ist in der Slowakei stärkste Fraktion und kämpft mit der PS in den EP-Umfragen um die Spitze. Das Narrativ der Partei "Nur SMER kann die Slowakei gegen die Dominanz aus Brüssel schützen" unterschlägt, wie viel das Land von der EU profitiert und wie es ohne EU aussähe.

Spitzenkandidaten



Monika Beňová
Smer-sociálna demokracia (SMER-SD)



Ľudovít Ódor
Progresívne Slovensko (PS)



Miriam Lexmann
Kresťanskodemokratické hnutie (KDH)



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die Slowakei ist nach Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wahlmüde und vom Attentat auf Premier Fico geschockt. Die Spaltung der Gesellschaft nimmt spürbar zu, zugleich gibt es keine positiv konnotierten Europathemen: Migration, Green Deal, Krieg mobilisieren negativ. Ficos SMER-Partei und die oppositionelle Progressive Slowakei (PS) stehen für die beiden Flügel: "Nationale Interessen gegen Brüssel verteidigen" vs. "Europa als Garant für Wohlstand und Sicherheit" und bilden damit ab, was in der Gesellschaft hart und aufgewühlt diskutiert wird. Der Schockmoment des Attentats auf den Premier wirkt nur bedingt nach: Nahezu umgehend nahmen insbesondere die Regierungsparteien das harte Narrativ wieder auf. Eine Beruhigung der Lage ist kaum in Sicht, eine weitere Verschärfung wird von vielen befürchtet. SMER könnte durch das Attentat für die Wahlen Zulauf bekommen.

Der Wahlkampf projizierte innenpolitische Spaltungen in den EU-Kontext: So sehr die proeuropäischen Parteien, insbesondere die PS Europa als Rettungsanker für das Land darstellte ("Wir halten die Slowakei in Europa" und an die Fico-Smer gerichtet "Sie dürfen nicht alle Macht bekommen!"), unterstrichen die regierenden SMER, Hlas-Parteien die Absicht, dass die "Slowakei selbstbewusst und unabhängig" innerhalb der EU werde.

Analyse

Überraschend gewann die pro-europäische PS vor SMER, obwohl SMER in den Wochen seit dem Attentat auf Premier Fico stark hierüber Wähler mobilisierte. Die höchste Wahlbeteiligung seit dem EU-Beitritt belegt allerdings, dass auch die Opposition Wähler mobilisieren kann. PS hat mit guten Kandidaten insb. bei den Jüngeren gepunktet. SMER nutzte die kontinuierliche Berichterstattung über das Attentat für einen aggressiven Kurs gegenüber der "vom Westen beeinflussten" Opposition, den Medien und der Zivilgesellschaft. Etwas überraschend reichte es, den derzeit von den europ. Sozialdemokraten suspendierten, SMER und Hlas nur für Platz zwei. Verlierer der Wahl sind die Parteien HLAS (7%) des zukünftigen Präsidenten Peter Pellegrini und das EVP-Lager (15%), das über mehrere Parteien hinweg zersplitterte, aber nur ein Mandat holte. Da in der Slowakei eine 5%-Hürde gilt, könnten wie auch schon in der Vergangenheit Stimmen vor Angst eines Stimmenverfalls an die PS gegangen sein. Größter Verlierer ist wohl der Ex-Premier und Parteichef Igor Matovic (Slowenien). Wie bei den direkten Präsidentschaftswahlen holte er nun nur noch kaum zwei Prozent.



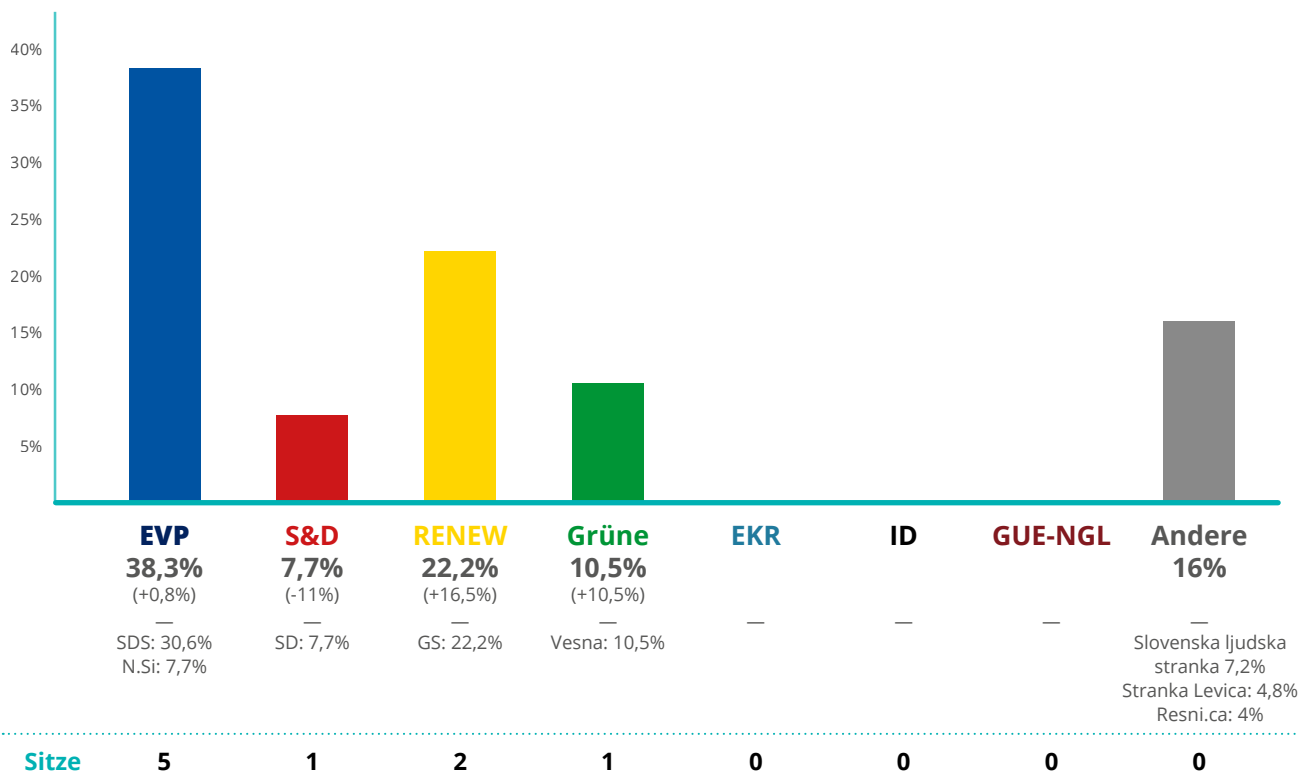
Slowenien



9 Sitze
Sperrklausel: 0%



41%



SDS

Stärkste Partei

Die "Slovenska demokratska stranka" (SDS) wurde 1989 gegründet und ist eine konservative bis nationalkonservative Partei, die auf europäischer Ebene Mitglied der EVP ist. Seit 2022 ist die Partei in Slowenien nach vorheriger Regierungsbeteiligung die größte Oppositionspartei. Der Wahlkampf wurde von der EU-Parlamentsabgeordneten Romana Tomc angeführt.

SVOBODA!

Erwähnenswerte Partei

Die Gibanje-Svoboda (GS) ist eine sozialliberale, pro-europäische Partei, die im EU-Parlament der Fraktion Renew angehört. Sie entstand als Umweltpartei (Z.DEJ), vertritt aber seit 2022 auch vermehrt liberale Positionen. Sie stellt derzeit mit Robert Golob den Premierminister in Slowenien, droht aber von anderen Parteien im linken und grünen Spektrum abgelöst zu werden.

Spitzenkandidaten



Romana Tomc
Slovenska demokratska stranka (SDS)



Irena Joveva
Gibanje Svoboda (GS)



Vladimir Prebilič
Vesna



Wahlentscheidende Entwicklungen

In Slowenien wurde am 9. Juni über die Verteilung der neun slowenischen Sitze im Europäischen Parlament entschieden. Üblicherweise genügen bei der für das Land durchschnittlichen Wahlbeteiligung rund 60.000 Stimmen, um einen Sitz zu bekommen. Da ganz Slowenien einen einzigen Wahlkreis bildet, sind diejenigen Kandidaten im Vorteil, die landesweite Bekanntheit haben. Neben europa-weiten Themen wie der Sicherheits- und Energiepolitik, der Inflation und dem Krieg in der Ukraine haben es etliche innenpolitische Themen in den politischen Diskurs zur Europawahl geschafft.

Die regierende Koalition unter der Führung der "Svoboda-Bewegung" hatte sich dazu entschlossen, gleichzeitig mit den Europawahlen drei Volksabstimmungen durchzuführen, um die Wahlbeteiligung zu steigern. Es wurden Volksabstimmungen über die Legalisierung der Sterbehilfe, über das Vorzugsstimmrecht bei Wahlen und über die Verwendung von Cannabis abgehalten. Vor der Wahl wurde erwartet, dass die Wahlbeteiligung im Mitte-Links-Spektrum nicht zunehmen werde, im Mitte-Rechts-Spektrum hingegen schon, was sich letztlich auch bewahrheitete.

Analyse

Da die Regierungskoalition sich entschlossen hatte, gleichzeitig zu den Europawahlen drei Volksabstimmungen durchführen zu lassen, resultierte dies in einem Anstieg der Wahlbeteiligung um zwölf Prozentpunkte, was für das Land die erfolgreichsten Europawahlen seit dessen EU-Beitritt darstellt. Im Wahlverlauf war die slowenische Gesellschaft polarisiert und es kam zu einer politischen Trendwende: die EVP-Partnerparteien erlangten aus der Opposition heraus fünf der neun Sitze, womit die EVP als klare Siegerin aus den EU-Wahlen hervorgeht. Insbesondere die SDS der Mitte-Rechts orientierten Ministerpräsidenten a.D., Janez Jansa, gewann vier dieser fünf Mandate, konnte sich so stabilisieren und einen Negativtrend stoppen. Das fünfte dieser EVP-Mandate ging an die unverändert stabile NSI, angeführt durch ihren Parteichef Matej Tonin. Die regierende links-liberale Freiheitsbewegung (GS) des Ministerpräsidenten, Robert Golob, erlangte lediglich zwei Mandate. Als drittstärkste Partei und zu Lasten der SD positionierte sich die Grüne Partei ebenfalls im Europaparlament, mit spürbar mehr Stimmen als die SD, auch wenn beide jeweils ein Mandat erringen konnten.



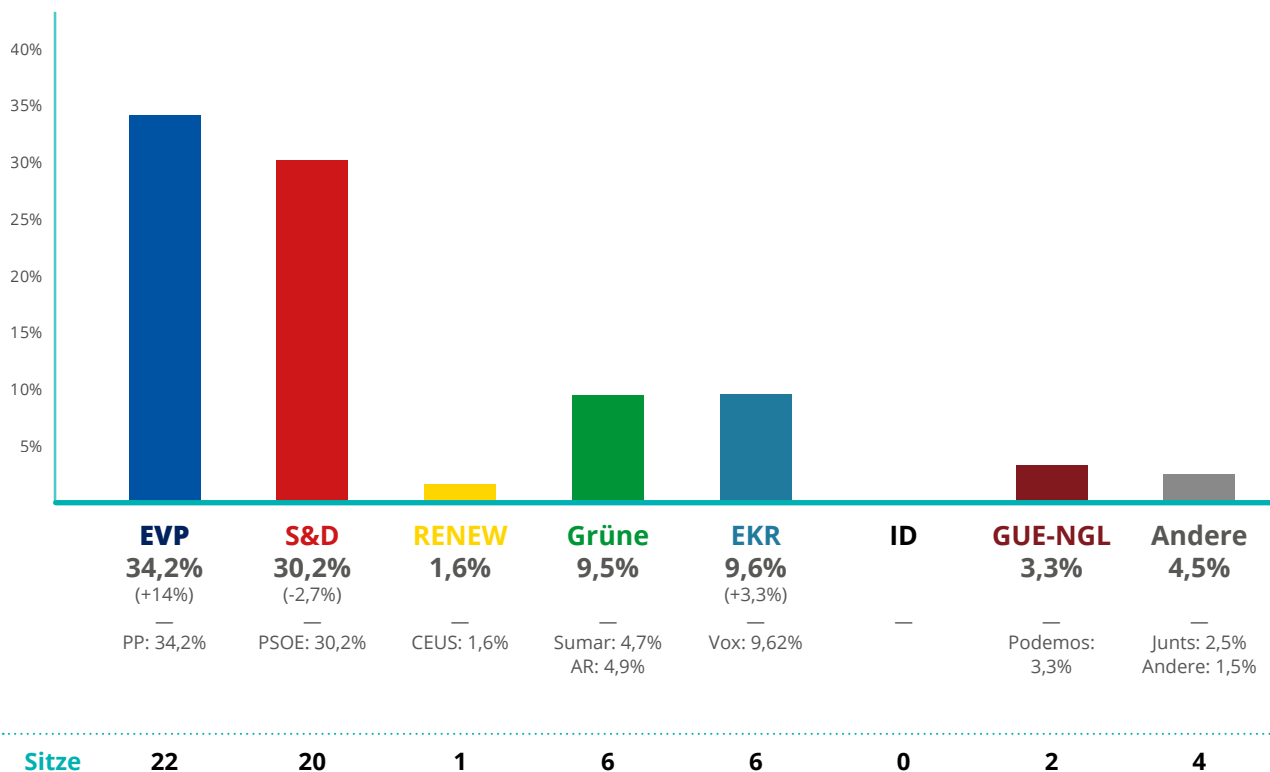
Spanien



61 Sitze
Sperrklausel: 0%



49%



Stärkste Partei

Die "Partido Popular" (PP) ist zwar die größte parlamentarische Fraktion, aber Oppositionspartei auf nationaler Ebene. Sie ist liberal-konservativ, pro-europäisch und gehört der EVP an. Im Europawahlkampf konzentrierte sie sich auf Themen der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, der Förderung von Wirtschaftswachstum, die Familien- und Jugendpolitik und eine Verbesserung des Wohnungsmarkts.



Erwähnenswerte Partei

Die Sozialisten (PSOE) bilden auf nationaler Ebene eine Minderheitsregierung mit der linksextremen Sumar. Sie sind Mitglied der S&D-Fraktion, sozialistisch und pro-europäisch. Ministerpräsident Sánchez ist zudem Präsident der Sozialistischen Internationalen. Im Europawahlkampf fokussierten sie sich auf die Industriepolitik, Arbeitnehmerrechte und die ökologische Transformation.

Spitzenkandidaten



Dolors Montserrat
Partido Popular (PP)



Teresa Ribera
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)



Jorgé Buxadé Villalba
Vox



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die spanische Politik ist durch die „Mauer“ gekennzeichnet, die Ministerpräsident Sánchez (PSOE) gegen alle zu errichten versprach, die nicht dem Kurs seiner fragilen linken bis linksextremen (Sumar) Minderheitsregierung folgen. Einige Minister richten ihre Rhetorik gegen die Opposition, Medien und Justiz, was die Polarisierung weiter anheizt. Sánchez hängt von den katalanischen und baskischen Separatisten ab, die weitere Konzessionen fordern.

Daher forciert er u.a. das Amnestiegesetz für die Separatisten, das die meisten Experten für verfassungswidrig halten und das Sánchez im Wahlkampf selbst noch ablehnte. Die Anerkennung Palästinas sowie die kalkulierte Eskalation mit dem argentinischen Staatspräsidenten Milei sind Versuche, innenpolitisch von der Fragmentierung seiner Unterstützer und mehreren Korruptionsermittlungen gegen die PSOE abzulenken.

Im Vorhinein der Wahl standen nationale Themen im Mittelpunkt. Die PP mobilisierte gegen das Amnestiegesetz für die katalanischen Separatisten und legte den Fokus auf die gerichtlichen Korruptionsermittlungen gegen Begoña Gómez, die Ehefrau des spanischen Premiers Pedro Sánchez. Sánchez mobilisierte seine Wähler ebenfalls, indem er seine Ehefrau als unschuldiges Opfer einer Richter- und Medienverschwörung darstellte. Europäische Themen wurden kaum diskutiert.

Analyse

Die Wahlbeteiligung war um 11,5% niedriger als 2019. Damals fanden zeitgleich Kommunalwahlen statt. Verglichen mit 2014 war sie jedoch knapp 4,5% höher. Die PP gewinnt gegen die PSOE so deutlich wie seit 1999 nicht mehr, mit 4% Vorsprung. Damit verdoppelt Alberto Núñez Feijóo (PP) seine Führung vor Pedro Sánchez im Vergleich zu den Nationalwahlen vom 23. Juli 2023, bei denen er mit knapp 350.000 Stimmen vorne lag. Die PSOE absorbiert dank ihres Linksrutsches einen Teil der Wähler der Regionalisten sowie der linkspopulistischen bis -extremen Parteien Podemos und Sumar. Der Bruch zwischen Sumar und Podemos führt bei beiden zu schwachen Ergebnissen. Die nationalkonservative Vox kann ihr prozentuales Ergebnis verdoppeln, bleibt jedoch mit sechs Sitzen hinter den Prognosen zurück. Das liegt an der neuen rechtspopulistischen Protestpartei „Die Feier hat ein Ende“, die u.a. aufgrund der Korruptionsermittlungen gegen Pedro Sánchez' Umfeld entstand und die 800.000 Stimmen und drei Mandate gewann, was zu Lasten von Vox geht. Puigdemonts separatistische ethnisch-nationalistische Junts+ bricht ein und kann nur ein Mandat halten, was seine Position gegenüber Pedro Sánchez schwächt.



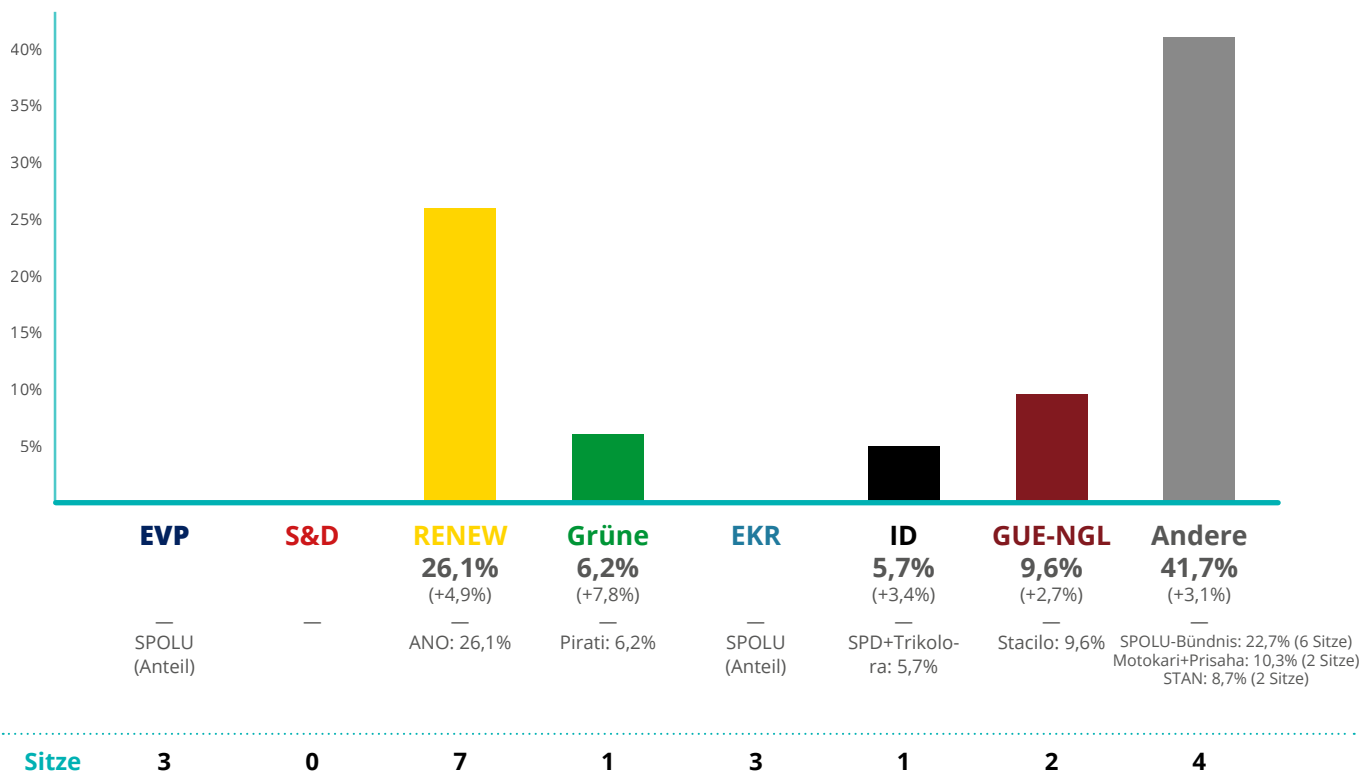
Tschechien



21 Sitze
Sperrklausel: 5%



36%



Stärkste Partei

Die Oppositionspartei ANO (Renew) von Ex-Premier Andrej Babis profitiert von der zunehmend angespannten Stimmung der Bevölkerung zur Arbeit der Fünf-Parteien-Koalition. Harte Reformen, Steuererhöhungen, Inflation etc. nagen an den Geldbeuteln der Menschen. Babis selbst trifft in dieser Atmosphäre den dazu passenden, populistischen Ton.



Erwähnenswerte Partei

Auch in Tschechien gewinnt die anti-europäische, populistische, ultrarechte Bewegung an Momentum. Jindrich Rajchl (PRO) steht beispielhaft für Akteure vergleichbar mit dem Anti-Europaanarrativ von Orbán/Fico. Bei der Europawahl scheiterte er zwar deutlich an der Sperrklausel, Akteure wie er prägen allerdings den negativen EU-Diskurs im Land.

Spitzenkandidaten



Klára Dostálová
ANO 2011(ANO)



Alexandr Vondra
ODS/EKR - SPOLU-Wahlbündnis



Luděk Niedermayer
TOP09/EVP - SPOLU-Wahlbündnis



Wahlentscheidende Entwicklungen

Die 2021 ins Amt gewählte Fünf-Parteien-Koalition (u.a. EVP) fällt angesichts einer Vielzahl an globalen Krisen und innenpolitischen harten Reformen in den Umfragen zurück. Davon profitiert Ex-Premier Babis mit einem populistischen, auch anti-europäischen Narrativ entsprechend. Die EP-Wahlen galten daher als ein erster Test für die Ende 2025 anstehenden Parlamentswahlen. Das SPOLU-Bündnis (gemeinsam) aus EVP-Parteien KDU-CSL/TOP09 sowie der ODS (EKR) ging trotz stark divergierender Europastandpunkte als Wahlbündnis auch in diese EP-Wahlen. ANO/SPOLU und die Bürgermeister (STAN) prägten das Narrativ, ANO überwiegend kritisch/negativ, SPOLU/STAN in unterschiedlicher Stärke positiv. Deutlich wurde unterdessen, wie schwierig es pro-europäischen Parteien fällt, dem Narrativ der Populisten und Nationalisten zu Migration, Green Deal etc. entgegenzuwirken.

Der rote Faden des Europawahlkampfs zieht sich durch die Pro-EU versus Anti-EU Haltung der Parteien. Das Oppositionslager aus ANO, Motoristen-Protestpartei, "Es reicht"-Bewegung, Kommunisten und Ultralinken nutzte die Themen Migration, Green-Deal, Vetorechte als Angriffspunkte. Die an der tschechischen Regierung beteiligten EVP-Parteien gerieten in der zum Referendum über ihre Arbeit deklarierten Europawahl unter Druck, kamen aber im Vergleich zu anderen Regierungsparteien mit einem blauen Auge davon.

Analyse

Insgesamt werden Wahlen in Tschechien zunehmend von Wahlbündnissen geprägt. Neben dem regierenden SPOLU ("Gemeinsam") Bündnis aus KDU-CSL/TOP09 (EVP) und ODS (EKR) gelang der Motoristen-Protestpartei und den Kommunisten der Sprung über die 5%-Hürde. Letztere gelten mit ihrer Anti-EU-Kampagne als Wahlgewinner, durch Proteststimmen holten sie aus dem Stand je zwei Mandate. Motoristen, Kommunisten und Rechtsextreme (SPD) setzten auf die Unzufriedenheit im Land, die Angst vor dem "grünem Dogma", gegen das Verbrenner-Verbot und „Migrationsdiktat“ aus Brüssel.

Ex-Premier Babis (ANO) gewann mit einer nationalkonservativ, links-populistischen Anti-Kampagne die Wahl, obwohl er selbst noch bis 2021 den Green-Deal, die Migrationspolitik usw. mitgeprägt hat, gar Verträge persönlich unterzeichnete. Bisher war ANO in der Renew-Fraktion, ob die sieben zukünftigen Abgeordneten dort bleiben, ist offen. Bemerkenswert ist insgesamt der hohe Anteil an Proteststimmen. Die regierende SPOLU (EVP-Parteien KDU-CSL/TOP09) verliert zwar leicht, es hätte aber deutlich schlimmer kommen können. Klare Verlierer sind dagegen die regierenden STAN und die Piraten, die sich thematisch stark auf Europa fokussiert haben.



Ungarn

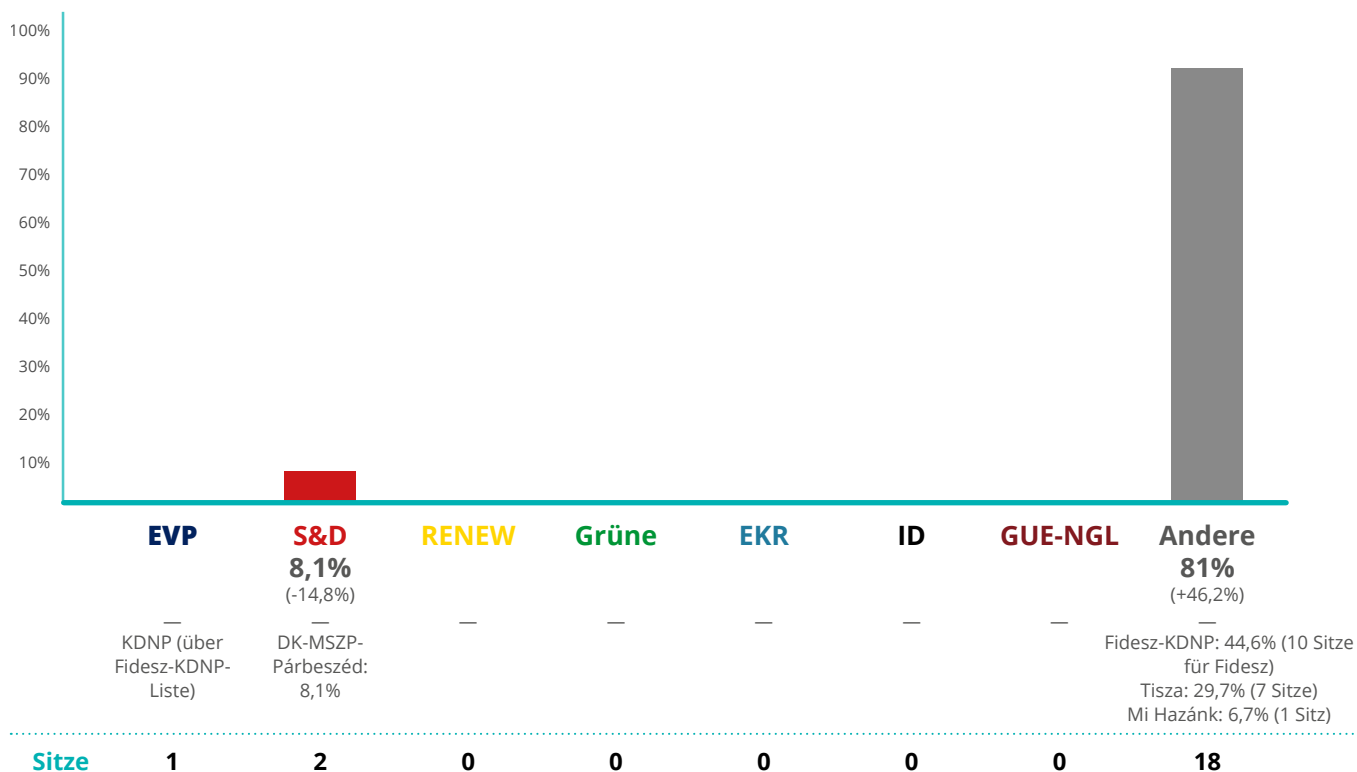


21 Sitze

Sperrklausel: 5%



59%



Stärkste Partei

Die rechtsnationale Fidesz von Premier Viktor Orbán stellt seit den Nationalwahlen 2010 in einer Listenverbindung mit der KDNP (EVP) stets eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit. Vor der Wahl wurde erwartet, dass die derzeit fraktionslose Fidesz - trotz aktueller Konflikte mit dem Europäischen Parlament und der Kommission - weiterhin stärkste politische Kraft in Ungarn sein würde.



Erwähnenswerte Partei

Die neue Tisza-Partei ist innerhalb weniger Wochen in den Umfragen zur stärksten Oppositionskraft aufgestiegen. Die Partei ist eng mit dem ehemaligen Fidesz-Politiker und jetzigem Frontmann Péter Magyar verbunden, der die Anhängerschaft mobilisieren kann. Eine Parteistruktur und Programmatik sind bisher nur sehr schwach ausgebildet, eine europapolitische Verortung ist daher noch schwierig.

Spitzenkandidaten



Tamás Deutsch
Fidesz-KDNP



Péter Magyar
TISZA



Klára Dobrev
DK, MSZP, Párbeszéd



Wahlentscheidende Entwicklungen

Durch den sogenannten „Begnadigungsskandal“ ist die regierende Fidesz-Partei im Februar 2024 deutlich unter Druck geraten und hatte Schwierigkeiten, im Wahlkampf eigene Themen zu besetzen. Zwar ist die Listenverbindung aus den Parteien Fidesz (derzeit fraktionslos) und KDNP (EVP) in allen Umfragen nach wie vor unangefochten und mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft. Allerdings ist es einer neuen politischen Bewegung unter Führung des Ex-Ehemanns der ehemaligen Justizministerin, Péter Magyar, gelungen, in weniger als drei Monaten in Umfragen auf über 20% zu kommen. Im vergangenen Jahr sind zum ersten Mal seitdem Viktor Orbán im Jahr 2010 als Regierungschef gewählt wurde, die Reallöhne gesunken. Weiterhin sind rund 20 Milliarden Euro an für Ungarn vorgesehene EU-Mittel eingefroren.

Die regierende Fidesz-KDNP hat im Wahlkampf die Wahl zu einer Abstimmung über „Krieg und Frieden“ stilisiert, wobei suggeriert wurde, ohne eine militärische Unterstützung der Ukraine könne die EU aus dem russischen Angriffskrieg „herausgehalten“ werden. Wer nicht Fidesz wähle, wähle also „Krieg“. Die Tisza, die erstmals an den Wahlen zum europäischen Parlament teilnahm, hat sich überwiegend auf innenpolitische Themen, insbesondere auf den Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft fokussiert.

Analyse

Letztmals im Jahr 2004 hat Fidesz-KDNP weniger als 50% der Stimmen erhalten. Mit über acht Prozentpunkten Verlust bei diesen Wahlen und nur noch zehn anstatt bisher 13 Mandaten ist das für das Parteienbündnis ein herber Verlust. Dennoch ist klar, dass Fidesz nach wie vor mit einem Abstand von 15 Prozentpunkten auf Tisza deutlich stärkste politische Kraft in Ungarn ist. Beachtlich ist der Erfolg der Partei Tisza von Péter Magyar, die innerhalb von nicht einmal drei Monaten aus dem Nichts auf nun knapp 30% gekommen ist. Der Wahlkampf mit innenpolitischen Themen, insbesondere dem Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft zeigt, dass die ungarische Fidesz-KDNP-Regierung hier im Wahlkampf offenbar wenig entgegensetzen konnte.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte zieht die rechtsradikale Mi Hazánk Mozgalom („Unsere Heimat“) in das Europäische Parlament ein, sie kann einen Abgeordneten ins EP schicken. Alle anderen Parteien haben im Vergleich zu den letzten EP-Wahlen stark an Unterstützung verloren. Die Liste der „Demokratischen Koalition“ wurde im Vergleich zu 2019 halbiert und sie stellt nur noch zwei statt vier Abgeordnete. Momentum und Jobbik werden nicht erneut ins EP einziehen.



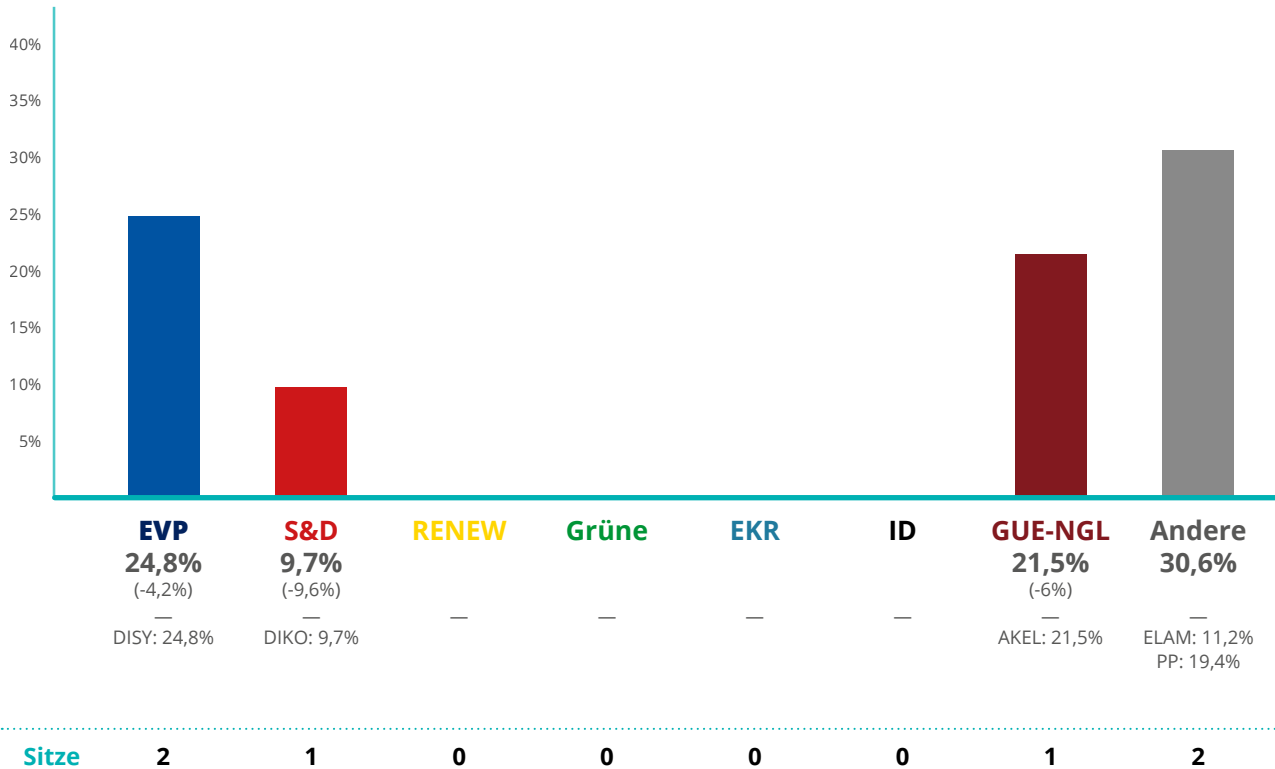
Zypern



6 Sitze
Sperrklausel: 1,8%



59%



Stärkste Partei

Die Prognosen und Umfragen vor den Europawahlen zeigen einen intensiven Wettstreit zwischen der Rechtspartei DISY (Democratic Rally) und der Linkspartei AKEL (Progressive Party of Working People) um den ersten Platz. Kurz vor der Wahl liegt DISY, Mitglied der EVP-Fraktion, mit knapp einem Prozentpunkt vorne und würde so das Rennen für sich entscheiden.



Erwähnenswerte Partei

Um den dritten und vierten Sitz ringen die rechtsextreme ELAM (National Popular Front) (10.5%) und die zentristische DIKO (Democratic Party) (10%). Das gesamteuropäische Phänomen des Aufstiegs der extremen Rechten trifft auch in Zypern zu. Demzufolge scheint die ELAM erstmalig in das Europäische Parlament einzuziehen. Es bleibt abzuwarten, welcher europäischen Fraktion sie sich anschließen wird.



Spitzenkandidaten

In Zypern gab es keine Spitzenkandidaten.



Wahlentscheidende Entwicklungen

Am 9. Juni wählten über 700.000 Zyprioten das Europaparlament und gleichzeitig ihre kommunalen Vertreter. Allerdings sind, wie Umfragen zeigen, eine überwältigende Mehrheit der zyprischen Bürger (76%) unzufrieden mit der gleichzeitigen Durchführung der Kommunal- und Europawahlen. Demzufolge fanden die Wahlkampagnen für die Europa- und Kommunalwahlen der Parteien zwar offiziell unabhängig voneinander statt, verliefen in der Praxis aber inhaltlich parallel und zeitgleich.

Fünfzig Jahre nach der Teilung bleibt die Zypernfrage für die Inselrepublik ein ungelöstes Problem, das weiterhin den politischen Diskurs dominiert. Weitere zentrale Themen waren der Umgang mit bestehenden Erdgasvorkommen, Migration und die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf das Land.

Der Krieg im Gazastreifen und die geografische Nähe zu Syrien, dem Libanon und Israel führten zu einem rapiden Anstieg der auf dem Seeweg ankommenden Menschen. In diesem Kontext hat Zypern in den vergangenen Monaten vor der Wahl seine Zusammenarbeit mit Griechenland, Israel und Ägypten, insbesondere im Sicherheitsbereich, intensiviert.

Analyse

In Zypern ging die Mitte-Rechts-Partei DISY als Sieger hervor. Dies nahm die Parteivorsitzende Annita Demetriou zum Anlass, zu betonen, dass die Zeit für Erneuerung und Wandel gekommen sei. In Zypern stimmte etwa jeder vierte Wahlberechtigte für die DISY, was einem Anteil von 24,8 Prozent entspricht und der Partei half, ihre beiden Sitze zu behalten (Wiederwahl von Louka Fourla und Wahl von Mihai Hadjipandela). Die fast 20 Prozent, die der Youtuber Phidias Panagiotou als unabhängiger Kandidat erreichte, haben in Zypern einen politischen Schock ausgelöst. Das Erstaunliche daran ist, dass er, obwohl er ohne Parteizugehörigkeit antrat, nahe an die Prozentzahlen der beiden großen Parteien DISY und AKEL herankam und historische Parteien Zyperns wie DIKO und EDEK hinter sich ließ. Auch die rechtsextremen ELAM und DIPA konnten seine Zustimmungswerte nicht erreichen. Durch den Erfolg von Fidiás Panagiotou verlor die AKEL einen ihrer beiden Sitze und die EDEK, die über einen Sitz verfügte, schied aus dem Europäischen Parlament aus. Der Aufstieg der rechtsextremen ELAM, die zum ersten Mal in das Europäische Parlament einzieht, trägt zur Veränderung der politischen Landschaft in Zypern bei.

Anmerkungen

Ranking der Höhe der Wahlbeteiligung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union



- | | |
|---------------------|------------------------|
| 1. Belgien 90 % ! | 15. Niederlande 46 % |
| 2. Luxemburg 82 % ! | 16. Slowenien 41 % |
| 3. Malta 73 % | 17. Griechenland 41 %! |
| 4. Deutschland 65 % | 18. Polen 41 % |
| 5. Ungarn 59 % | 19. Finnland 40 % |
| 6. Zypern 59 % | 20. Estland 38 % |
| 7. Dänemark 58 % | 21. Portugal 37 % |
| 8. Österreich 56 % | 22. Tschechien 36 % |
| 9. Rumänien 52 % | 23. Slowakei 34 % |
| 10. Frankreich 52 % | 24. Lettland 34 % |
| 11. Schweden 51 % | 25. Bulgarien 32 % ! |
| 12. Irland 50 % | 26. Litauen 28 % |
| 13. Spanien 49 % | 27. Kroatien 21 % |
| 14. Italien 48 % | |

! Länder mit Wahlpflicht



Die Darstellung der Fraktionen im Europäischen Parlament und die Zuordnung der nationalen Parteien entspricht dem Stand der Legislaturperiode 2019-2024. Soweit möglich wurde versucht, prozentuale Änderungen bei den einzelnen Fraktionen wiederzugeben.

Bildquellen:

Belgien:

Flagge - [Flag of Belgium](#)
Logo VB - [Vlaams Belang logo](#)
Logo N-VA - <https://www.n-va.be>
Bild Tom Vandendriessche - <https://www.europarl.europa.eu/meps>
Bild Marc Botenga - <https://www.europarl.europa.eu/meps>
Bild Wouter Beke - <https://www.dagvandezorg.be/wouter-beke/>

Bulgarien:

Flagge - [Flag of Bulgaria](#)
Logo GERB-DSD - [Logo of GERB - GERB - Wikipedia](#)
Logo PP-DB - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PP%E2%80%93DB_logo.svg
Bild Rossen Scheljaskow - <https://www.mtc.government.bg>
Bild Nikola Mintschew - <https://parliament.bg/bg/MP/3739>
Bild Dschewdet Tschakarow - <https://www.parliament.bg/bg/MP/3375>

Dänemark:

Flagge - [Flag of Denmark](#)
Logo SF - [SF - Socialistiske Folkeparti](#)
Logo Venstre - [Venstre logo \(2019-present\)](#)
Bild Kira Peter-Hansen - https://fr.wikipedia.org/wiki/Kira_Marie_Peter-Hansen
Bild Christel Schaldemose - https://en.wikipedia.org/wiki/Christel_Schaldemose
Bild Niels Flemming Hansen - <https://x.com/NielsFlemming01/photo>

Deutschland:

Flagge - [Flag of Germany](#)
Logo CDU/CSU - <https://archiv.cdu.de>
Logo SPD - [SPD-Logo 2022 \(rot\) - Sozialdemokratische Partei Deutschlands](#)
Logo AfD - https://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_f%C3%BCr_Deutschland
Bild Ursula von der Leyen - <https://www.flickr.com/photos/eppofficial/53645722055/in/photostream/>
Bild Katharina Barley - <https://barnim-aktuell.de/wp-content/uploads/2024/05/FotoquelleSPD.jpg>
Bild Maximilian Krah - <https://www.presseportal.de/pm/110332/5604301>

Estland:

Flagge - [Flag of Estonia](#)
Logo Isamaa - <https://en.wikipedia.org/wiki/Isamaa>
Logo EKRE - https://en.wikipedia.org/wiki/Conservative_People%27s_Party_of_Estonia
Bild Riho Terras - <https://news.err.ee/>
Bild Marina Kaljurand - [File:Välisminister Marina Kaljurand](#)
Bild Urmas Paet - <https://news.err.ee/>

Finnland:

Flagge - [Flag of Finland](#)
Logo Kokoomus - https://en.wikipedia.org/wiki/National_Coalition_Party
Logo PS - <https://de.wikipedia.org/wiki/Perussuomalaiset>
Bild Mika Aaltola - https://www.wikidata.org/wiki/Q63094096#/media/File:Mika_Aaltola,_2023,_CML.jpg
Bild Tanja Airaksinen - <https://www.viikkopk.fi/>
Bild Sanna Antikainen - <https://vaalit.perussuomalaiset.fi/eu-vaalit/ehdokas/sanna-antikainen>

Frankreich:

Flagge - [Flag of France](#)
RN Logo - https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Logo_Rassemblement_National.svg
RE Logo - <https://fr.wikipedia.org/wiki/Fichier:Renaissance-logotype-officiel.svg>
Bild Jordan Bardella - <https://www.rtl.fr/actu/politique/>
Bild Valérie Hayer - <https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/>
Bild François-Xavier Bellamy - <https://www.courrierinternational.com/article/portrait>

Griechenland:

Flagge - https://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Griechenlands#/media/Datei:Flag_of_Greece.svg
Logo ND - https://de.wikipedia.org/wiki/Nea_Dimokratia#/media/Datei:New_Democracy_Logo_2018.svg
Logo Syriza - https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:SYRIZA_logo_2020.svg

Italien:

Flagge - [Flag of Italy](#)
Logo FdI - <https://www.fratelli-italia.it/logo/>
Logo Forza - https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Logo_Forza_Italia.svg
Bild Antonio Tajani - [File:2018-07-04 President Antonio Tajani-0563.jpg - Wikimedia Commons](#)
Bild Elly Schlein - [File:P060094-190047 \(cropped\).jpg - Wikimedia Commons](#)
Bild Giorgia Meloni - [File:Giorgia Meloni a palazzo chigi.jpg - Wikimedia Commons](#)

Irland:

Flagge - [Flag of Ireland](#)

Logo SF - https://en.wikipedia.org/wiki/Sinn_F%C3%A9in

Logo Fine Gael - https://de.wikipedia.org/wiki/Fine_Gael#/media/Datei:Fine_Gael_Logo.png

Bild Michelle Geldernew - [European Election - Sinn Féin \(sinnfein.ie\)](#)

Bild Maria Walsh - https://www.europarl.europa.eu/meps/en/197863/MARIA_WALSH/home

Bild Barry Andrews - <https://www.fiannafail.ie/meps/barry-andrews>

Kroatien:

Flagge - [Flag of Croatia](#)

Logo HDZ - https://en.wikipedia.org/wiki/Croatian_Democratic_Union

Logo DP - https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Domovinski_Pokret

Bild Andrej Plenković - <https://vlada.gov.hr/o-vladi/clanovi-vlade/clanovi-vlade-128/andrej-plenkovic/19495>

Bild Biljana Borzan - https://www.europarl.europa.eu/meps/de/112748/BILJANA_BORZAN/home

Bild Ivan Penava - <https://gradonacelnik.hr/gradonacelnici/ivan-penava/>

Lettland:

Flagge - [Flag of Latvia](#)

Logo JV - https://lv.wikipedia.org/wiki/Jaun%C4%81_Vienot%C4%ABba

Logo Progressive - [https://en.wikipedia.org/wiki/The_Progressives_\(Latvia\)](https://en.wikipedia.org/wiki/The_Progressives_(Latvia))

Bild Valdis Dombrovskis - <https://www.vienotiba.lv/cilveki/valdis-dombrovskis/>

Bild Roberts Zīle - [Review of the Latvian Presidency - Roberts Zīle \(ECR, LV\) | Flickr](#)

Bild Elina Pinto - <https://progresivie.lv/ep/elina-pinto/>

Litauen:

Flagge - [Flag of Lithuania](#)

Logo TS-LKD - [Homeland Union - Lithuanian Christian Democrats](#)

Logo NA - [https://en.wikipedia.org/wiki/National_Alliance_\(Lithuania\)](https://en.wikipedia.org/wiki/National_Alliance_(Lithuania))

Bild Vilija Blinkevičiūtė - [Pagrindinis puslapis | Vilija BLINKEVIČIŪTĖ](#)

Bild Andrius Kubilius - [Pagrindinis puslapis | Andrius KUBILIUS | EP nariai | Europos Parlamentas \(europa.eu\)](#)

Bild Aurelijus Veryga - [Mūsų kandidatai - LVŽS - Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sąjunga \(lvzs.lt\)](#)

Luxemburg:

Flagge - [Flag of Luxembourg - Luxembourg - Wikipedia](#)

Logo CSV - [Aktualitéit - CSV - Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei](#)

Logo ADR - [Partei - adr Webseite](#)

Bild Christophe Hansen - [Eis Kandidat - Europawalen 2024 \(csv.lu\)](#)

Bild Charles Goerns - [Charles Goerns | Demokratesch Partei \(dp.lu\)](#)

Bild Marc Angel - <https://lsap.lu/europawalen2024/>

Malta:

Flagge - [Flag of Malta](#)

Logo PL - https://en.wikipedia.org/wiki/Labour_Party_%28Malta%29

Logo PN - https://en.wikipedia.org/wiki/File:Logo_of_the_Nationalist_Party_%28Malta%29.svg

Bild Alex Agius Saliba - [Home | Alex AGIUS SALIBA | MEPs | European Parliament \(europa.eu\)](#)

Bild Roberta Metsola - <https://pn.org.mt/candidates/metsola-roberta/>

Niederlande:

Flagge - [Flag of the Netherlands](#)

Logo GL/PvdA - <https://en.wikipedia.org/wiki/GroenLinks%E2%80%93PvdA>

Logo PVV - https://en.wikipedia.org/wiki/Party_for_Freedom

Bild Bas Eikhout - https://fr.wikipedia.org/wiki/Bas_Eickhout

Bild Sebastiaan Stöteler - <https://www.almelo.nl/bestuur-en-organisatie/>

Bild Tom Berendsen - <https://x.com/tbwberendsen>

Österreich:

Flagge - [Flag of Austria - Österreich - Wikipedia](#)

Logo ÖVP - [Europa. Aber besser. | EU - Wahl 2024 \(dievolkspartei.at\)](#)

Logo FPÖ - [www.fpoe.at - Freiheitliche Partei Österreichs](#)

Bild Reinhold Lopatka - [Europa. Aber besser. | EU - Wahl 2024 \(dievolkspartei.at\)](#)

Bild Harald Vilimsky - [www.fpoe.at - Freiheitliche Partei Österreichs](#)

Bild Andreas Schieder - [Unsere Kandidat_innen zur Europawahl - SPÖ \(spoe.at\)](#)

Polen:

Flagge - [Datei:Flag of Poland.svg - Wikipedia](#)

Logo PIS - [Prawo i Sprawiedliwość \(pis.org.pl\)](#)

Logo KO - [Europarlament mapa - Koalicja Obywatelska](#)

Bild Borys Budka - [Borys Budka - Sejm Rzeczypospolitej Polskiej](#)

Bild Michał Kobosko - [File:Michał Kobosko 2020.jpg - Wikimedia Commons](#)

Bild Jacek Saryusz-Wolski - [Datei:Members of the Presidency \(9293429132\) \(cropped\).jpg - Wikipedia](#)

Portugal:

Flagge - [Flag of Portugal](#)

Logo AD - https://en.wikipedia.org/wiki/Democratic_Alliance_%28Portugal,_2024%29

Logo PS - https://en.wikipedia.org/wiki/Socialist_Party_%28Portugal%29#/media/File:Partido_Socialista_logo.svg

Bild Sebatsiao Bugalho - <https://ad2024.pt/assets/banners/AD-banner-site-outdoor.jpg>

Bild Marta Temido - https://upload.wikimedia.org/wikipedia/pt/6/63/Marta_Temido.jpg

Bild Tanger Corrêa - https://en.wikipedia.org/wiki/File:A._T%C3%A2nger_Corr%C3%AAa_-_CHEGA.jpg

Rumänien:

Flagge - [Flag of Romania](#)

Logo PSD - [https://en.wikipedia.org/wiki/Social_Democratic_Party_\(Romania\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Social_Democratic_Party_(Romania))

Logo SOS - https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/46/Logo_sos_romania.jpg

Bild Mihai Tudose - https://www.europarl.europa.eu/meps/en/198183/MIHAI_TUDOSE/home

Bild Dan Barna - <https://usr.ro/membri/dan-barna/>

Bild Cristian Terhes - https://www.europarl.europa.eu/meps/en/197655/CRISTIAN_TERHES/home

Schweden:

Flagge - [Flag of Sweden](#)

Logo S - https://en.wikipedia.org/wiki/Swedish_Social_Democratic_Party

Logo M - https://en.wikipedia.org/wiki/Moderate_Party#/media/File:M_v1.svg

Bild Helene Fritzson - <https://www.jaktjournalen.se/nyheter/helene-fritzson>

Bild Tomas Tobé - <https://www.sviv.se/blog/event/digitalt-livefika-eu-valspecial-med-tomas-tobe-m/>

Bild Charlie Weimers - https://en.wikipedia.org/wiki/Charlie_Weimers

Slowakei:

Flagge - [Flag of Slovakia - Slowakei - Wikipedia](#)

Logo SMER - [SMER - SD | Slovenská sociálna demokracia | Aktuality \(strana-smer.sk\)](#)

Logo PS - [Logo of the Progressive Slovakia \(2021\) - Progresívne Slovensko - Wikipedia](#)

Bild Miriam Lexmann - [Datei:Miriam Lexmann 2024.png - Wikipedia](#)

Bild Ludovit Odor - [Datei:Premiér Ľudovít Ódor](#)

Bild Monika Benova - [Monika Benova - Monika Beňová - Wikipedia](#)

Slowenien:

Flagge - [Flag of Slovenia](#)

Logo SDS - https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:SDS_logotype.svg

Logo Svoboda - https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Gibanje_Svoboda_logo.svg

Bild Romana Tomc - <https://www.sds.si/>

Bild Irena Joveva - <https://www.irenajoveva.si/en/>

Bild Vladimir Prebilič - <https://www.kocevje.si/post/190555>

Spanien:

Flagge - [Flag of Spain](#)

Logo PP - [https://de.wikipedia.org/wiki/Partido_Popular_\(Spanien\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Partido_Popular_(Spanien))

Logo PSOE - https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Logotipo_del_PSOE.svg

Bild Dolors Montserrat - https://es.wikipedia.org/wiki/Archivo:Dolors_Montserrat

Bild Teresa Ribera - https://fr.wikipedia.org/wiki/Teresa_Ribera

Bild Buxadé Villalba - https://ecrgroup.eu/ecr/mep/jorge_buxade_villalba

Tschechien:

Flagge - [Flag of the Czech Republic - Tschechien - Wikipedia](#)

Logo ANO - [ANO, buďte líp \(anobudelip.cz\)](#)

Logo PRO - [Právo respekt odbornost - Právo Respekt Odbornost - Wikipedie \(wikipedia.org\)](#)

Bild Klara Dostolova - [ALDE Lead Candidate Klára Dostálová | Renew Europe Now](#)

Bild Alexandr Vondra - [File:Alexandr Vondra \(3\).jpg - Wikimedia Commons](#)

Bild Ludek Niedermayer - [Datei:Luděk Niedermayer \(2019\).jpg - Wikipedia](#)

Ungarn:

Flagge - [Flag of Hungary](#)

Logo Fidesz - [Fidesz 2015 - Fidesz - Wikipedia](#)

Logo Tisza - [Datei:TISZA 2024.svg - Wikipedia](#)

Bild Tamas Deutsch - [Facebook](#)

Bild Klara Dobrev dr. Dobrev Klára | [Demokratikus Koalíció \(dkp.hu\)](#)

Bild Peter Magyar [Disztópia 2038 Magyarország regény Vogronics András író | Facebook](#)

Zypern:

Flagge - [Flag of Cyprus](#)

Logo DISY - [Logo of the Democratic Rally \(Cyprus\) - Democratic Rally - Wikipedia](#)

Logo AKEL - [Logo of the Progressive Party of Working People](#)



Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung bedankt sich herzlich bei allen mitwirkenden Auslandsbüros für die gute Zusammenarbeit.

Besonderer Dank gilt zudem unseren Praktikantinnen Johanna Fietze und Leonie Schade für die tatkräftige Unterstützung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Europabüro Brüssel

Dr. Beatrice Gorawantschy
Kai Gläser
Meike Lenzner
Domien te Riele
Tom Körner

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)